

INTERVENTIONEN. ◀

Zeitschrift für Verantwortungspädagogik

SCHWERPUNKT Feindbilder

Extremismusspirale: Das Wechselspiel von Islamismus und Rechtsextremismus als Radikalisierungsmotor

Julia Ebner | S. 4

Die „zionistische Weltverschwörung“ als Feindbild islamistischer Bewegungen

Dennis Walkenhorst | S. 12

Nigeria and Boko Haram: Divisive Stereotypes, Education and Violent Extremism

Atif Rizvi | S. 19

Die Erprobung der „Jihadist Dehumanization Scale (JDS)“

Radicalisation Research Team,
Universität Nantes | S. 26

▲ Inhalt

SCHWERPUNKT: FEINDBILDER

- Julia Ebner:** Extremismusspirale: Das Wechselspiel von Islamismus und Rechtsextremismus als Radikalisierungsmotor 4
- Dennis Walkenhorst:** Die „zionistische Weltverschwörung“ als Feindbild islamistischer Bewegungen: Eine risikosoziologische Perspektive 12
- Atif Rizvi:** Nigeria and Boko Haram: Divisive Stereotypes, Education and Violent Extremism 19
- Radicalisation Research Team, Universität Nantes (LPPL):**
Zur Risikoeinschätzung von jihadistischem Terrorismus – Die Erprobung der „Jihadist Dehumanization Scale (JDS)“ 26

DEBATTE

- Sören Musyal:** Rechtspopulistische Einstellung als Kompensationsleistung von Souveränitätskrisen? 32
- Till Baaken und Maximilian Ruf:** Gemeinsame Elemente in den Ideologien von RechtsextremistInnen und IslamistInnen 41

REZENSIONEN

- Sören Musyal** über „Der Zerfall der Demokratie – Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht“ von Yascha Mounk 44
- Till Baaken** über: „War in 140 Characters – How social media is reshaping conflict in the twenty-first century“ von David Patrikarakos 45

IMPRESSUM

Interventionen
Zeitschrift für Verantwortungspädagogik
ISSN 2194-7732

Herausgeber / V.i.S.d.P.:
Violence Prevention Network e. V.
Dr. Dennis Walkenhorst

Redaktion:
Dennis Walkenhorst, Til Baaken, Maximilian Ruf, Friedhelm Hartwig, Edmund Korn, Ariane Wolf, Gloriett Kargl

Anschrift Redaktion & Herausgeber:
Violence Prevention Network e. V.
Alt-Moabit 73 · 10555 Berlin
Tel.: +49 (0)30 917 05 464
E-Mail: dennis.walkenhorst@violence-prevention-network.de

Online-Ausgabe:
www.violence-prevention-network.de/interventionen

Fotos/Abbildungen:
© Violence Prevention Network e. V. –
wenn nicht anders vermerkt

Layout/Satz:
Stephen Ruebsam

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzung eingereicherter Artikel, einschließlich der Leserbriefe, vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.

INTERVENTIONEN

Ausgabe 11 | Juli 2018



Halal oder haram? Völkisch oder Volkst- verräter? Dichotome Weltbilder haben Konjunktur - und das nicht nur unter ExtremistInnen. Auffällig ist oftmals, dass sich sowohl IslamistInnen als auch Rechtsextreme spätestens bei Menschen jüdischen Glaubens oder Homosexuellen einig sind: Das ist der Feind!



Feindbilder sind in jeder Ideologie und Debatte wichtige Mechanismen um Menschen zu beeinflussen und radikale Denkmuster zu vermitteln. Sie beruhen auf negativen Vorurteilen und Gefühlen, versuchen so „das Andere“ zu diskreditieren und eine Schwarz-Weiß Sicht zu schaffen. Gerade in einer Zeit, in der es sich anfühlt, als würden PopulistInnen als große „Vereinfacher“ immer mehr gesellschaftliche Deutungshoheit gewinnen, ist die Auseinandersetzung mit Feindbildern relevant. Die Entstehung von Feindbildern sowie deren verschiedene Rollen und Funktionen werden daher in dieser Ausgabe in den Blick genommen. Hier hat sich das neue Redaktionsteam der Interventionen nicht nur auf die „klassischen“ Muster konzentriert, sondern versucht, ein möglichst weites Feld durch vielfältige AutorInnen aus verschiedensten Kontexten und Disziplinen aufzuzeigen. So blickt Julia Ebner auf die reziproke Radikalisierung von rechtsextremen und islamistischen Gruppierungen, während Dennis Walkenhorst sich mit den funktionalen Zusammenhängen zwischen Verschwörungstheorien und der Entstehung von Feindbildern im Nahen Osten beschäftigt. Atif Rizvi beschreibt die Mechanismen von (früher) Schulbildung in der Vermittlung von Feindbildern am Beispiel von Nigeria und das „Radicalisation



Research Team“ der Universität Nantes berichtet von der Entwicklung eines Tools zur Einschätzung von Dehumanisierungsprozessen im Rahmen dschihadistischer Radikalisierung (erstmalig in deutscher Sprache).

Im freien Teil wollen wir zukünftig Raum für Debatten, Praxisberichte und Rezensionen schaffen. Den Anfang in dieser Ausgabe machen Sören Musyal mit einem Debattenbeitrag zum Zusammenhang des Verlustes von Kontrollerfahrungen und der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien sowie Till Baaken und Maximilian Ruf mit einem Beitrag zu den ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen Islamismus und Rechtsextremismus. Darüber hinaus werden die Bücher *Der Zerfall der Demokratie – Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht* von Yascha Mounk und *War in 140 Characters – How social media is reshaping conflict in the twenty-first century* von David Patrikarakos rezensiert.

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre und danken all unseren AutorInnen für die Beiträge,

*Ihre
Judy Korn, Thomas Mücke
und Dennis Walkenhorst*



EXTREMISMUSSPIRALE

*Das Wechselspiel von Islamismus und
Rechtsextremismus als Radikalisierungsmotor*

VON JULIA EBNER

Islamismus und Rechtsextremismus sind zwei Seiten derselben Medaille, die sich wechselseitig begünstigen. Organisationen beider Formen des Extremismus verwenden die Gewalttaten der Gegenseite, um ihre gesellschaftlichen Opfer- und Feindbilder zu begründen, ihre Narrative zu bestärken und ihre Aktionen zu legitimieren. Ein ganzheitlicher Zugang, der die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Formen des Extremismus erkennt und berücksichtigt, ist notwendig, um dem gleichzeitigen Wachstum von islamistischen und rechtsextremen Gruppen effektiv entgegenzusteuern.

Einleitung

Das 21. Jahrhundert brachte einen starken Anstieg von dschihadistischer und rechtsextremer Gewalt mit sich. Terroranschläge und Hasskriminalität in Europa nahmen vor allem in den letzten Jahren rasant zu. Laut Bundesministerium des Innern erreichten politisch motivierte Strafdelikte in Deutschland im Jahr 2016 zum vierten Mal in Folge ein Höchstniveau. Dabei stiegen rechtmotivierte Gewalttaten um 14,3 Prozent (auf 1.698) an und es wurden insgesamt 995 Straftaten gegen Asylunterkünfte gezählt (BMI 2017). Ungefähr 23.100 Personen sind in rechtsextremen Organisationen aktiv, wobei etwa die Hälfte dieser Rechtsextremisten als gewaltorientiert eingestuft wird (BMI 2017).

Nicht nur die rechtsextreme Szene erfuhr starken Zulauf in den letzten Jahren, auch die islamistische Radikalisierung nahm rasant zu in Deutschland. Salafismus ist laut Verfassungsschutz heute die dominanteste und am schnellsten wachsende Form des Islamismus in Deutschland. Derzeit gehen die Sicherheitsbehörden von über 8.000 Salafist_innen bundesweit aus – das sind etwa doppelt so viele wie im Jahr 2010. Darunter sind knapp 700 gewaltbereite „Gefährder_innen“ (Statista 2017).

Das Phänomen des „hausgemachten Terrorismus“ (homegrown terrorism) be-

reitet Sicherheitsexpert_innen die größten Sorgen: viele der Personen, die sich an politisch motivierten Gewalttaten – sowohl rechtsextremistischer als auch islamistischer Natur – beteiligen, sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Mehr als die Hälfte der rund 1.000 von Deutschland aus nach Syrien gereisten Dschihadist_innen besaßen die deutsche Staatsbürgerschaft (Deutscher Bundestag 2016). Rechtsextreme Terroranschläge werden sogar im Namen „des deutschen Volkes“ durchgeführt, wie beispielsweise die Propagandamaterialien der Terrororganisationen Gruppe Freital und Oldschool Society demonstrieren.

Radikalisierungsprozesse und -ursachen sind komplex und die biografischen Prägnungen von Mitgliedern extremistischer Bewegungen sind vielschichtig (Hafez/Mullins 2015). Das Thema der Radikalisierung wird demgegenüber häufig undifferenziert und einseitig behandelt. Dieser Artikel gibt Einblicke, wie einzelne Radikalisierungsfaktoren und extremistische Polarisierungsstrategien das Entstehen von Opfer- und Feindkollektiven ermöglichen. Dabei wird vor allem die Bedeutung von Diskriminierungs-, Anfeindungs- und Erniedrigungserfahrungen für Radikalisierungsprozesse bei Islamist_innen und Rechtsextremist_innen aufgegriffen. Wie werden aus Terroranschlägen und Hassangriffen entstehende Ängste und Identitätskrisen in der Bevölkerung von extremistischen Organisationen instrumentalisiert, um mehr Menschen aus „den Grauzonen“¹ zu radikalieren? Was bedeutet das für den Zusammenhang zwischen rechtsextremer und dschihadistischer Gewalt?

Die Frage, inwiefern Diskriminierung und Anfeindung Radikalisierungsprozesse antreiben, spielt insbesondere für die wechselseitige Verstärkung der Narrative des muslimfeindlichen Rechtsextremismus und des islamistischen Extremismus eine Rolle. Den Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit wurde lange Zeit in akademischen und

¹ Während der sogenannte Islamische Staat die „Grauzonen der Koexistenz“ eliminieren will, sprechen rechtsextreme Bewegungen vom „Redpilling der Normies“, der Radikalisierung durchschnittlicher Bürger_innen.

Seit der Milleniumswende haben Hassverbrechen gegen religiöse und ethnische Minderheiten in Europa und Nordamerika stark zugenommen.

politischen Kreisen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das in der Fachliteratur als „wechselseitige Radikalisierung“ bekannte Phänomen (Bartlett/Birdwell 2013; Feldman 2012) wurde daher bis dato nicht ausreichend erforscht und politisch oder zivilgesellschaftlich adressiert. Um dieser Entwicklung aber effektiv entgegenzutreten und ganzheitliche Lösungen zu finden, ist ein Verständnis und Bewusstsein in Bezug auf das komplexe Wechselspiel zwischen Islamist_innen und Rechtsextremen notwendig.

Unsere Forschungsarbeit am Institute for Strategic Dialogue² sowie die Erkenntnisse aus meinem Buch *The Rage: The Vicious Circle of Islamist and Far-Right Extremism* (dt.: *Wut: Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen*) verdeutlichen die Relevanz dieser Dynamik als Multiplikator und Beschleuniger in Radikalisierungsprozessen. Die wichtigsten Faktoren des komplexen Wechselspiels von Islamismus und Rechtsextremismus sollen im vorliegenden Artikel aufgezeigt werden.

Die Wechselwirkungen von Terrorismus und Hasskriminalität

Ziel von dschihadistischen Terroranschlägen ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und einen Bürgerkrieg zwischen Muslim_innen und Nicht-Muslim_innen herbeizuführen. Wie im Jahr 2005 bekannt wurde, hatte Al-Qaeda einen siebenphasigen 2020 Strategieplan, nach welchem durch strategische Polarisierung eine totale Konfrontation zwischen Gläubigen und Ungläubigen provoziert werden sollte (Zelin 2013). Die territorial zunehmend geschwächte Terrororganisation „Islamischer Staat“ setzt darauf, die politischen und gesellschaftlichen Spannungen im Westen weiter aufzuheizen, damit die bisherigen Machtpositionen verändert und die Karten neu verteilt werden. Terrororganisationen leben von asymmetrischer Kriegsführung, in der medial aufgebauschte Anschläge gesellschaftliche und politi-

sche Überreaktionen auslösen sollen. Das kalkulierte Schüren von Angst und Feindseligkeit gegen Muslime soll diese in die Ecke treiben und entfremden, sodass sie leichter in islamistische Netzwerke gelockt werden können. Die von islamistischen und rechtsextremen Organisationen geteilten apokalyptischen Visionen eines unmittelbar bevorstehenden Bürgerkriegs zwischen Kulturen oder Rassen verstärken diese Dynamik. Während IS-nahe Organisationen einen Endkampf zwischen Muslim_innen und Nicht-Muslim_innen prophezeien („Break the Cross“, 2016), sprechen rechtsextreme Organisationen, beispielsweise die Identitäre Bewegung, von Vorbürgerkriegsszenarien (Strobl/Bruns 2017).

Seit der Milleniumswende haben Hassverbrechen gegen religiöse und ethnische Minderheiten in Europa und Nordamerika stark zugenommen. In Deutschland umfasst Hasskriminalität Delikte, die „sich gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten“ (Verfassungsschutzbericht 2012: 26). Da derartige Angriffe oft in der Kategorie Hasskriminalität erfasst werden und daher nicht als Terrorismus gezählt werden, kann es zu verzerrten Terrorismusstatistiken kommen, die viele rechts-extremistisch motivierte Delikte gegen Minderheiten nicht widerspiegeln. Es gibt keine universell akzeptierten Definitionen von Terrorismus und Hasskriminalität, was zu großen Unterschieden in der Aufzeichnung von rechtsextremem Gewalt durch unterschiedliche Institutionen führt (Köhler 2017).

Angesichts des drastischen Anstiegs von Hassdelikten in Reaktion auf dschihadistische Terroranschläge haben insbesondere Muslim_innen Angst vor Racheangriffen. „Aufgrund unserer vergangenen Erfahrungen besteht Angst in unserer Gemeinde, vor allem unter Frauen“, sagte Imam Mohamed Abdul Malek nach dem Angriff auf das Ariana-Konzert in Manchester

² Das Institute for Strategic Dialogue ist eine Denkfabrik, die weltweit Forschungs- und Beratungsprojekte, Kampagnen und Erziehungsinitiativen zur Prävention von Terrorismus und Extremismus durchführt. Für mehr Informationen vgl.: <http://www.isdglobal.org>.

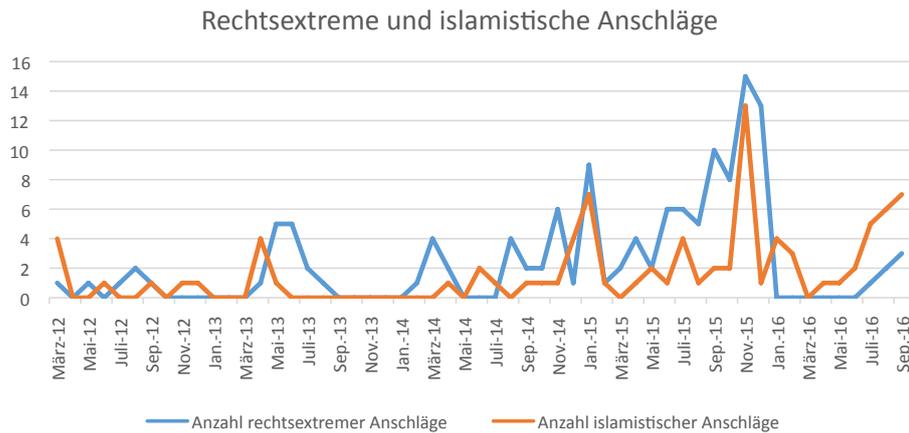


Abbildung 1: Analyse der GDT-Daten für die USA, Australien, Deutschland, Großbritannien und Frankreich

(Newsweek 2017). Unsere Recherchen beim ISD zeigten, dass islamophobe Tweets im unmittelbaren Nachgang von Terroranschlägen nach oben schießen, während die britische Anti-Rassismus-Hotline Tell Mama Höchstwerte für Hassangriffe gegen Muslime verzeichnet.

Die Wechselwirkungen von islamistischem und rechtsextremem Terrorismus und Hasskriminalität führen zu existenziellen Ängsten und Identitätskrisen auf beiden Seiten und beschleunigen die Dynamik der wechselseitigen Radikalisierung. Aufgrund der erhöhten Spannungsverhältnisse verfestigen sich auf beiden Seiten die apokalyptischen Zukunftsvisionen eines beginnenden oder unmittelbar bevorstehenden Konfliktes zwischen (vermeintlichen) Muslim_innen und Nicht-Muslim_innen. Sowohl die Weltbilder von islamistischen Extremist_innen und als auch die von Rechtsextremen bauen auf der wahrgenommenen Unvermeidbarkeit eines Rassen- oder Kulturkrieges auf.

Die Daten der Global Terrorism Database (GTD) zu Terroranschlägen in den USA, Australien, Großbritannien, Frankreich und Deutschland zwischen Januar 2012 und September 2016 weisen auf eine starke Korrelation zwischen rechtsextrem und islamistisch motivierten Angriffen hin. Wie die folgende Grafik zeigt, hatten Gewaltereignisse auf beiden Seiten des Spektrums etwa zur selben Zeit ihre Spitzen (Ebner 2017: 152-153).³

Auch die Ergebnisse des Combating Terrorism Centre legen eine Interaktionsdynamik zwischen den unterschiedlichen Formen von politisch motivierter Gewalt nahe. Die drei in den USA gemessenen Gipfel rechtsextremer Gewalt wurden in den Jahren 2001, 2004 und 2008 verzeichnet, was zeitlich mit den dschihadistischen Anschlägen 9/11, Madrid und Mumbai einhergeht (Perlinger 2015).

Meine Feldstudien in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zeigten, dass es in Regionen, in denen es eine hohe Konzentration von Rechtsextremismus gibt, auch vermehrt zu islamistischer Radikalisierung kommt und umgekehrt. Aus meinen Interviews mit Mitgliedern extremistischer Gruppen, ehemaligen Gefährdeter_innen, Sicherheitsbeamt_innen und Terrorismusexpert_innen ging hervor, dass Entfremdungseffekte an diesen Orten verstärkt auftraten und einen Einfluss auf die Radikalisierungsanfälligkeit der religiösen und ethnischen Minderheiten, insbesondere der muslimischen Gemeinde, hatten. In Deutschland wurde beispielsweise das Bergische Städtedreieck – das Wuppertal, Remscheid, Solingen umfasst – zur Hochburg für Salafist_innen und Rechtsextreme. Auch Niedersachsen-Ost wurde zum Schauplatz einer verstärkten Dynamik der wechselseitigen Radikalisierung. Aus Hildesheim und seinen benachbarten Städten Wolfsburg und Braunschweig kamen überproportional viele IS-Kämpfer_innen und Neonazis (Ebner 2017: 157-195).

³ Basierend auf den Daten der The Global Terrorism Database (GTD) für die USA, Australien, Großbritannien, Frankreich und Deutschland wurde eine lineare Regressionsanalyse durchgeführt, wobei alle fehlenden Daten für das Jahr 2016 manuell unter Verwendung der GTD-Kriterien ergänzt wurden.



Screenshot
© Julia Ebner

Pull- und Pushfaktoren in Radikalisierungsprozessen

Die Biografien von Islamist_innen und Rechtsextreme weisen tendenziell ähnliche radikalisierende Faktoren und -prozesse auf. Es gibt zwar keinen allgemeinen Typus und kein allgemeines Anfälligkeitsprofil – weder bei Dschihadisten noch bei Rechtsextremen –, jedoch sind wiederkehrende Motivations- und Frustrationsmuster erkennbar (Ranstorp 2016).

In der Radikalisierungsforschung wird zwischen Push- und Pullfaktoren unterschieden. Pushfaktoren machen Individuen anfälliger für die Propaganda, Radikalisierungs- und Anwerbungsmethoden von Extremisten. Häufig bilden Identitätskrisen in Kombination mit politischen, sozio-ökonomischen oder gesellschaftlichen Ängsten und Frustrationen die Basis für Radikalisierungsanfälligkeit. Individuelle und kollektive Erfahrungen der Diskriminierung, Anfeindung und Erniedrigung machen Individuen zugänglicher für die Narrative und Argumente von Extremisten (HM Government 2012).

Unter Pull-Faktoren versteht man die Strategien, die radikalisierte Akteure verwenden, um anfällige Individuen in ihre Netzwerke zu locken. Wiederkehrende Argumente, die extremistische Gruppen anziehend machen, sind beispielsweise Versprechen von Gemeinschaft, Zugehörigkeit, Abenteuer, Heldentum und Utopie, die charismatische Anwerber_innen mithilfe gezielter Online- und/oder Offline-Propaganda und Manipulation als Lösung für oben genannte Pushfaktoren anbieten. Stark simplifizierte Weltbilder, welche die Gesellschaft in homogene Opfer- und

Feindkollektive einteilen, sollen wahrgenommene oder existierende Missstände erklären. Dabei läuft die angebotene Lösung oft auf eine metaphorische oder tatsächliche Bekämpfung oder Eliminierung des Gegners hinaus.

Diskriminierung, Anfeindung und Erniedrigung als Push-Faktor

Im Radikalisierungsprozess verschmilzt die Identität eines Individuums mit der der Gruppe, was zu einer Auflösung der persönlichen Identität führen kann. Dieses Phänomen wird auch als „Identitätsfusion“ bezeichnet. Eine anthropologische Studie an der Oxford University fand heraus, dass die Identitätsfusion durch geteilte dysphorische, also negative Erfahrungen verursacht und beschleunigt werden kann (Jong/Whitehouse et al. 2015). Diskriminierung, Anfeindung und Erniedrigung aufgrund von Religionszugehörigkeit und Herkunft sind Beispiele für dysphorische Erfahrungen, die Identitätsverschmelzung und somit Radikalisierung begünstigen.

Am Institute for Strategic Dialogue analysierten wir über 200 ausländischer- und islamfeindliche Facebook- und Twitter-Profile in Deutschland, um davon ausgehend innovative Kampagnen gegen Hassrede im Netz zu entwickeln. Die Betrachtung der Online-Kommunikation rechtsextremistischer Gruppierungen in Deutschland zeigte, dass die Aufnahme von Flüchtlingen und die Angst vor Terrorangriffen dominierende Themen des Jahres 2017 waren. Hassrede und gewaltanstiftende Inhalte gegen ethnische und religiöse Minderheiten im deutschsprachigen Netz erschienen häufig in Kombination mit Hashtags wie #StopIslam, #Terrorimmigranten, #Krimig-

Im Radikalisierungsprozess verschmilzt die Identität eines Individuums mit der der Gruppe, was zu einer Auflösung der persönlichen Identität führen kann.



Screenshot
© Julia Ebner

ranten, #Asylchaos, #Islamisierung und #Rapefugees (ISD 2017).

Hetzerische Rhetorik gegen Minderheitsgruppen und rechtsextremer Hass im Netz werden gezielt und manipulativ von Salafist_innen verwendet, um ihre Argumente gegen das von ihnen postulierte ‚Übel‘, das der gesamten Westen in ihrer Narration darstellt, glaubwürdiger zu machen. Der salafistische Prediger und Aktivist Sven Lau, der für seine Unterstützung einer IS-nahen Terrormiliz zu fünfenehalb Jahren Haft verurteilt wurde, zitierte beispielsweise in seiner Propaganda regelmäßig Drohungen und Hass-Posts wie „Nur ein toter Salafist ist ein guter Salafist“, „Verschwindet aus Deutschland“ und „Vaterlandsverräter! Was sollen wir mit denen machen? Sie lebenslang einsperren und sie foltern, bis die Galle rauskommt“. In seinem Buch *Fremd im Eigenen Land* beschwert er sich über Begriffe wie „Kameltreiber, Steinzeitmenschen, Hassprediger, Terroristen, Analphabeten“, die von Rechtsextremist_innen gegen Muslim_innen und Migrant_innen verwendet werden. „Ich frage mich bis heute, warum ich kein Deutscher sein kann, besser gesagt, in deren Augen ‚sein darf‘ und Deutschland genauso lieben wie sie auch – wenn nicht sogar mehr – auch wenn ich mich zugleich für eine andere Religion entschieden habe!? [...]“, schreibt er (Lau 2015).

Opferdenken und Feindkollektive als Pull-Faktor

Ängste, Empörung und Wut über wahrgenommene Ungerechtigkeit und soziale Konflikte werden oft von Extremist_innen ausgenutzt. Extremistische Propaganda baut stark auf der Viktimisierung der Ei-

gengruppe und der Dämonisierung der Fremdgruppe auf. Extremistische Propagandist_innen rationalisieren individuelle Negativerfahrungen, indem sie diese an übergeordnete schwarz-weiße Weltbilder knüpfen. Ein solches ideologisches Deutungsangebot besteht beispielsweise in der Idee, dass der Westen einen Krieg gegen den Islam führt (Nordbruch 2016). Jeder weitere perzipierte Fall von Diskriminierung oder fremdenfeindlicher Gewalt wird dann als Bestätigung für eigenen Gruppennarrative interpretiert und wirkt in Richtung ihrer Übernahme durch das Individuum.

Die Terrorangriffe des IS werden von Rechtsextremen instrumentalisiert, um den gesamten Islam und seine Anhängerschaft als aggressiv und feindlich darzustellen. Dabei wird nicht unterschieden zwischen Islam als Religion, seiner politisierten Form, dem Islamismus, und seiner extremsten Ausprägung, dem Dschihadismus. Umgekehrt nutzen islamistische Extremist_innen die Hasskriminalität gegen ethnische und religiöse Minderheiten, um Muslim_innen zu viktimisieren und den gesamten Westen als Feind zu deklarieren. Dieses Opferdenken führt zu einem erhöhten Zugehörigkeitsgefühl zur diskriminierten Gruppe. Laut Roland Eckert spielt die „wahrgenommene Benachteiligung der Gruppe, zu der man gehört oder mit der man sich identifiziert“, eine wesentliche Rolle in Radikalisierungsprozessen (Eckert 2013: 14).

Aus meinen Interviews mit Mitgliedern rechtsextremer Gruppen und ehemaligen Neonazis ging hervor, dass sie Terroranschläge als Symptom einer „islamischen Invasion Europas“ interpretierten. Meine

Ängste, Empörung und Wut über wahrgenommene Ungerechtigkeit und soziale Konflikte werden oft von Extremist_innen ausgenutzt.

Ein ganzheitlicher Zugang zur Beschäftigung mit Terrorismus und Extremismus ist notwendig, um die Effektivität von Präventions- und Deradikalisierungsprojekten zu befördern.

Gespräche mit Mitgliedern islamistischer Gruppen und Ex-Dschihadist_innen zeigten wiederum, dass diese die politisch motivierten Hassangriffe gegen islamische Gemeinschaften als Beispiel der „globalen Unterdrückung von Muslimen“ sahen (Ebner 2017). Auf beiden Seiten waren ein starkes Opferrollendenken und klare Feindbilder erkennbar. Der homogene „Islam“ auf der einen Seite wurde dem monolithischen „Westen“ auf der anderen Seite gegenübergestellt. Dabei stellten die interviewten Rechtsextremen die Dschihadist_innen als Stellvertreter_innen des Feindkollektivs „Islam“ dar, während die befragten Islamist_innen die Rechtsextremist_innen als repräsentativ für den gesamten Westen nannten. Die Konsequenz war bei vielen Interviewten eine dehumanisierende Rhetorik gegen die identifizierte Feindgruppe (ebd.).

Schlussfolgerungen

Es besteht aktuell großer Forschungsbedarf hinsichtlich des Wechselspiels von Islamismus und Rechtsextremismus. Die Komplexität der Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Formen von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit erfordert vor allem ein besseres Verständnis der Rolle, die populistische Politik, mediale Berichterstattung und die Normalisierung von Hassrede in Polarisierungs- und Radikalisierungsprozessen spielen.

Der Einfluss gesellschaftlicher Spaltung auf Radikalisierungsdynamiken zeigt, dass Extremismus- und Terrorismusprävention uns alle betrifft. Die Einführung drakonischer Sicherheitsmaßnahmen oder demokratieeinschränkender oder diskriminierender Gesetze wird dauerhaft wenig bewirken – und kann sogar kontraproduktiv sein, da sie Gefahr läuft, ganze Gesellschaftsgruppen zu dämonisieren und Minderheiten zu entfremden. Stattdessen sollte sich die Terrorismusprävention auf die Ursachenbekämpfung fokussieren. Präventionsprogramme sollten sowohl die Resilienz der Gesamtbevölkerung erhöhen als auch die Radikalisierungsanfälligkeit von Einzelpersonen reduzieren (Young et al. 2016).

Ein ganzheitlicher Zugang zur Beschäftigung mit Terrorismus und Extremismus ist notwendig, um die Effektivität von Präventions- und Deradikalisierungsprojekten zu befördern. Ohne die Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus wird es schwer werden, dem dschihadistischen Extremismus Einhalt zu gebieten. Umgekehrt kann das Problem von gruppenbezogen menschenfeindlich inspirierter Gewalt nicht ohne Berücksichtigung von islamistischem Extremismus adressiert werden. Nationale und lokale Regierungen, Zivilgesellschaft, Schulen, die politische Bildung, Sozialarbeiter_innen und Glaubensgemeinschaften können dabei helfen, die Gesamtbevölkerung mit den Kenntnissen, dem Vertrauen und der Motivation zur Prävention jeder Form von Extremismus, Intoleranz und Hass auszustatten.

Maßnahmen gegen Diskriminierung und Entfremdung und für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sollten getroffen werden, um zu vermeiden, dass sich die gesellschaftlichen Spannungen weiter aufheizen und sich das Radikalisierungsrisiko erhöht. Das impliziert eine ehrliche Auseinandersetzung mit tief verankerten, oft latenten Vorurteilen gegenüber Menschen anderer Herkunft und Religionen. Die Stigmatisierung von Gruppen wird oft durch ein mangelndes gesellschaftliches Bewusstsein über die Unterschiede zwischen Islam und islamistischem Extremismus gefördert (Crawford et al. 2018).

Bildungs- und Aufklärungsprogramme können dabei helfen, die Eskalation wechselseitiger Radikalisierungsprozesse zu verhindern. Insbesondere die Vermittlung von Wissen zu Radikalisierungsprozessen und -faktoren, kritisches Denkvermögen und digitale Kompetenzen sind Faktoren, die die Anfälligkeit junger Menschen für extremistische Propaganda reduzieren können.

Ein differenzierter Umgang mit dem Thema Terrorismus und eine umfassende Auseinandersetzung mit allen Arten der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in Erziehung, Politik und medialer Berichterstattung sind notwendig, um Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen in unserer Gesellschaft effektiv entgegenzutreten.

AUTORIN



Julia Ebner

ist Extremismus- und Terrorismusforscherin beim Institute for Strategic Dialogue (ISD) und Autorin von *Wut: Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen*. Zuvor arbeitete sie bei der weltweit ersten Extremismuspräventionsorganisation Quilliam, die von ehemaligen Islamisten gegründet wurde. Unter anderem leitete sie Studien für die Europäische Kommission und die Kofi Annan Foundation und koordinierte das pan-europäische Netzwerk Families Against Terrorism and Extremism. Sie wird regelmäßig von Regierungen und Tech-Firmen konsultiert, leitet die Online Civil Courage Initiative (OCCI) in Kooperation mit Facebook Deutschland und schreibt für *The Guardian* und *The Independent*.

Der Beitrag erschien ursprünglich in der Zeitschrift Wissen schafft Demokratie 2/2017

LITERATUR

- Abbas, T., „Ethnicity and Politics in Contextualising Far Right and Islamist Extremism“, *Perspectives on Terrorism* Vol. 11 (3), Juni 2017
- Backes, U., „Zwischen Hasskriminalität und Terrorismus: politisch motivierte Gewalt in Deutschland“, In: *Totalitarismus und Demokratie* 10 (2), 2013, pp. 325-349. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-436348>
- Bartlett, J. und Birdwell, J. „Cumulative Radicalisation Between Far-Right and Islamist Groups in the UK: A Review of Evidence“, *Demos* (November 2013)
- „Break the Cross“, *Dabiq Magazine*, Issue 15 (31 July 2016), Al Hayat Media Center, Clarion Project
- Bundesministerium des Innern (BMI), „Verfassungsschutzbericht 2011“, Berlin 2012, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte>
- Bundesministerium des Innern (BMI), „Polizeiliche Kriminalstatistik und Fallzahlen Politisch Motivierte Kriminalität 2016 vorgestellt“, April 2017 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressmitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html>
- Bundesministerium des Innern (BMI), „Rechtsextremistisches Personenpotenzial“, November 2017, <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/rechtsextremistisches-personenpotenzial-2016>
- Crawford, J., Ebner, J. and Hasan, U., „The Balanced Nation: Addressing the Challenges of Islamist and Far-Right Extremism in the Classroom“, In: Farid Panjwani et al. (Hrsg.), *Education and Extremism: Rethinking Liberal Pedagogies in the Contemporary World* (Routledge, 2018)
- Deutscher Bundestag, „Antwort der auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Irene Mihalic, Volker Beck (Köln), Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, April 2016 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/080/1808066.pdf>
- Ebner, J., *The Rage: The Vicious Circle of Islamist and Far-Right Extremism* (London/N.Y.: I.B. Tauris, 2017), im März 2018 erschien die deutsche Ausgabe *Wut: Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen* (Stuttgart: Konrad Theiss Verlag, 2018)
- Eckert, R., „Radikalisierung - Eine soziologische Perspektive“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2013
- Feldman, M. „Tit-for-tat extremism only fuels more hatred and violence“, *The Conversation*, 24 May 2016. Available at <http://theconversation.com/tit-for-tat-extremism-only-fuels-more-hatred-and-violence-14613>.
- Gaffey, C., „Muslims in Manchester fear reprisal as ISIS claims responsibility for concert attack“, *Newsweek*, 23 Mai 2017, <http://www.newsweek.com/muslims-manchester-fear-reprisals-isis-claims-responsibility-concert-attack-614159>
- Hafez, M. und Mullins, C. „The Radicalization Puzzle: A Theoretical Synthesis of Empirical Approaches to Homegrown Extremism“, *Studies in Conflict and Terrorism*, Vol. 38 (11), 2015, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1057610X.2015.1051375?journalCode=uter20>
- HM Government, „Roots of Violent Radicalisation: Nineteenth Report of Session 2010-12“, House of Commons, Januar 2012, <https://publications.parliament.uk/pa/cm201012/cmselect/cmhaff/1446/1446.pdf>
- Köhler, D., *Right-Wing Terrorism in the 21st Century: 'The National Socialist Underground' and the History of Terror from the Far Right in Germany* (Routledge, 2017)
- Jong J., Whitehouse H., Kavanagh C., Lane J., „Shared Negative Experiences Lead to Identity Fusion via Personal Reflection“, *PLoS ONE*, Vol 10 (12), Dezember 2015, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0145611>
- Lau, S., *Fremd im Eigenen Land* (Bergheim: Al Madina Buch, 2015)
- McManus, C., „Conceptualising Islamic 'Radicalisation' in Europe through 'Othering': Lessons from the Conflict in Northern Ireland“, *Terrorism and Political Violence*, Oktober 2017, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09546553.2017.1368495?journalCode=ftpv20>
- Nordbruch, G., „Zur Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen und gesellschaftlicher Marginalisierung in religiösen Radikalisierungsprozessen“, *Ufuq*, November 2016
- Online Civil Courage Initiative, „Insight Report für Deutschland“, Institute for Strategic Dialogue, Juli 2017 <http://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/07/Insight-Report-Germany-July-FINAL.pdf>
- Perlinger, A. „Challenges from the Sidelines: Understanding America's FarRight“, *Combating Terrorism Center*, January 2013, <https://www.ctc.usma.edu/posts/challenges-from-the-sidelines-understanding-americas-violent-far-right>
- Ranstorp, M., „The Root Causes of Violent Extremism“, *Radicalisation Awareness Network (RAN) Briefing Paper*, Januar 2016, https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-papers/docs/issue_paper_root-causes_jan2016_en.pdf
- Statista, „Anzahl der in Deutschland bekannten sowie der sich in Deutschland aufhaltenden islamistischen Gefährder im Jahr 2017“, 2017, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/607470/umfrage/islamistische-gefaehrder-in-deutschland/>
- Strobl, N. und Bruns, J. „Preparing for (Intellectual) Civil War“, in: Fieletz, M. and Laloire, L. (Hrsg.), *Trouble on the Far Right: National Strategies and Local Practices Challenging Europe* (Transcript Verlag, 2017)
- Young, H. et al., „Evidenzbasierte Policy-Empfehlungen: Abschlussbericht“, *Terrorism and Radicalisation (TERRA)*, Juli 2016, http://www.terra-net.eu/files/resources/evidence-based-policy-advice/evidence-based-policy-advice-terra_german.pdf
- Zelin, A., „Jihad 2020: Assessing Al-Qaida's 20-Year Plan“, *World Politics Review*, September 2013, <https://www.worldpoliticsreview.com/articles/13208/jihad-2020-assessing-al-qaida-s-20-year-plan>

DIE „ZIONISTISCHE WELTVERSCHWÖRUNG“ ALS FEINDBILD ISLAMISTISCHER BEWEGUNGEN: EINE RISIKOSOZIOLOGISCHE PERSPEKTIVE

VON DENNIS WALKENHORST

Die Erzählung von einer „zionistischen Weltverschwörung“ war und ist ein beliebtes Element extremistischer Ideologien. Andeutungen und Verweise auf eine vermeintlich allessteuernde „jüdisch-zionistische Elite“, die die Geschicke der Weltgeschichte und –politik willentlich beeinflusst, sind auch heute in rechts-extremen und islamistischen Kreisen weit verbreitet (vgl. Camus 2013). Und selbst unter Anhängern der extremen Linken sind immer wieder Bestrebungen beobachtbar, ähnlich gelagerte verschwörungstheoretische Versatzstücke mit einer generellen Kapitalismuskritik im Sinne eines „Antizionismus“ zu verbinden. Verschwörungstheoretisches Denken fungiert also durchaus als verbindendes Element zwischen verschiedenen Formen des Extremismus, egal ob politisch oder religiös motiviert (vgl. van Prooijen/Krouwel/Pollet 2015). Doch wie hängen verschwörungstheoretische Denkmuster und die Prozesse der Konstruktion und Vermittlung eines konkreten Feindbildes, in diesem Fall des „Zionismus“, zusammen?

Einführung

Um diese Frage zu beantworten, soll nachfolgend ein Blick in den Nahen Osten geworfen werden. Hier entfaltet die Kombination aus Verschwörungserzählungen und dem Feindbild Zionismus seit langem enorme Wirkmächtigkeit (vgl. Röhl 2010: 52ff.). So wird BewohnerInnen der Region häufig auch eine besonders „eigenartige“ Affinität zu konspirativem Denken unterstellt. Einige AutorInnen führen die Fremdzurechnungen auf Besonderheiten der politischen Kultur zurück, auf religiöse Spezifika oder auch historische

Erniedrigungen bzw. militärische Niederlagen, beispielsweise im Sechstagekrieg von 1967 (vgl. ebd.). Andere bezeichnen den Hang zur Verschwörung stark generalisiert als „Trauma arabischer Politik“ (Tibi 1993). Neben der Tatsache, dass sich die Region oft genug mit realen (politischen) Konspirationen konfrontiert sah (vgl. Bayat 2006: 5), nahmen besonders in den Folgejahren des Panarabismus Berichte über fiktive Verschwörungen und den steuernden Einfluss einer „jüdisch-zionistischen Lobby“ in der regionalen Berichterstattung massiv zu (vgl. Al-Azm 2011: 27ff.).

Heute scheinen es vor allem islamistische Bewegungen zu sein, die zur regionalen Verbreitung verschwörungstheoretischer Narrative beitragen und, darauf bezugnehmend, auch erfolgreich das Feindbild „Zionismus“ an ihre Anhängerschaft vermitteln (vgl. ebd.). Zur Analyse der Funktionsweisen des Zusammenspiels zwischen Verschwörungstheorien und der Konstruktion und Vermittlung von Feindbildern werden deshalb zwei der prominentesten und langlebigsten islamistischen Bewegungen in der Region in den Blick genommen: die palästinensische (sunnitische) Hamas und die libanesisch-schiitische (schiitische) Hisbollah.

Hamas, Hisbollah und das Feindbild „Zionismus“

Hamas und Hisbollah gelten seit knapp 30 Jahren als zentrale Akteure des anhaltenden „Nahost-Konfliktes“, der zwischen dem Staat Israel, palästinensischen Gruppierungen und zyklisch auch benachbarten islamisch-geprägten Staaten bzw. Akteuren in der Region ausgetragen wird.

Die „islamistische Widerstandsideologie“, die von Hamas und Hisbollah (trotz ihrer unterschiedlichen Herkunft aus den Sunnismus bzw. Schiismus) relativ deckungsgleich vertreten wird, speist sich im Grunde aus zwei verschiedenen Elementen: Zum einen nimmt sie indirekt Bezug auf die „klassisch“-islamistische Gegenwartsdiagnose im Sinne Sayyid Qutbs, impliziert also eine grundsätzlich verachtenswerte moralische Verwerflichkeit der Gegenwart, verursacht durch eine Abkehr vom Islam und die folgende Dominanz westlich-liberaler (individualistischer) Werte (vgl. Cheema 2008: 147). Zum anderen schließt sie konstant an den jeweiligen (geo-)politischen bzw. militärischen Konflikt mit dem Staat Israel an. Je nachdem, welche Dimension gerade populärer ist (bzw. mehr Mobilisierungspotential verspricht) oszillieren die Bewegungen in ihrer Außenkommunikation zwischen einer eher islamistisch-moralischen und einer geopolitisch-militärischen Argumentation.

Das Element, das beide Dimensionen der Widerstandsideologie vereint, ist der „Zionismus“ als anschlussfähiges Feindbild. Bezüge auf Zionismus oder auch „die zionistische Verkörperung“ (gemeint ist der Staat Israel), finden sich in nahezu all ihren politischen Pamphleten, angefangen bei den Gründungsdokumenten, also dem „Offenen Brief“ der Hisbollah bzw. der „Charta“ der Hamas, über diverse Flugblätter und politische Programme bis hin zu den Äußerungen der jeweiligen Parteivertreter im nationalen Kontext (vgl. Walkenhorst 2018: 79ff.). Als Sammelbegriff bezeichnen die Islamisten mit „Zionismus“, je nach Kontext, den Staat Israel, die israelische Bevölkerung, alle



Foto: Wikimedia Commons/Denis Barthel

Menschen jüdischen Glaubens, die Regierung der USA oder auch allgemein „den Westen“. So wird Zionismus als omnipräsentes und gleichzeitig flexibles Gegenüber konstruiert. Zum wirklichen Feindbild wird er aber durch eine massive Verdichtung von rassistischen Vorurteilen und antisemitischen Stereotypen sowie einer kausalen Zurechnung von Handlungs- und Entscheidungspotentialen, die so weitreichend und fiktiv sind, dass von starkem Verschwörungdenken gesprochen werden kann. Exemplarisch lässt sich das an einem einleitenden Ausschnitt der Charta der Hamas von 1988 zeigen. Darin heißt es mit Blick auf den Zionismus:

„Die Feinde haben sorgfältige Pläne geschmiedet, um dahin zu gelangen, wo sie jetzt sind [...]. Mit ihrem Geld finanzierten sie Revolutionen auf der ganzen Welt, um ihre Ziele durchzusetzen. Sie standen hinter der französischen Revolution, der kommunistischen Revolution und den meisten Revolutionen aller Orten [...]. Mit

ihrem Reichtum schufen sie überall auf der Welt Geheimorganisationen wie die Freimaurer, den Rotary Club, den Lions Club usw., um die Gesellschaften zu zerstören und die Interessen der Zionisten zu fördern. [...] Sie standen hinter dem Ersten Weltkrieg, durch den es ihnen gelang, das islamische Kalifat zu zerstören [...]. Sie schufen den Völkerbund, mittels dessen sie die Welt beherrschen konnten. Sie standen hinter dem Zweiten Weltkrieg. [...] Es gab keinen Krieg auf der Welt, ohne dass sie dabei insgeheim die Fäden gezogen hätten“ (Charta der Hamas von 1988; zitiert in: Baumgarten 2006: 218f.).

Ähnliche monokausale Erklärungen historischer Ereignisse sind im Gründungsdokument der Hisbollah, dem „Offenen Brief“, sowie nahezu allen anderen politischen Publikationen beider Bewegungen zu finden (vgl. Walkenhorst 2018: 79ff.). Um sich der Frage, warum diese Formen der verschwörungstheoretischen Argumentation so anschlussfähig ist, zu

nähern, lohnt ein Blick auf die konkreten Formen der Vermittlung und die Kontexte innerhalb derer Vermittlungsprozesse stattfinden.

Kontexte und Formen der Vermittlung: Massenmedien, Bildungs- und Erziehungssystem

Sowohl Hamas als auch Hisbollah beobachten ihre Umwelt in ähnlicher Form. Der aus der islamistischen Perspektive verachtenswerte moralische Zustand der Gesellschaft sowie die einsetzenden Prozesse der „Unterwanderung und Korruption“ muslimischer Gemeinschaften werden kausal dem Zionismus bzw. einer „zionistischen Elite“ zugerechnet, die, nicht zuletzt durch ihren vermeintlichen Einfluss auf die Regierung der USA, die Geschehnisse der Weltgeschichte und nahezu alle anderen Akteure lenkt. Diese Formen der Eindeutigkeitsangebote werden in der Region breit gestreut und besitzen seit langem hohe Popularität. Doch welche konkreten Kontexte und Formen der

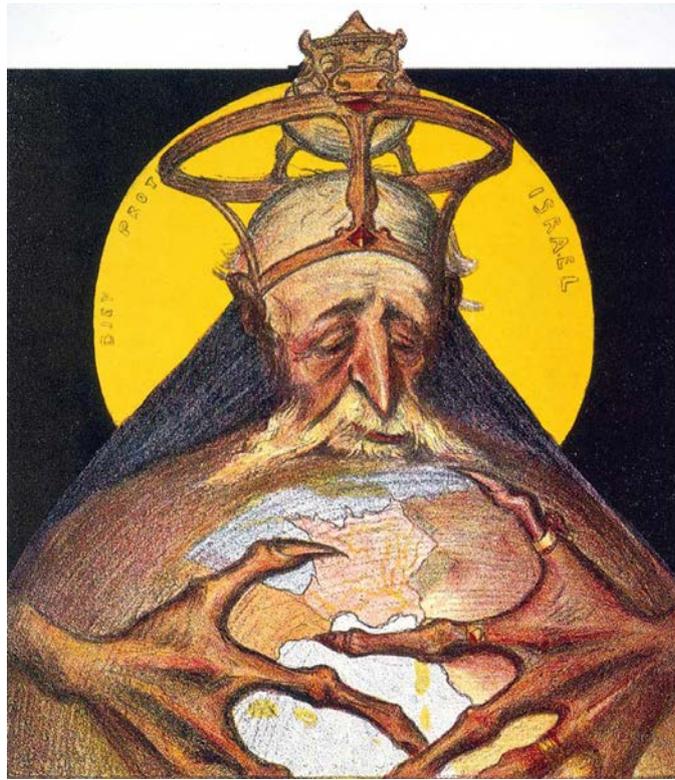
Vermittlung vornehmlich genutzt werden, wurde bislang wenig beleuchtet.

Eine Analyse der Gesamtstrukturen von Hamas und Hisbollah ergibt, dass zwei gesellschaftliche Funktionsbereiche in diesem Zusammenhang besonders herausstechen: die Massenmedien sowie das Bildungs- und Erziehungssystem (vgl. Walkenhorst 2018: 82). In diesem Zusammenhang profitieren die islamistischen Bewegungen von einer umfangreichen internen Differenzierung und netzwerkartigen Verbindung bewegungseigener bzw. -naher Personen und Organisationen. Hierzu gehören, neben klassischen Bildungsinstitutionen wie Kindergärten, primären und sekundären Schulen, bzw. Hochschulen, auch Buch- und Zeitungsverlage, Internetauftritte sowie eigene Radio- und TV-Stationen.

Massenmedien: Der diskursive Rahmen

Sowohl Hamas als auch Hisbollah können heute auf ein Mediennetzwerk mit massiver Reichweite zurückgreifen. Ihre TV-Stationen Al-Manar (Hisbollah) bzw. Al-Aqsa (Hamas) konkurrieren im gesamten arabischen Raum auf Augenhöhe mit regionalen und „westlichen“ Mitbewerbern um den höchsten Anteil an Publikum. (vgl. Jorisch 2004: 31; Abdelal 2016: 133). Hamas und Hisbollah verstehen die von ihren Medienorganisationen produzierten Inhalte vor allem als eine Art „Korrektiv“ zu westlichen Medien (vgl. Abdelal 2016: 61), als islamisch-begründete Alternative in einer von moralischer Abgründigkeit geprägten westlichen Medienlandschaft. Um hierfür ein möglichst breites Publikum zu erreichen, werden üblicherweise die Formate erfolgreicher westlicher Programme kopiert und inhaltlich mit den eigenen ideologischen Veratzstücken angereichert.

Eine selektive qualitative Analyse einzelner Programme, die die TV-Stationen Al-Aqsa bzw. Al-Manar in den letzten 20 Jahren ausstrahlen, erlaubt Einblicke in die Inhalte der islamistischen Feindbildkonstruktion (vgl. Walkenhorst 2018: 82ff.): Hier werden nahezu täglich ver-



Quelle: Le Rire,
April 16th 1898

schiedenste Theorien einer „allessteuernden“ zionistischen Weltverschwörung bedient und als Eindeutigkeitsangebote einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Die inzwischen fast omnipräsente Theorie, die Anschläge vom 11. September 2001 seien ein von der (zionistisch gesteuerten) US-Regierung geplanter „inside job“, wurde beispielsweise, noch während live über die Anschläge berichtet wurde, zuerst auf dem Hisbollah-Sender Al-Manar veröffentlicht (vgl. Jorisch 2004: 39). Weitere Beispiele reichen von der auf Al-Aqsa veröffentlichten Vermutung, die israelische Armee infiziere Prostituierte mit AIDS, kleide sie dann in Armeeuniformen und weise sie an, palästinensische Männer zu „verführen“ und damit mit der Krankheit zu infizieren (MEMRI 2017) über Berichte einer absichtlichen Tötung palästinensischer Kinder zur Gewinnung und anschließendem Verzehr ihres Blutes zum jüdischen Pessach-Fest (MEMRI 2015) bis hin zur auf Al-Manar verbreiteten Theorie, der plötzliche Ausbruch einer Hepatitis-C-Epidemie im Norden Ägyptens sei durch die israelische Regierung verursacht, da sie Gefängnisinsassen, die die ägyptische Staatsbürgerschaft besitzen, mit

dem Virus infiziert und diese anschließend zurück nach Ägypten geschickt hätte (MEMRI 2010).

Dies sind nur einige der vielen, absurd anmutenden Beispiele der von den islamistischen Medienorganisationen verbreiteten Verschwörungstheorien. Schematisch laufen die Prozesse der Vermittlung immer ähnlich ab: Ein bestimmtes tagesaktuelles (oder auch historisches) Ereignis wird berichtet und nachfolgend in das Interpretationsmuster einer durch den „Zionismus“ bewusst gesteuerten Bösartigkeit gegenüber den PalästinenserInnen bzw. MuslimInnen überführt. Eine qualitative Inhaltsanalyse der TV-Programme ergibt, dass Krankheiten, Sexualität und Drogenmissbrauch die drei bestimmenden inhaltlichen Schwerpunkte der Verschwörungstheorien sind, die im Rahmen der massenmedialen Berichterstattung durch Hamas und Hisbollah verbreitet werden (vgl. Walkenhorst 2018: 85). Angereichert wird das Ganze durch eine kontinuierliche Verwendung dehumanisierender Metaphern, die Darstellungen der jüdischen Bevölkerung Israels z.B. als Tiere oder Krankheitserreger beinhalten (vgl. zu Prozessen der

Dehumanisierung und ihrer Beobachtbarkeit auch den Beitrag der Universität Nantes in dieser Ausgabe). In der Argumentationslogik der IslamistInnen hat man es so mit einem allmächtigen und gleichzeitig inhumanen zionistischen Gegenüber zu tun, das nicht nur jedes bedeutende historische und aktuelle Ereignis, sondern auch jede Alltagssituation durch seine Entscheidungen sowohl indirekt beeinflusst, als auch das Potential besitzt, dieses direkt zu steuern. Diese Argumentationsmuster bilden den Kern der Begründung des Aufrufs zum (gewaltsamen) islamistischen „Widerstand“ und rahmen maßgeblich die Alltagskommunikation in den Hochburgen der islamistischen Bewegungen, z.B. in Gaza und den südlichen Vororten Beiruts (vgl. z.B. Deeb/Harb 2013).

Dass darüber hinaus auch in anderen Organisationen der Bewegungen Anschlüsse an die verschwörungstheoretischen Narrative beobachtbar sind, bekräftigt den Verdacht der konstanten reziproken Verstärkung unter dem Schirm der Bewegungen. Für die Vermittlung des verschwörungstheoretisch begründeten Feindbildes werden funktionsübergreifende Synergien genutzt. Hier kommt die umfangreiche organisationale Ausdifferenzierung zum Tragen. Berichte, die darauf hindeuten, existieren zuhauf und wurden z.B. in den Kontexten Sport (Jensen 2009: 70), Medizin (Roy 2011: 176f.) oder auch Freizeiteinrichtungen (Deeb/Harb 2013) im Rahmen teilnehmender Beobachtung dokumentiert.

Bildungs- und Erziehungssystem: Die „Einzelfallbetreuung“

Neben Massenmedien können aber vor allem die Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, die von Hamas und Hisbollah betrieben werden, als „Hot Spots“ der Vermittlung des verschwörungstheoretisch begründeten Feindbildes bezeichnet werden. Während die TV-Stationen, Internetauftritte, Radiosender und Zeitungen eher auf generelle diskursive Rahmung abzielen, geht es im Kontext von Bildung und Erziehung um Prozesse der individuellen Vermittlung.

Mit Blick auf die Inhalte lassen sich in Materialien, die z.B. im Unterricht der Al-Mahdi Schulen der Hisbollah oder den Seminaren der Islamischen Universität Gaza genutzt wurden, nur wenige Hinweise auf das verschwörungstheoretisch begründete Feindbild Zionismus finden (vgl. Høigilt 2010: 34f.; Walkenhorst 2018: 86ff.). Entscheidender als die Inhalte sind offenbar die Formen der Prozesse der Vermittlung bzw. Interpretation. Ein instruktives Beispiel für die Vermittlungspraktiken und die Differenz zwischen Inhalt und Form liefert Michael Irving Jensen (2009), der von Seminaren der linguistischen Fakultät der Islamischen Universität Gaza, die er im Rahmen teilnehmender Beobachtung begleitete, berichtet. In diesem Zusammenhang beschreibt er pointiert die Praktiken, die das Lehrpersonal zur pädagogischen Vermittlung verschwörungstheoretischer Narrative und dehumanisierender Deutungsfolien nutzt. Eines der Beispiele ist sein Bericht über die Besprechung des Kindergedichtes „The Cats Protection League“ von Roger McGough, die unter dem Titel der Vermittlung von „Sprachbewusstsein“ an der linguistischen Fakultät stattfand (vgl. Jensen 2009: 113ff.). Jensen beschreibt, wie subtil der Dozent den Interpretationsprozess konstant mit antisemitischen Vorurteilen und Stereotypen stimulierte und

gleichzeitig immer wieder Kausalitätsketten aufzeigte, denen die Studierenden in ihren Interpretationen folgten. So wurde von „zionistischen Gangs“ (vgl. ebd.) gesprochen, die sich in verschwörerischer Absicht „zusammenrotten“. Gleichzeitig wurde die eigene Bezugsgruppe, also die muslimische Bevölkerung der palästinensischen Autonomiegebiete, als Opfer der Verschwörer beschrieben, also diejenigen, die den Entscheidungen gemeinschaftlich schutzlos ausgeliefert seien. Dass das Gedicht die Form einer Fabel hat und damit „vermenschlichte“ Tiere eine zentrale Rolle einnehmen, erleichterte die zusätzliche Anreicherung mit dehumanisierenden Metaphern. So wurden vor allem diejenigen Tiere, denen grundsätzlich negative Eigenschaften zugerechnet werden, mit Juden bzw. „Zionisten“ in Verbindung gebracht, während die in der Interpretation der Studierenden als „liebenswert“ eingeschätzten Katzen für Muslime stünden (vgl. ebd.). Auffällig ist, dass der Dozent den Interpretationsprozess nur sehr behutsam dirigierte. Offenbar genügten kleinste Andeutungen an bereits bekannte verschwörungstheoretische Narrative, um den Prozess der Interpretation im verschwörungstheoretischen Schema in Gang zu bringen (vgl. ebd.).

Solche und ähnlich gelagerte Prozesse der pädagogischen Vermittlung verschwörungstheoretisch begründeter Feindbilder kann für mehrere Bildungseinrichtungen von Hamas und Hisbollah nachgezeichnet werden (vgl. Walkenhorst 2018: 86ff.). Ob sich deren Existenz generalisiert für alle Bildungseinrichtungen der IslamistInnen behaupten lässt, ist allerdings fraglich. Die grundsätzliche Geheimhaltung gegenüber westlichen WissenschaftlerInnen und JournalistInnen, die vor allem die Hisbollah mit Blick auf ihre Erziehungs- und Bildungseinrichtungen vorgibt, erschwert die Erhebung aussagekräftiger Daten. Was sich feststellen lässt ist, dass das fachliche Niveau der im Rahmen der Freizeit- und Bildungseinrichtungen von Hamas und Hisbollah vermittelten Inhalte von vielen internationalen BeobachterInnen lange Zeit als im regionalen Vergleich über-

Die Kontexte der verschwörungstheoretischen Feindbildvermittlung sind klar definiert: Die diskursive Rahmung der Alltagsinteraktionen erfolgt über die massenmediale Berichterstattung, vor allem über TV-Stationen.

durchschnittlich hoch eingeschätzt wurde (vgl. z.B. Jaber 1997: 164; Bartels 2010: 31ff.; Høigilt 2010:22ff. oder auch Abisaab/Abisaab 2014: 162). Seit 2013 scheint die Hamas allerdings auch die Materialien, die in ihren Bildungsinstitutionen genutzt werden, mit den verschwörungstheoretisch begründeten Feindbildkonstruktionen eines allmächtigen Zionismus anzureichern (vgl. Akram/Rudoren 2013; die Bedeutung und Konsequenzen solcher Formen der Verbreitung von Stereotypen und Feindbildern über Schulbücher zeigt Atif Rizvi in seinem Beitrag in dieser Ausgabe auf).

Die Kontexte der verschwörungstheoretischen Feindbildvermittlung sind klar definiert: Die diskursive Rahmung der Alltagsinteraktionen erfolgt über die massenmediale Berichterstattung, vor allem über TV-Stationen. Gleichzeitig wird langfristig und in Form pädagogischer „Einzelbetreuung“ für die begleitende Verfestigung von Stereotypen und Vorurteilen gesorgt. Die in diesem Rahmen immer wieder aufgezeigten Kausalitätsketten und Interpretationen der eigenen Bezugsgruppe als „Opfer höherer Mächte“ erlauben verschwörungstheoretischem Denken enorme Wirkmächtigkeit zu entfalten. Unter diesen Bedingungen gewinnt das „Feindbild Zionismus“ in Regionen wie Gaza oder den südlichen Vororten Beiruts offenbar seine Anschlussfähigkeit.

Eine risikosoziologische Perspektive: Der „Entscheider“ als dehumanisiertes Feindbild

Ein kurzer Exkurs auf risikosoziologische Überlegungen kann hilfreich für ein tieferes Verständnis der Funktionsweise und Anschlussfähigkeit der Feindbildkonstruktion der islamistischen Bewegungen sein. Was das diagnostizierte Zusammenspiel von verschwörungstheoretischen Narrativen und dehumanisierenden Metaphern dann beobachtbar macht, sind Formen einer individuellen und kollektiven Risikobeobachtung, die sich vornehmlich durch eine kontinuierliche Transformation von Risiken in Gefahren auszeichnen.

Risiken unterscheiden sich von Gefahren insofern, als dass ihnen Entscheider zugerechnet werden können. Jede Entscheidung ist riskant für den Entscheider und gefährlich für den/die jeweils Betroffene (vgl. Luhmann 1991: 111ff.). Ein Bewusstsein über diese Unterscheidung hat weitreichende Konsequenzen für die Formen, wie Individuen sich selbst, ihr jeweiliges Gegenüber und die Handlungen, die von ihnen ausgehen, beobachten: Beobachtet man sich selbst als verantwortlich für sein Handeln, so bleibt es nicht aus, dass fast jede Handlung (und auch Nicht-Handlung) als Risiko wahrgenommen werden muss. Niklas Luhmann (1993) beschreibt diese typisch-moderne Konstellation mit einem pointierten Beispiel: Nimmt man keinen Regenschirm mit, wenn man das Haus verlässt, so geht man das Risiko ein, nass zu werden. Nimmt man ihn aber mit, so geht man das Risiko ein, ihn irgendwo liegenzulassen. Diese Unvermeidbarkeit des Risikos meinen auch Soziologen wie Ulrich Beck (1986), wenn sie von der modernen Gesellschaft als „Weltrisikogesellschaft“ sprechen, einer Gesellschaft, in der jede Entscheidung einer Person zugerechnet werden kann und somit immer für irgendjemanden ein Risiko darstellt. Verschwörungstheorien führen in diesem Zusammenhang ein, was noch in der Vormoderne durch die Deutungshoheit religiöser Letztbegründungen vorhanden war, zwischenzeitlich aber durch Prozesse einsetzender Säkularisierung verloren: omnipotente externe Entscheider (vormals: „Gott“ bzw. „Götter“). Aus der Perspektive des- bzw. derjenigen, der/die diese Interpretations- und Identitätsangebote der islamistischen Bewegungen annimmt, ergibt sich eine Außenwelt, die nicht mehr voller individueller Risiken ist, sondern nur noch aus extern verursachten Gefahren besteht. Ist eine solche Denkweise erst einmal kognitiv verfestigt, dann kann jedes Erlebnis, von der Alltagshandlung bis hin zum historischen Großereignis, der Gegenseite, also dem (zionistischen) Feind, als verursachte Gefahr monokausal zugerechnet werden. Das Selbst (bzw. die eigene Bezugsgruppe) wird dann dauerhaft in der Position als Betroffener fremder,

böswilliger Entscheidungen beobachtet. Das hat weitreichende Konsequenzen: Eigenes und vor allem individuelles Entscheiden wird unter diesen Bedingungen theoretisch unmöglich, mindestens aber invisibilisiert.

Nun stellt sich die Frage, warum ein solches Selbstbild als „handlungsunfähig“ gegenüber einem omnipotenten Feind gegenüber einer großen Zahl von Menschen angenommen werden sollte. In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf bestehende Beschreibungen anhaltender spezifisch-nahöstlicher „Krisen“ hilfreich. Diese wurden bereits in verschiedenen Formen diagnostiziert, z.B. als „Identitätskrisen“ (z.B. Kumaraswamy 2006; mit Blick auf die mangelnde Bindungskraft nationaler Identitäten), als „Bildungskrisen“ (z.B. Kavar/Tzannatos 2013; mit Blick auf mangelnde Karrierechancen gut ausgebildeter junger Menschen) oder „sexuelle Krisen“ (z.B. Ghaddar 2009; mit Blick auf die problematischen Bedingungen der Familiengründung). Den Kern der thematisierten Krisen bildet offenbar ein fundamentaler Widerspruch zwischen regional dominierenden kollektivistischen Verhaltenserwartungen (vor allem des familiären Umfeldes) und typisch-moderne Anforderungen der Konstruktion einer individuellen Ich-Identität (im Sinne individueller „Selbstverwirklichung“). Beide Formen des Identitätsangebotes beanspruchen regional Gültigkeit und schließen sich doch grundsätzlich aus. Gleichzeitig brechen fixe (religiöse) Orientierungspunkte, die zuvor noch bei der „Erschaffung des Selbst“ genutzt werden konnten, weg (vgl. z.B. Taylor 1995; 1996).

Unter solch dauerhaft krisenhaften Bedingungen der Identitätsbildung ist es wahrscheinlich, dass individuelle Stresssymptome auftreten, die im Kern mit der kognitiven Verarbeitung paradoxer Verhaltenserwartungen im Zusammenhang stehen. Dadurch wird erzeugt, was Klaus P. Japp pointiert als „Unvertrautheit polykontexturaler Wirrnis“ (Japp 1993: 244) beschreibt. In solchen Situationen ist für den Einzelnen bzw. die Einzelne unmöglich zu entscheiden, ob z.B. kollektivistisch

schen oder individualistischen Normen und Erwartungen gefolgt werden soll. Ein Angebot der Auflösung dieses Dilemmas bietet die Annahme der verschwörungstheoretisch begründeten Identität als dauerhaft Betroffener, die Wiedereinführung eines omnipotenten Entscheiders und damit die simplifizierende Zurechnung einer monokausalen Verursachung der erlebten Stresssymptome durch einen „unmenschlichen“ Feind.

Fazit und Ausblick

In einer Welt, in der sich räumliche Grenzen zunehmend in Auflösung befinden und wahrgenommene Zeithorizonte immer weiter verkürzen (vgl. Rosa 2005), die offenbar in immer geringerem Maß verbindliche Wahrheiten und Identitätsbildungspotentiale bietet, sind es vor allem einfache Antworten und Interpretationsschemata, die kognitive Erleichterung von den Anforderungen stetig wachsender Komplexität und Kontingenz versprechen. Zu diesen einfachen Antworten gehören Vorurteile und Stereotype ebenso wie Schwarz/Weiß-Schemata

oder monokausale Erklärungen. Genau hier setzen Verschwörungstheorien an: Sie verbinden diese Elemente zu kohärenten Erzählungen und erleichtern die Konstruktion und Vermittlung eines feststehenden Feindbildes.

Armin Pfahl-Traughber (2002: 37f.) unterscheidet mit Blick auf Verschwörungstheorien zwischen einer Erkenntnis- und einer Identitätsfunktion. Diese Unterscheidung ist sinnvoll, wenn es darum geht, die Konsequenzen auf der individuellen und kollektiven Ebene zu unterscheiden. Im Zusammenhang mit der Identitätsfunktion in Pfahl-Traughbers Sinn wird deutlich, wie Verschwörungstheorien auch z.B. von autoritären Staaten als Manipulations- und Legitimationsinstrument genutzt werden können (vgl. ebd.). Gesamtgesellschaftliche bzw. innerstaatliche Probleme können dann kollektiv aus dem eigenen Verantwortungsbereich gehalten und einer feindlichen Gegenseite zugerechnet werden. Die islamistischen Bewegungen sprechen sich ebenfalls in solchen Formen kollektiv von Verantwortung frei: Die Hisbollah bei-

spielsweise begründete ihr militärisches Engagement und die vielen eigenen Opfer im Syrien-Konflikt nicht durch Solidarität mit dem syrischen Regime, sondern mit der Gefahr, die ein Sieg des (eigentlich von Zionisten gesteuerten) Islamischen Staates (IS) bergen würde: den regionalen Machtgewinn Israels (vgl. Levitt 2014). Die syrische Intervention fügt sich so in einen kollektiven Widerstand gegen den Zionismus als allgegenwärtigem Entscheider.

Neben den Funktionen, die Prozesse der Viktimisierung des Selbst bzw. der eigenen Bezugsgruppe und die Dämonisierung des Gegenübers im Rahmen von Radikalisierungsprozessen einzunehmen scheinen (vgl. z.B. Hebenstreit 2010: 60ff.; Eckert 2013: 14 oder auch Julia Ebners Beitrag in dieser Ausgabe), bietet die vorgelegte risikosozilogische Perspektive weiteres Erklärungspotential für die besondere individuelle Anschlussfähigkeit des Feindbildes Zionismus. Es geht dann nicht nur um Viktimisierungsprozesse im Sinne einer einfachen Identitätsstiftung, sondern vor allem um die



Foto: Wikimedia Commons/Takver

Unterscheidung der eigenen dauerhaften Betroffenheit von den Entscheidern als quasi unerreichbares Gegenüber. Die Transformation von Risiken in Gefahren erzeugt eine totale Gefahrenumwelt, die kognitive Erleichterung mit Blick auf individuelles Handeln und Entscheiden verspricht und darüber hinaus den Aufruf zum aktiven Widerstand impliziert. Durch die eindeutige Identifikation des verursachenden Feindes wird die Überwindbarkeit der bestehenden Verhältnisse zwar in Aussicht gestellt. Diese ist allerdings einzig durch die totale Vernichtung des Feindes erreichbar. So kann die eigene Position als handlungsunfähiger Betroffener durch Widerstand gegen den identifizierten Feind überwunden werden. Dass dieser Widerstand gewaltsam ausgeübt werden darf, wird durch Prozesse der kontinuierlichen Dehumanisierung des Gegenübers legitimiert.

Die gezeigten Beispiele aus dem Nahen Osten verdeutlichen, wie eng Prozesse verschwörungstheoretischen Denkens, der Konstruktion bzw. Vermittlung von Feindbildern und der individuellen Motivation zur Gewaltanwendung durch dehumanisierende Sprache miteinander zusammenhängen können. Obwohl die regionalen, kulturellen und politischen Besonderheiten die Möglichkeit einer direkten Übertragung auf den europäischen Kontext deutlich einschränken, sollten diese Zusammenhänge, gerade mit Blick auf die aktuell steigende Sichtbarkeit verschwörungstheoretischer Narrative, keineswegs unterschätzt werden. Abwertende Haltungen, die ein „Belächeln“ von Verschwörungstheoretikern oder eine Kategorisierung als

irrationale „Spinner“ beinhalten, sind gefährlich. Denn sie ignorieren sowohl die diagnostizierte Funktion der individuellen Bedürfnisbefriedigung durch verschwörungstheoretisches Denken als auch die Gefahren einer dadurch motivierten weiteren Radikalisierung – bis hin zur Ausprägung feststehender Feindbilder.

LITERATUR

- Abdelal, Wael (2016): *Hamas and the Media: Politics and Strategy*. Routledge, London.
- Abisaab, Rula J., & Abisaab, Malek (2014): *The Shi'ites of Lebanon. Modernism, Communism, and Hizbullah's Islamists*. Syracuse University Press, Syracuse.
- Akram, Fares & Rudoren, Jodi (2013): *To Shape Young Palestinians, Hamas Creates Its Own Textbooks*. The New York Times. URL: <https://www.nytimes.com/2013/11/04/world/middleeast/to-shape-young-palestinians-hamas-creates-its-own-textbooks.html> (zuletzt abgerufen am 05.07.2018).
- Al-Azm, Sadiq (2011): *Orientalism and Conspiracy*. In: Graf, Arndt (Hrsg.): *Orientalism and Conspiracy. Politics and Conspiracy Theory in the Islamic World*. I.B. Tauris, London, S. 21-35.
- Baumgarten, Helga (2006): *Hamas. Der politische Islam in Palästina*. Heinrich Hugendubel, Kreuzlingen/München.
- Bayat, Asef (2006): *Conspiracy & Theories*. ISIM Review 18.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Camus, Jean-Yves (2013): *The European Extreme Right and Religious Extremism*. In: Mammone, Andrea et al (Hrsg.): *Varieties of Right-Wing Extremism in Europe*. Routledge, London, S. 107-120.
- Cheema, Ashwaryna (2008): *Sayyid Qutb's Concept of Jahiliyya as Metaphor for Modern Society*. In: Hasnain, Nadeem (Hrsg.): *Beyond Textual Islam*. Serial Publications, New Delhi, S. 143-172.
- Deeb, Laura, & Harb, Mona (2013): *Leisurely Islam. Negotiating Geography and Morality in Shi'ite South Beirut*. Princeton University Press, Princeton.
- Eckert, Roland (2013): *Radikalisierung - Eine soziologische Perspektive*. Aus Politik und Zeitgeschichte, 29-31/2013.
- Ghaddar, Hanin (2009). *The Militarization of Sex. The Story of Hezbollah's halal hookups*. Foreign Policy, 11/25.
- Hebenstreit, Aline (2010): *Wir und die Anderen, Identitätsfindung über Feindbilder*. In: Fathi, Schirin (Hrsg.), *Komplotte, Ketzler, Konspirationen. Zur Logik des Verschwörungsdenkens*. Beispiele aus dem Nahen Osten. Transcript Verlag, Bielefeld.
- Høigilt, Jacob (2010): *Raising Extremists? Islamism and education in the Palestinian Territories*. Fafo-Report 5. FAFO, Oslo.
- Jaber, Hala (1997): *Hezbollah: Born with a Vengeance*. Columbia University Press, New York.
- Japp, Klaus P. (1993): *Die Form des Protests in den neuen sozialen Bewegungen*. In Baecker, Dirk (Hrsg.): *Probleme der Form*. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 230–251.
- Jensen, Michael I. (2009): *The Political Ideology of Hamas: A Grassroots Perspective*. I.B. Tauris, London.
- Jorisch, Avi (2004): *Beacon of Hatred: Inside Hizballah's Al Manar Television*. The Washington Institute for Near East Policy. URL: <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/beacon-of-hatred-inside-hizballahs-al-manar-television> (zuletzt abgerufen am 06.07.2018).
- Kawar, Mary & Tzannatos, Zafir (2013): *Youth employment in Lebanon: Skilled and jobless* (Policy Paper). The Lebanese Center for Policy Studies, Beirut.
- Kumaraswamy, P. R. (2006): *Who am I? The Identity Crisis in the Middle East*. Middle East Review of International Affairs, 10(1), S. 63–73.
- Levitt, Matthew (2014): *Hezbollah's Syrian Quagmire*. PRISM 5(1), S. 101-115.
- Luhmann, Niklas (1991): *Soziologie des Risikos*. Walter de Gruyter, Berlin.
- Luhmann, Niklas (1993): *Die Moral des Risikos und das Risiko der Moral*. In: Bechmann, Gotthard (Hrsg.): *Risiko und Gesellschaft – Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung*. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 327-338.
- MEMRI (2010): *Deputy Head of Egyptian Arab Lawyers Union ABD AL-Azim Al-Maghrabi: The Zionists Produced the Hepatitis C Virus and Injected 400 Prisoners with it*. The Middle East Media Research Institute TV Monitor Project (MEMRI). URL: <https://www.memri.org/tv/deputy-head-egyptian-arab-lawyers-union-abd-al-azim-al-maghrabi-zionists-produced-hepatitis-c> (zuletzt abgerufen am 02.07.2018).
- MEMRI (2015): *Senior Hamas Official Al-Bardawil: Jews Kill Palestinian Children in Order to Knead Bread*. The Middle East Media Research Institute TV Monitor Project (MEMRI). URL: <https://www.memri.org/tv/senior-hamas-official-al-bardawil-jews-kill-palestinian-children-order-knead-their-blood-passover> (zuletzt abgerufen am 02.07.2018).
- MEMRI (2017): *Gaza Friday Sermon by Hamas MP Marwan Abu Ras*. The Middle East Media Research Institute TV Monitor Project (MEMRI). URL: <https://www.memri.org/tv/gaza-friday-sermon-hamas-mp-marwan-abu-ras-jews-recruit-prostitutes-girls-aids-lure-arabs-their> (zuletzt abgerufen am 02.07.2018).
- Müller, Thomas (2000): *Über den Antisemitismus der Linken*. Bochumer StudentInnenzeitung, November 2000.
- Pfahl-Traughber, Achim (2002): *Bausteine zu einer Theorie über Verschwörungstheorien: Definitionen, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen*. In: Reinalter, Helmut (Hrsg.): *Verschwörungstheorien. Theorien – Geschichte – Wirkung*. Studien-Verlag, Innsbruck, S. 30-44.
- Pipes, Daniel (1996): *The Hidden Hand: Middle East Fears of Conspiracy*. Macmillan, Basingstoke.
- Röhl, Nikolai (2010): *Verschwörungsdanken als kulturelle Eigenart?* In: Fathi, Schirin (Hrsg.), *Komplotte, Ketzler, Konspirationen. Zur Logik des Verschwörungsdenkens*. Beispiele aus dem Nahen Osten. Transcript Verlag, Bielefeld, S. 43–58.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Roy, Sara (2011): *Hamas and Civil Society in Gaza. Engaging the Islamist Social Sector*. Princeton University Press, Princeton.
- Taylor, Charles (1995): *Das Unbehagen an der Moderne*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Taylor, Charles (1996): *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Tibi, Bassam (1993): *Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik*. Hoffmann und Campe, Hamburg.
- Van Prooijen, Jan-Willem; Krouwel, André; Pollet, Thomas (2015): *Political Extremism Predicts Belief in Conspiracy Theories*. Social Psychological and Personality Science, 6(1), S. 570-578.
- Walkenhorst, Dennis (2018): *Widerstand, Wohlfahrt, Welt im Spiegel. Zur Persistenz islamistischer Bewegungen im Nahen Osten: Eine systemtheoretische Analyse von Hamas und Hizbollah*. Universität Bielefeld: Inauguraldissertation.

AUTOR



Dr. Dennis Walkenhorst,

Politikwissenschaftler und Soziologe, ist wissenschaftlicher Leiter von Violence Prevention Network e.V. in Berlin. Seine

Forschungsschwerpunkte sind (De-)Radikalisierung, gewaltbereite extremistische Bewegungen und politische Soziologie.

✉ dennis.walkenhorst@violence-prevention-network.de

NIGERIA AND BOKO HARAM: DIVISIVE STEREOTYPES, EDUCATION AND VIOLENT EXTREMISM

BY ATIF RIZVI



Pupils at a public elementary school in Kwara State

Foto: Wikimedia Commons/Salamanda1

Background

The Nigerian government recently acknowledged that the country has the highest number of children out of school in the world. That number is estimated to be in the proximity of 10.5 million children not in schools in Nigeria. This is a staggering number for a country that was considered, in the late 1970s and early 1980s, to be an example of economic success and social development in Africa. Rich in oil reserves and boasting a political system that, at the time, was burgeoning with optimism, Nigeria's current

economic conditions, poverty, passive neglect, and absence of leadership and courage, have resulted in an educational system in deep crisis.

Over the last two and a half decades, the widespread crisis has considerably deepened. Failures in educational policies and practices, lack of political will and minimal investment in the education sector have given way to the rise of Boko Haram, whose name in the Hausa language means "Western Education is Forbidden." Boko Haram is an Islamic insurgency embedded in extremism, violence and

abuses of armed conflict. The insurgency has reportedly killed over 2,200 teachers while leaving around 20,000 dead and having displaced at least two million people. It has also deprived millions of children of an education and torn apart communities (Wilson 2018).

Under the influence of Boko Haram, many in Northern Nigeria do not believe in western models of education and consider it to be "haram [forbidden]," while the south is struggling with the disparity between public and private sectors of education. To better understand the rise of groups

such as Boko Haram, whose message is embedded in divisive stereotypes, which in turn give way to the exploitation of children and adults alike, and lead to violence and extremism, we need to look at the parallel educational systems in Nigeria. In the south, schools are modelled on the educational system inherited from the British colonial rule, and in the north (east in particular), many schools espouse the extreme (and misguided) interpretation of Islam, embedded in militant ideology and the hatred and rejection of any other faith. Islamic religious education in Nigeria is contradictory and dysfunctional at a policy level, and mired in intolerance with respect to content. To understand the rise of religious educational institutions or madrassas, this article explores the evolution of post-colonial education in Nigeria, with special attention to factors affecting Northern Nigeria, and examines the current state of Islamic teachings in schools, curricula that afflicted by divisive stereotypes, and texts that incite violence and violent extremism.

The first part of this paper will briefly examine the direct link between divisive stereotypes in textbooks and educational materials and conflict and violence which is at the core of the work of the Conflict and Educational Learning Laboratory (CELL), a research and policy foundation in the Netherlands. This paper concludes with a discussion on practical recommendations and key questions to consider to effectively reshape the divisive aspects of Religious Education in Nigeria.

What makes stereotypes divisive?

A stereotype is a mental representation of a social group and its members. Researchers in the cognitive sciences view stereotypes as mental categories that enable people to process information rapidly and efficiently. We use stereotypes in our daily lives to make sense of the world around us.

Stereotypes can and do assume a set of norms, values, and beliefs. In some cases, they may lead to perceptions of people which are divisive and harmful, and

The absolute rejection by Boko Haram of any form of education other than their own version of Islamic education entrenched in an extreme interpretation of religion has divided the country into two geographic entities – north vs. south – at war with each other

can play a role in inciting and extending conflict and violence. CELL's work focuses on such "divisive stereotypes," which draw distinctions between "us" versus "them," and "insiders" versus "outsiders." Divisive stereotypes can discriminate against "race," ethnicity, religion, nationality, gender, sexual orientation, and other forms of social and political organization. They are written into the history, geography, religion, and social studies textbooks used by primary and secondary level classrooms in every country.

"[It] is from textbooks that most children obtain a connected view of human history and culture and of the world in which they live" (UNESCO 1949). Further, it is from textbooks that children gain a greater understanding of their identity versus the identity of others, outsiders, or so-called enemies. Textbooks anchor the political and social norms of a society. They convey a global understanding of history, the rules of society, and norms of living with other people (UNESCO 2010). Hence, divisive stereotypes in textbooks present an undeniable harm to children and youth, through shaping their mindsets, histories, and identities. When they grow up, they will go on to become leaders, decision makers, parents, and neighbors.

In fact, many of today's leaders and decision makers have been exposed to divisive stereotypes written into the primary and secondary school textbooks used in the past.

The case of Nigeria

Within the domain of divisive stereotypes in textbooks and educational materials, and their link to conflict, violence and violent extremism, the chasm in the educational system in Nigeria presents an extremely complex set of problems. With the rise of Boko Haram in 2002, we are dealing with more than the divisive stereotypes in educational materials – we are, in fact, dealing with divisive stereotype in education as a whole. Through forced implementation of the Quran as the only text and its memorization without meaning, radicalization of young minds using anti-west propaganda, and pledges of allegiance to the so-called Islamic State (IS), Boko Haram 'schools' produce children who consider themselves 'Jihadists'. They carry out campaigns of violence, abduction of girls from schools, widespread cases of rape, and other acts of violent extremism including suicide bombings.

The absolute rejection by Boko Haram of any form of education other than their own version of Islamic education entrenched in an extreme interpretation of religion has divided the country into two geographic entities – north vs. south – at war with each other. This war is defined by their opposite belief systems as they apply to 'education as a whole'. However, it is the north [Boko Haram] that vehemently and, more often than not, violently exercises its rejection of the education provided in the south as 'forbidden.' Since its inception in 2002, there has been sustained growth in the north in religious schooling preparing young children for 'jihad' without any accompanying debate over its merits. Boko Haram does not engage in Nigeria's political system out of an adherence to a fundamentalist form of Islam, which forbids participation unless the system is based on Sharia, or Islamic law.

Using terror and violence in extreme forms, Boko Haram have carved out a path built upon their notion of Islam, education and Sharia. Nigerians in northern states, specifically Yobe, Kano, Bauchi, Borno and Kaduna, live under the constant reality of war or the horror of torture, abduction and rape. 'Schools' under Boko Haram have become training grounds for militancy in the name of 'jihad'. They have become platforms towards 'radicalization' that prepare them to carry out their 'mission' not only in Nigeria but in Chad, Niger, Cameroon, Sudan, Kenya and even Europe.

Nigeria's educational system and its religious instruction are both similar to, and different from, other post-colonial nations. If we were to consider the global context very briefly, we are witnessing the intolerant and violent results of having given insufficient and intolerant religious education to large populations of young people in a number of countries. Their instruction, especially in Nigeria, has been inconsistent at best, or a "mis-education" of religious dogma and history that features intolerance and the hatred of other beliefs and other believers.

Several countries in the Middle East and other parts of West and Central Africa are engaged in violent conflict, severely disrupting the development of generations and creating a high, unmet demand for education that satisfies additional psycho-social needs. The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) has reported the largest number (in absolute terms) of refugees, asylum seekers, and internally-displaced persons (IDPs), half of whom are children, since World War II. If young people – particularly those in situations marked by conflict – are taught poorly, or not at all, they are highly vulnerable to any kind of leadership and ideology. If there is little accessible government-provided schooling, parents will turn to any kind of school, including religiously intolerant ones.

This is not to suggest that schools in conflict areas are the prime sights for educational intolerance. Divisive content is

a problem across the world and in every country's textbooks, and can be overt or more subtle in their transmission of intolerance, as is the case with the free textbooks of the Saudi Arabian government. Ideally, religious education should not only transmit cultural knowledge, values, and mores, but also shape a future citizen in her or his cognitive, interactive, and empathic abilities, to evolve and innovate in a world that is always changing. A better, more tolerant educational system of instructing children in religion could lead to more tolerant and knowledgeable generations, able to take their place in a functional society. Religious education texts, as the primary tools for the provision of education, can assist in open and free debate on religious beliefs, encouraging tolerance of a diversity of religious ideology and practice.

Tracing Nigeria's Educational History

The current educational structure in Nigeria is rooted in historical factors of colonial and post-colonial disparity and inequity. In 1914, the United Kingdom merged two distinctly different areas, Northern and Southern Nigeria, with more than 250 ethnicities/tribes and scores of languages, into one country. There were historically fewer educational resources in the "core" North – the Northern states hold 60 percent of the country's population. Following independence in 1960, frequent coups and civil unrest, including inter-religious conflicts, have mired the country and contributed to the current conditions of a near "failed state." Lemu (2002) emphasizes that most of these conflicts were caused by ethnic and political disputes and rivalries, while regarding religious issues as secondary.

In the 1970s, the Federal Government of Nigeria initiated various programs and plans to provide all school-age children with free and universal access to education. It agreed to fund all costs, with administration carried out at the state level. However, by the early 1980s, diminishing oil revenues led to less government funding for schools. The Universal Basic Education Commission's 2003 national

assessment of learning achievements in public schools found that "80% of the schools lacked basic infrastructure (classrooms, furniture, supplies), while 60% lacked curriculum modules and textbooks." With the failure of oil revenues to rise rapidly, the "New Nigeria" never happened. From 2008 to 2012, the literacy rate for males aged 18 to 24 was 75.6 percent; the literacy rate for females of the same age was 58 percent. Primary school enrollment for boys was 60 percent and for girls, 54.8 percent (Baba 2011).

From the mid-1980s onward, many parents of any religion turned to private, Islamic schools in an attempt to find education for their children. Thus, Islamic schools had renewed relevance in the provision of education; however, the Federal Government of Nigeria had failed to "[provide] a common framework that would guide the future direction of Islamic schools and establish credible points of contact between these schools and the state-driven education agenda" (Baba 2011). Essentially, this failure of public education in Nigeria has led to dysfunction at a national level that is still unsolved today.

Compounding this dysfunction is the country's high incidence of poverty, with a lack of basic social services for much of the population, and governmental corruption – 85 percent of the country's income is derived from oil revenues, much of which, Perry (2014: 8) argues, is diverted by government and business elites. This has created a situation in which many, if not most, Nigerians perceive themselves as individuals left to cope on their own, not as citizens of one nation (Sani 2014). Tribal leaders, such as the King of Kano, oppose corrupt central government and protest its inability to provide social services, or a coherent plan of development (Perry 2014).

Adverse Factors Impacting Northern Nigeria

In addition to the years of conflict and civil unrest that followed the colonial era and

the failure of the Federal Government of Nigeria to provide universal basic education, Northern Nigeria has encountered particular challenges that have impeded the development of coherent and tolerant religious education.

Historically, religious and colonial institutions have increased the difference and disparity in education and socio-economic development between the North and South regions. Islam first entered Western and Northern Nigeria in the ninth and 11th centuries, respectively, and established Islamic schools. Portuguese monks brought the Catholic religion in the 15th century, but it did not take root. English missionaries embarked on a more durable mission to plant various Christian faiths in the mid-19th century. The British rulers encouraged Christian missionaries to found schools in the South to create a literate workforce, in line with their policy of "indirect rule." Hence, they became clerks, teachers, and social service officials, and were indoctrinated with Christian religious knowledge (Jawoniyi 2009). By contrast, in Northern Nigeria, Britain ruled through local Emirs, allowed established Islamic/Qur'anic schools to continue, and built modern government schools and teachers colleges. To make government schools acceptable to the public, Islamic Studies followed a traditional syllabus and instructors hailed from Qur'anic schools (Lemu 2002). Nakpodia (2010) maintains that in educating Nigerians to be bureaucrats, British rulers failed to create citizens with common goals and identities.

The British policy of indirect rule in the North contributed to the evolution of three types of Islamic schools: Islamiyya, Madrassa, and Traditional Qur'anic schools (Baba 2011). In 1960, the number of Islamic schools in the North outstripped the South. Despite the presence of such schools, enrollment rates were less than 10 percent at the primary level and less than five percent at the secondary level. In the decades following independence, a policy shift towards expanding Western education as a strategy for development prompted the "complete abandonment"

of Northern Islamic schools by the state government (Baba 2011). Additionally, the 1967 governmental reorganization of administrative structures from larger to smaller regions made it harder for Northern states to develop a common regional response to problems of curricula, teacher training, and resources. Baba (2011) argues that the neglect of, and dysfunction within Northern Islamic schools was obvious, but it took longer to comprehend the social consequences. Sani (2014) states that "...the apparent failure of education and its curricular contents to serve those objectives [living in harmony and social integration]" is one of the origins of the modern "problem of national cohesion." With poor or inconsistent education for five decades, the causes of violent militant groups have appealed to the young and hopeless.

An additional factor that has hindered the smooth development of a national educational system has been a dysfunctional relationship among the various sectors. Baba (2011: 1) states that throughout the postcolonial era, there has been a long-standing relationship that varies between mutual isolation, engagement, and competition among the state, the Islamic schools, and their Islamic clerics (the Ulama). By independence in 1960, the Islamic schools run by the Ulama had been weakened by the colonial schools established by the British, which intended to produce educated citizens for administrative and other careers. However, the Islamic schools persisted and the Ulama had full control over their curricula, instruction, and management (Baba 2011: 5). In 1967 and after, the national educational system was split into small semi-autonomous administrative units or states, which made it harder for an isolated region such as North Nigeria to develop a regional response to insufficient resources and schools.

Since the 1950s, the State and Federal Ministries of Education have created the curricula for Islamic and Christian Religious Knowledge in public schools. Until the late 1960s, there were no textbooks in Islamic Religious Knowledge in Eng-

lish. Thus, teachers, who were mallams, or scholars, from Arabic Teachers Colleges, would use texts in Arabic, translating them for their students (Lemu 2002). In the 1970s, as detailed above, the Federal Government promised universal basic education for all, and failed dramatically to achieve this goal. Many of the Nigerian elite enrolled their children in private schools. Two studies, cited by Baba (2011: 7), have suggested that the larger motivation of the parents was not religious instruction, but concern over quality of education.

In 1984, the Ministry of Education invited a panel of experts to draw up new curricula for Islamic Religious Knowledge. The teaching method at that time was typically "confessional," whereby students practiced their religion, rather than simply learning about it in the classroom. Most of the learning goals required learning portions of the Qur'an and Hadith and their meanings, learning the history of the religion, and reciting religious prayers and carrying out other forms of worship. To promote change, one guiding question the expert panel used in constructing the new curricula was "what should a young Muslim know about Islam in order to live as a Muslim when he leaves school [...]?" (Lemu 2002).

New religious textbooks in English, evolving from the 1984 curricular changes, enabled the entrance of younger teachers, who had been educated in English in both Islamic Religious Knowledge and Christian Religious Knowledge from government-run Teachers Colleges and Colleges of Education, thereby replacing the mallams who had taught only Islamic religious education.

As part of the new curricula, religious tolerance and understanding were not treated as separate topics, but the rights of "the People of The Book" to practice their religions within an Islamic state were made explicit (Lemu 2002). The crucial concept of jihad was interpreted by the curricular panel in 1984 as referring mostly to oneself, as one's own moral struggle, or "...for social justice,



Early reading and literacy programs contribute to long-term development

Foto: Wikimedia Commons/USAID Africa Bureau

or any righteous cause, or under certain conditions, an armed struggle or just war” (Lemu 2002).

A more diverse grounding in multiple faiths was seen as desirable, but not always taught effectively. “If the diversity of experiences, perspectives, understandings, opinions and thoughts within Nigerian classrooms and schools are acknowledged and harnessed, these could translate into resources upon which beliefs and values could be sensitively discussed.” The students learn about religions, and learn from religions; their own, and others (Grimmitt 1987, quoted by Jawoniyi 2009).

The Current State: Understanding Violent Extremism in Nigeria through Divisive Education

In 2002, Boko Haram, a group of young men from the Northern states of Borno

and Yobe, claimed that the Nigerian state was founded on the basis of unbelief or Kufr. This claim justifies, in their view, a Jihad, or Holy war, against it (Sani 2014). They have thus used religion as a pretext for violent insurrection, including against Muslims, with the goal of establishing a “Pan Islamic” state with a religious rather than civic governmental structure. In their view, Western education and influence of any kind is haram, or impure, and Muslims must live by a “pure” form of Islam. Experts have stated that failed governance, including poor delivery of education, is a major, if not the only factor, in Boko Haram’s rise (Sani 2014).

In 2011, 50 percent of primary-age children in the North did not attend school. The national average was 30 percent, and 20 percent in the South-East and South-South (Baba 2011). In the same year, the Minister of Education directed the NERDC (Nigerian Education and

Development Council) to revise its 2007 National Policy on Education. The revised education policy was approved by the National Council of Education in June 2013 (NERDC 2013: 7).

In accordance with the policy, the new school grades are six years for Primary, three years for Junior Secondary, and six years for Senior Secondary. The over-arching subject for religious education in Primary Grades 1 – 3 is called “Religion and National Values.” It comprises Islamic and Christian Religious Studies, Social Studies, Civic Education, and Security Education. Concepts taught claim to be “basic,” and consistent with the theme of “values” education, and to “be creative, innovative and practical” (NERDC 2013: 3). For Primary Grades 4 – 6, separate classes are held for Christian Religious Studies and Islamic Studies, and the policy aims to create “[...] an enabling environment for the subject in

all schools.” The same features are listed for all three years of Junior Secondary School. For the Senior Secondary Schools, a special emphasis was placed on classroom practices and curricula designed to achieve students’ high performance outcomes in Science, Technology and Vocational education.”

A full list of concepts, themes, and learning objectives in both Christian Studies and Islamic Studies was set forth and then critiqued by Ajidagba (2014: 1-6). Stated learning goals for Islamic Studies in the three years of Senior Secondary School are “to acquire knowledge on the history and modern development of Islam; to understand the spiritual, moral, social, and intellectual roles of a Muslim in society; and [to achieve] the practical application of Islamic teachings in daily life” (Ajidagba 2014: 4). However, these goals are not often met. Ajidagba points out that most schools “completely abandon the official curriculum and rely solely on the examination syllabus.” He makes the implication that “students are being prepared for examinations only and not for knowledge” (Ajidagba 2014: 5). “Teach to the test” sounds familiar to many of us, does it not?

Teaching Christian and Islamic Religious Education remains a sensitive issue today. Lemu (2002), in considering the question of including Christian religious concepts, as well as the Islamic content in public schools’ religious education classes, cautioned that it could have repercussions, as “...the rather low standard of teacher training and declining standards of education generally in Nigeria, as well as existing tensions between Muslims and Christians...” could be deleterious. He notes that in some government schools with Muslim and Christian students, there have been some cases of teachers attempting to evangelize Muslims into the Christian faith. Lemu (2002) cautions that “[r]eligion is a very emotive issue in Nigeria and whatever change may be considered to make the teaching of religion in schools promote religious harmony, it must be done with sensitivity and in full consultation with all the stakeholders [...]”

Reshaping the Context

Numerous research studies in Europe and the United States have shown that dialogical, multi-faith religious education can achieve the respectful teaching and learning of religious content (Moore 2012). While Nigeria has its own history, ethnicities, culture, and religious volatility to consider, experts can, and must, be sensitive to these in creating new texts specifically for Nigerian multi-faith religious education. Further, structured and interactive conversation is a key method of questioning and learning. Although this kind of learning may not automatically lead to tolerance and understanding, the other option, ignorance, “increases the likelihood of misunderstanding, stereotyping, and conflict” (Jawoniyi 2009, quoting OSCE/ODIHR, 2007). Fostering critical, cognitive and analytical skills would undoubtedly be invaluable to student learning as well as students’ negotiation of, and achievement in, the complex settings within Nigeria (Jawoniyi 2009). By learning critical analytic skills in an academic study of their own religion, as well as others, students can gain cognitive and verbal abilities to use in any future endeavor.

At a national level, who should reshape Nigeria’s curriculum and its textbooks? Jawoniyi (2009) suggests that the Ministry of Education be responsible for the changes, including all stakeholders: education policy makers; examination boards; local, state and national governmental agencies; and head-teachers. A White Paper should be drafted, and widely published, stating the goals of multi-faith religious education, and the benefits accruing to pupils, their families, and their communities. Nakpodia (2010) emphasizes that the entire nation benefits from students who have learned to consider diverse religious views and to discuss and debate with respect for, and tolerance of, other beliefs. Nigeria’s social and political systems must be renewed and recreated as needed, and only educated citizens can achieve this renewal of their nation’s civic life and structures. Educational experts have called for a

new national curriculum, in light of the governmental failures to provide access to education, and national disunity that is now dividing religious groups (Sani 2014). Considering these calls for a new religious curriculum, the development of new textbooks with appropriate Christian and Islamic religious content would seem essential, and most useful when targeted to age-appropriate learning goals, and accompanied by teacher training for the new goals.

At a national level, we suggest that stakeholders evaluate “best practices” in selected sites deemed favorable to “test-run” new content and practices. A panel of educational planners, classroom teachers, and researchers, should create new goals and texts, which are sensitive to reducing divisive content. Such a review process would be open to all stakeholders as feasible. It would evaluate factors including measurable social-emotional learning (SEL), cognition, and tolerance by students; student and teachers’ own feedback on the “test” textbooks; and other curricular materials. Before texts are chosen on a large scale, administrators, teachers, communities, and extra-national advisors should give qualitative feedback on texts, teaching methods, and learning outcomes. To broaden the “test” conditions, available research could be examined for guides to future action. We must caution that, although there are research papers on various aspects of religious education in Nigerian schools, there is an overall lack of information on actual texts and how effective teaching practices using those texts are.

In terms of textbook content, Nakpodia (2010) emphasizes that those who work to create new texts must have a deep understanding of the culture, especially in the sensitive area of religious education. One must choose carefully those who are capable of writing, selecting, and teaching with new textbooks and other teaching materials. The texts must be accurate in outlining religious beliefs and practices, and groups of believers. Further, it must be ensured that any new texts are compatible with interactive methods of

instruction. The Nigerian Ministry of Education must ask: Do teachers have adequate religious and social knowledge, and participatory classroom teaching skills, to use improved texts? Are there Nigerian stakeholders including religious experts (e.g. professors of religion at Nigerian universities) who could assist in developing content?

Additionally, those undertaking this planning and development should seek to avoid evaluating one factor only, that of textbooks. Curricula, teaching, and learning are all interconnected; all related aspects of using new texts should be considered. For this reason, it may be necessary to create new teacher training texts at the same time as the classroom texts.

Future questions and challenges surrounding Nigeria's educational texts, curricula, and teaching should be debated in transparent forums and across different media. Future questions might consider whether texts be available in printed format only, and whether digital or other formats might be available and advantageous, should the necessary infrastructures be in place. Would inexpensive laptops, e-readers, or enriched school libraries be possible? For future teacher training, both in teachers' colleges and on-the-job, might distance education and online forums be beneficial?

There are other practical questions such as who would publish, in what format, and where as well as what language(s) should be used in the texts. Additionally, along with "best" practices, there are "worst" practices to avoid, such as the ill-advised action by the Nigerian government to impose a 62.5 percent tax (levies, duties, and VAT combined) on imported printed books. Nigerian publishers were not consulted. This abrogates a UNESCO agreement, previously agreed to by Nigeria. Both commercial and governmental players who stand to benefit should be considered, and brought in to the creation of new textbooks whenever possible. There are many reasons to engage local stakeholders in "owning" the

new texts and curricula. A program with visible support and measurable, successful outcomes will be more difficult to obstruct and dissolve.

To combat an educational ideology defined by extreme religious sentiments and beliefs and to change and reshape curricula and schools based on that ideology is going to be a difficult and challenging task. Education is not only essential but also one of the most potent tools to overcome radicalization and extremism. Throughout this article, I have attempted to show that this is not an easy path to travel and that there are extraordinary hurdles that threaten an educational policy in Nigeria that advocates inclusive education with content that is less divisive.

AUTOR



Atif Rizvi

has worked for over two decades in strategic planning in tertiary education and institution building.

He was educated at Harvard University and worked as a Senior Researcher in Education at the Harvard Institute for International Development (HIID). At HIID, he was also the Assistant Editor of *The Forum*, a joint Harvard-USAID publication dedicated to advancing basic education and literacy. Atif was the Executive Director of the Global Matriculation Initiative (GMI), an International Education Project, at the Worldpaper Inc., in Boston from 1996 - 1998. The *WorldPaper* appeared in 27 countries and seven-language editions, including Spanish, Japanese, Chinese, Russian, Korean and Arabic. Following, he was a consultant for the UNESCO and World Bank Task Force on Higher Education and Society. The Task Force brought together education experts from 13 countries to explore the future of higher education in developing countries. Between 2002 - 2008, Atif was the Executive Secretary of the UNEP Sasakawa Endowment and the Prize for the Environment. He has also held positions at UNICEF, UNESCO, and the United Nations Secretariat in New York. Mr. Rizvi has worked on achievement assessment, educational access and equity, and basic education delivery in a number of conflict-affected areas.

✉ arizvi@cell.foundationnetwork.de

WORKS CITED

- Ajidagba, U.A. "Religious Studies Education." 2016, last accessed 12.07.2018:
<https://www.google.com/search?q=Ajidagba%2C+U.A.+%E2%80%9CReligious+Studies+Education.%E2%80%9D+%E2%80%9E+utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b>
- Baba, Nasir Mohammed. "Islamic Schools, the Ulama, and the State in the Educational Development of Northern Nigeria." *Bulletin de l. Euro-African Association for the Anthropology of Social Change and Development*. 33. 2011. <http://apad.revues.org/4092>
- Campbell, Horace G. "The Menace of Boko Haram and fundamentalism in Nigeria." 2014, Issue 681, last accessed 12.07.2018: <http://pambazuka.org/en/category/features/91999>
- Jawoniyi, Oduntan. "Rethinking the Religious Education Curriculum in Nigerian Schools." *Journal for the Study of Religion*. Volume 22 (2) 2009: 63-86.
- Lemu, B. Aisha. "Religious Education in Nigeria – A Case Study." *Teaching for Tolerance and Freedom of Religion or Belief*. Report from the preparatory Seminar held in Oslo December 7 – 29, 2002. Last accessed 12.07.2018: <http://folk.uio.no/leirvik/OsloCoalition/AishaLemu.htm>
- Moore, James R. "A Challenge for social studies educators: Teaching about Islam, 'Jihad,' and 'Shari'ah' Law." *Social Studies*. Issue 103(5) 2012: 179-187.
- Nakipodia, E.D. "Culture and curriculum development in Nigerian schools." *African Journal of History and Culture*. Volume 2 (1), Jan. 2010. Last accessed 12.07.2018: http://www.academicjournals.org/article/article1381853278_Nakipodia.pdf
- Obemeata, Joseph. "Talking point." No date. Last accessed 12.07.2018: <http://www.obemeata.com/blog/gallery/35-religious%20-education-in-schools.html>
- Olumiyi, Oyeleke. "Curriculum Development in Nigeria: Historical Perspectives." *Journal of Educational and Social Research*. Volume 3 (1) January 2013.
- Orji, Sunday N. "The New 9-Year Basic Education Curriculum." Nigerian Educational Research and Development Council (NERDC), 2012. Last accessed 12.07.2018: https://www.academia.edu/2384801/The_New_Basic_Education_Curriculum_in_Nigeria_Power_Point_Presentation
- Perry, Alex. "Boko Haram: terrorism's new face." *Newsweek*, 2014. Last accessed 12.07.2018: <http://www.newsweek.com/2014/07/11/boko-haram-terrors-insidious-new-face-257935.html>
- Ross, Kirk. "Revolt in the North: Interpreting Boko Haram's war on western education." *African Arguments* 2014. Last accessed 12.07.2018: <http://africanarguments.org/2014/05/19/revolt-in-the-north-interpreting-boko-harams-war-on-western-education-by-kirk-ross/>
- Taiwo, C.O. *The Nigerian Education System: past, present, and future*. Thomas Nelson (Abuja, Nigeria), 1980
- Wilson, Mark (2018) 'Nigeria's Boko Haram attacks in numbers - as lethal as ever.' *BBC News*. 2018. Last accessed 07.06.2018: <https://www.bbc.com/news/world-africa-42735414>

ZUR RISIKOEINSCHÄTZUNG VON JIHADISTISCHEM TERRORISMUS: DIE ERPROBUNG DER „JIHADIST DEHUMANIZATION SCALE (JDS)“

RADICALISATION RESEARCH TEAM,
UNIVERSITÄT NANTES (LPPL)

Die Jihadist Dehumanization Scale („Jihadist Dehumanization Scale: An interesting way to assess radicalisation“, 2017) wurde an der Universität Nantes entwickelt und im April 2017 beim Institut National de la propriété intellectuelle (dem französischen „Nationalen Institut für geistiges Eigentum“) registriert.

1. Theoretischer Rahmen

Im Kontext aktueller Terroranschläge in westlichen Staaten stellt die Risikoeinschätzung der Ausübung von Gewalttaten eine der größten Herausforderungen für die Staatstätigkeit dar. Sog. „jihadistische“ Anschläge zählen zu den tödlichsten der letzten Jahre. Es bietet sich an, dieses Konzept im Vorfeld einzugrenzen, um Präzision hinsichtlich des im Folgenden verwendeten Vokabulars zu gewährleisten. Der „Jihad“ (Moghadam, 2007) kann für Menschen muslimischen Glaubens sowohl das individuelle Streben nach einem besseren Selbst als auch die für legitim befundene Gewaltanwendung in bestimmten Situationen bezeichnen, wie sie etwa die zur Frühzeit des Islam geführten Eroberungs- und Verteidigungskriegen darstellten. MuslimInnen, die Gewaltanwendung ablehnen, scheinen zumeist der Vorstellung von Dschihad als einem „individuellen Streben“ zu folgen. Diejenigen wiederum, die terroristische Aktivitäten unterstützen und besonders solche, die selbst an entsprechenden Taten beteiligt sind, folgen meist einer kriegerischen Vorstellung von Jihad. Sie verorten sich, ausgestattet mit den unterschiedlichsten Ideologien, in einem Kontinuum zwischen Verteidigungskrieg und der gleichzeitigen Eroberung neuer Gebiete. Zur Verdeutlichung wird

festgehalten: Im weiteren Verlauf dieses Textes findet der Terminus „jihadistisch“ unter Bezug auf die zweite, kriegerische Vorstellung Anwendung. Durch diese Klärung wird man hoffentlich denjenigen MuslimInnen gerecht, die sich dieser inhaltlich reduzierten Definition des Wortes widersetzen.

Bis in die neunziger Jahre hinein wurden Instrumente zur Risikoeinschätzung gewalttätigen Verhaltens anhand von zuvor gewalttätigen PsychiatriepatientInnen entwickelt und im Folgenden zur allgemeinen Risikovorhersage gewöhnlicher Gewalt verwendet (Douglas, Cox & Webster, 1999). Angesichts der Unterschiedlichkeit von gewöhnlicher Kriminalität und ideologisch motivierter Gewalt, erscheint die Anwendung solcher Instrumente für ebenjenes zweite Spektrum allerdings nicht sachdienlich (Monahan, 2012).

Seit jeher konkurrieren zwei methodische Herangehensweisen zur Einschätzung gewalttätigen Verhaltens miteinander: der sog. „klinische“ und der sog. „mechanische“ Ansatz (engl. Original: „actuarial approach“, Anm. d. Red.) (Douglas et al., 1999). Erstere Herangehensweise basiert auf einer klinischen Analyse und zielt darauf ab das Risiko einer Gewaltausübung für jedes untersuchte Subjekt auf individualisierte Art und Weise zu erfassen. Die „mechanische“ Herangehensweise wiederum basiert auf einer Sammlung der Risikofaktoren des Individuums und resultiert in einer statistischen Vorhersage des jeweiligen potenziellen Gewalttrisikos. Der häufig kritisierten Subjektivität der klinischen Erhebung steht also die mathematische Vorhersage der „mechanischen“ Her-

angehensweise gegenüber. Eine dritte Methode, das „Structured Professional Judgment“ (SPJ), verbindet die positiven Eigenschaften beider Ansätze: es ermöglicht die systematische Überprüfung der Existenz bzw. des Fehlens eines Risikos anhand einer Liste vorher festgelegter Risikofaktoren, während gleichzeitig die Individualisierung der Einschätzung mittels personen- und situationsspezifischer Elemente gewährleistet wird. Das SPJ ist der wissenschaftlich fundierteste Ansatz sowie, dem europäischen Radicalisation Awareness Network (RAN) zufolge, bevorzugte Methode der Praxis der Prävention jihadistischer Gewalt.

Ziel des vorliegenden Artikels ist eine vergleichende Analyse dieser Einschätzungsinstrumente im Kontext von jihadistischer Gewaltprävention. Anschließend wird die „Jihadist Dehumanization Scale“ (JDS) vorgestellt, die sich derzeit bei einer Forschungsgruppe der Universität Nantes in der Erprobungsphase befindet.

2. Methodik

Der erste Schritt der vergleichenden Analyse basiert auf einer Veröffentlichung von RAN und besteht aus der Identifizierung derjenigen Instrumente, die unter europäischen PraktikerInnen der Radikalisierungsprävention Anwendung finden. In der Literatur werden unter Verweis auf deren Verwendung durch Fachleute zusätzlich die Instrumente ERS und IVPG (Scarcella, Page & Furtado, 2016) sowie SAVE (Dean & Pettet, 2017) beschrieben. Diese drei scheinen allerdings nur selten tatsächlich praktisch angewandt zu werden und sind deshalb von dieser Analyse ausgeschlossen. Die Instrumen-



Foto: iStock, Oleg Zabielin

te zur Risikoeinschätzung jihadistischer Gewalt, die in westlichen Ländern durch institutionelle sog. first line PraktikerInnen in der Prävention radikaler Gewalt angewandt werden, sind die folgenden (RAN Manual „Responses to Returnees: Foreign Terrorist Fighters and their Families“, 2017):

- ERG22+ (Lloyd & Dean, 2015),
- IR46 (in der wissenschaftlichen Literatur war kein Artikel hierzu zu finden),
- RAN CoE Returnee 45, ein Instrument, das 2017 speziell für die Bedarfe der Einschätzung von RückkehrerInnen aus dem syrisch-irakischen Kriegsgebiet entwickelt wurde und
- TRAP-18 (Meloy, Roshdi, Glaz-Ocik & Hoffman, 2015) sowie
- VERA-2 (Pressmann & Flockton, 2012).

ERG22+, TRAP-18 sowie VERA-2 wurden für die Einschätzung ideologisch motivierter Gewalt oder sog. zielgerichteter Gewalttaten entwickelt, zu welchen auch dschihadistische Kriminalität gezählt wird. RAN CoE Returnee 45 zielt explizit nur auf die Risikoeinschätzung von Gewaltausübung in Verbindung mit jihadistischer Ideologie ab. Dies gilt unter Berücksichtigung der Bezeichnung offenbar ebenso für IR46 (steht für Islamist Radicalisation 46, Anm. d. Red.). Diese fünf Instrumente werden alle zur Risikoeinschätzung von jihadistischer Gewalt verwendet.

Der zweite Schritt besteht aus einer Literaturrecherche zu jedem der zuvor identifizierten Instrumente bevor mit der vergleichenden Analyse weiter verfahren wird.

Die von den PraktikerInnen der Gewaltprävention verwendeten Instrumente als Ausgangspunkt zu wählen, bietet den

Vorteil, dass sich auf diejenigen Identifizierungswerkzeuge konzentriert werden kann, die tatsächlich in der Praxis angewandt werden. An ihre Grenzen stößt diese Entscheidung jedoch durch die daraus resultierende Unvollständigkeit dieser Liste. Dies betrifft im Besonderen diejenigen Einschätzungsinstrumente, die sich noch in der Erprobungsphase befinden und bisher nicht in der Praxis eingesetzt werden.

Die Analyse wird weiterhin von der Tatsache eingeschränkt, dass sich die AutorInnen auf öffentlich verfügbare Informationen zu den jeweiligen Instrumenten beschränken müssen, diese aus Vertraulichkeitsgründen jedoch nicht unbedingt vollständig sind (Scarcella et al., 2016). Das trifft insbesondere auf IR46 zu. Das Instrument findet zwar in Tabelle 1 Eingang, ist mangels verfügbarer Informationen jedoch von den zusätzlichen Ausführungen im weiteren Verlaufe des Textes ausgeschlossen.

3. Vergleichende Analyse

Es muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass keines der in Tabelle 1 aufgeführten Instrumente aus psychometrischer Sicht wissenschaftlich validiert ist. Diese Feststellung könnte potenziell schwerwiegende Folgen im Sinne einer Risikounterbewertung haben. Umgekehrt kann dies allerdings auch zur Diskriminierung von Personen führen, von denen kein Gewaltrisiko ausgeht und die lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung oder Gewissensfreiheit Gebrauch machen. Ein Fachartikel, der die psychometrischen Qualitäten der im Rahmen von terroristischer Risikoeinschätzung gebräuchlichen Instrumente vergleicht führt aus (Scarcella et al., 2016): „Just over half of the methodological quality markers required for a transparent methodological description of the instruments were reported. The amount of reported psychological properties was even fewer, with only a third of them

available across the different studies. The category presenting the least satisfactory results was that containing the 4 instruments to be used operationally by professionals (...).“

ERG22+, TRAP-18 und VERA-2 ist gemeinsam, dass sie auf Basis von Risikofaktoren entwickelt wurden, die der akademischen Literatur zufolge mit Gewaltausübung im Radikalisierungskontext zusammenhängen. Wie alle anderen Instrumente sind sie nicht dazu gedacht, als alleinige Entscheidungsgrundlage zu dienen. Vielmehr sollten sie Teil einer umfassenden, durch mehrere Instanzen gestützten Einschätzung von Gewaltrisiko sein. Für VERA-2 und RAN CoE Returnee 45, bei welchen PraktikerInnen die Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines jeden items anhand dreier Stufen (schwach, moderat, hoch) einschätzen können, wäre ein quantitatives Ergebnis nicht sachdienlich, wie an dieser Stelle zusammengefasst wurde (Dean & Pettet

2017): „SPJ methodology is „As Webster et al. (1997, p.22) have stated: ‘it makes little sense to sum the number of risk factors present in a given case [...] [Rather,] it is both possible and reasonable for an assessor to conclude that an assessee is at high risk for violence based on the presence of a single risk factor’. Such as a direct threat to kill” (Monahan, 2012, p. 173 quoting Webster et al.)“

Schlussendlich stellt die Tatsache, dass die fünf Instrumente an unterschiedliche Zielgruppen angepasst sind, nicht nur eine grundlegende moralische Problematik dar, sondern wirft auch Fragen hinsichtlich der wissenschaftlichen Aussagekraft auf. So scheint z.B. ERG22+ das einzige der Instrumente zu sein, das, im Vereinigten Königreich, auf Kinder angewandt wurde, von welchen einige weniger als neun Jahre alt waren („More than 140 experts attack Prevent ‚risk factors‘ by which 4,000 people were referred for assessment“, 2016).

Name	ERG 22	IR46	RAN CoE Returnee 45	TRAP-18	VERA-2
Vollständiger Name	Extremism Risk Guidance	Islamic Radicalisation 46	Radicalisation Awerness Network Center of Excellence returnee 45	Terrorist Radicalization Assessment Protocol	Violent Extremism Risk Assessment
Herkunft	UK	Niederlande	Europäische Union	USA	Kanada
Herausgeber	National Offender Management Services	Regionales Veiligheidshuis (dt.: Sicherheitshaus) Haagland	RAN CoE	Meloy, J. R., Roshdi, K., Glaz-Ocik, J., & Hoffmann	Pressman, D. E.
Veröffentlichung	2012	n/a	2017	2015	2012 (1. Version 2009)
Zielgruppen	Individuen, die einer als radikal bestimmten Gruppe zugehören (extreme Rechte, nationalistische Separatisten, Tierrechteverteidiger, Dschihadisten, etc.)	Im Kontext Islam radikalisierte Personen	RückkehrerInnen aus Syrien bzw. Irak	Als radikal befundene Einzelpersonen, sog. „Lone Actors“ in Bezug auf versch. Radikalisierungsthematiken	Personen mit einer Vorgeschichte extremistischer Gewalt oder für Vergehen im Zusammenhang mit Terrorismus Verurteilte, wird im Strafvollzugs- und Bewährungssystem angewandt
Anzahl von items	22 items mit der Möglichkeit weitere hinzuzufügen 22+	46	45	18	31

Tabelle 1: Eigene Darstellung.

Letzten Endes versuchen diese Instrumente auf verschiedene Weisen, die Risikofaktoren von Gewaltausübung zu erfassen. Diese Vorgehensweise einer Risikoeinschätzung kollidiert jedoch unvermeidlich mit folgenden konzeptuellen Problemen:

- Der Existenz hunderter Risikofaktoren in der Literatur,
- Der schwachen Prävalenz solcher Faktoren bei GewalttäterInnen,
- Der unzureichenden Kenntnis von Schutzfaktoren,
- Der Gewichtung der items in einer umfassenden Einschätzung,
- Der Schwierigkeit zu identifizieren, welche Zusammenhänge und welche Sequenzialitäten die Schwere bestimmter Risikofaktoren erhöhen können, die für sich allein genommen weniger beunruhigend wären,
- Der Verknüpfung von Determinanten des Übergangs von radikaler, aber gewaltfreier Ideologie zu Gewaltausübung.

Dieses letzte konzeptuelle Problem hängt mit der grundlegenden Logik der Erstellung eines Instrumentes zur Gewalttrisikoeinschätzung in radikalen Kontexten zusammen. Sie lässt sich anhand zweier essenzieller Elemente zusammenfassen: In der Messung wann gewisse radikale Gruppen Gewalt legitimieren oder sogar dazu ermuntern, wäre es der Frühprävention vor einer Tatausübung dienlich, Risikofaktoren von Radikalisierung zu erkennen,

Die Häufung von Risikofaktoren von Radikalisierung erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Gewaltausübung, oder, anders ausgedrückt: je mehr man eine Person als radikalisiert betrachtet, desto mehr wird davon ausgegangen, dass sie auch gewalttätig wird.

Diese letzte Auffassung ist in Bezug auf den radikalen Islam bei weitem nicht

nachgewiesen. Vielmehr ist es so, dass, angesichts der statistisch gesehen sehr geringen Gewaltausübung durch Mitglieder radikaler Gruppen, eine andere Hypothese zunehmend an Bedeutung gewinnt. Diese Hypothese hebt die Wichtigkeit negativer Emotionen gegenüber sozialen Gruppen, die nicht dieselben religiösen Ansichten teilen hervor. Auf diese Art und Weise wird der Vollzug des Wechsels von der kognitiven (Anhängerschaft an die Ideologie) zur habituell veränderten Ebene (Gewalt) erklärt (Rice, 2009). Die Hypothese stimmt mit dem Paradigma des kognitiven Verhaltensmodells überein, das die Rolle von Emotionen bezüglich einer Verhaltensänderung unterstreicht (Beck, 1976).

Dehumanisierung kann erklären, wie eine radikale Ideologie aversive Emotionen gegenüber anderen sozialen und religiösen Gruppen beeinflussen und in der Folge eine Verhaltensänderung hin zur Gewalt eintreten kann.

4. Die Jihadist Dehumanization Scale (JDS): Forschungshypothesen und konkrete Anwendung in der Beratung und Begleitung

Im Laufe der letzten 60 Jahre wurde Dehumanisierung erforscht, um Gewalt zwischen Gruppen zu erklären. Sie wurde ursprünglich im ethnischen und konfessionellen Kontext betrachtet, anschließend aber auch in erweiterten Zusammenhängen wie denen von PsychiatriepatientInnen und Asylsuchenden (Haslam & Stratemeyer, 2016). Badura, zitiert von Cragin (2014), erklärt, wie GewalttäterInnen, indem sie die Mitglieder anderer sozialer Gruppen nicht länger als menschlich betrachten, die Opfer ihrer Gewalt dehumanisieren und somit die psychischen Hürden umgehen können, die sich dem Töten von Individuen (außerhalb eines Kontextes legitimer Verteidigung) widersetzen.

Im dschihadistischen Kontext wird Dehumanisierung von zwei theoretischen Modellen als Schritt beschrieben, der Gewaltausübung vorangeht (McCauley & Moskalenko, 2008; Stahelski, 2005).

In dieser Hinsicht könnte sie den Unterschied zwischen denjenigen Mitgliedern radikaler Gruppierungen erklären, die nicht selbst gewalttätig werden, auch wenn sie Terroranschläge und in Kriminalität involvierte Personen unterstützen und denen, die selbst in kriminelle Handlungen involviert sind.

Die JDS wurde auf Basis dreier Forschungshypothesen entwickelt:

- Dehumanisierung korreliert direkt mit der Wahrscheinlichkeit der Ausübung einer Gewalttat und stellt einen Schlüsselfaktor in der Identifizierung von Gefahr dar,
- Die Häufung von Risikofaktoren von Radikalisierung kann zu Dehumanisierung führen (und das obwohl die Übergangsmechanismen in der akademischen Literatur noch nicht beleuchtet wurden),
- Die Ausübung einer Gewalttat wird als habituelle Konsequenz von kognitiven und emotionalen, mit Dehumanisierung verknüpften Prozessen betrachtet. Die Dehumanisierung selbst wird wiederum durch die Radikalisierung begünstigt.

Die in die Kategorie des „Structured Professional Judgment“ (SPJ) fallende JDS, ist dann anwendbar, wenn ein Risiko jihadistischer Indoktrinierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb eines offenen Milieus vermutet wird. Sie ist in der derzeitigen Testphase nicht an den Gefängnis Kontext angepasst. Anhand von durch Dritte beobachtbaren Indikatoren sollen die folgenden Dinge beurteilt werden:

- Primär das Potenzial radikaler Gefahr durch ein Individuum oder, anders gesagt, Elemente, die für eine Dehumanisierung der Person sprechen,
- Zusätzlich, und für den Fall, dass keine Elemente von Dehumanisierung vorhanden sind, kann eingeschätzt werden, ob das radikale Abgleiten einer Person eine institutionelle Beratung und Begleitung notwendig macht.

Die JDS kann von verschiedenen Berufsgruppen angewandt werden (Polizeibehörden, Bildungsdiensten, Justizdiensten im Voraus von strafrechtlicher Verfolgung und während Bewährungsphasen, VertreterInnen von Kinderschutzbehörden, etc.). Sie basiert auf der Sammlung einer Gesamtheit von Indikatoren, die über ein Individuum innerhalb eines offenen Milieus von den PraktikerInnen selbst erhoben wurden. Alternativ können diese Indikatoren auch von mehreren Quellen stammen, die den PraktikerInnen zur Verfügung stehen (Angehörige, KollegInnen, Akten anderer Behörden/Institutionen, etc.).

Die Methode zur Bewertung der JDS basiert auf den folgenden Grundlagen:

- Etwas mehr als zwanzig items, die in Stufen festgelegt werden,
- Jede Stufe wird durch einen spezifischen psychischen Prozess charakterisiert: die erste Ebene umfasst der Gewissensfreiheit zugehörige Elemente, die letzte Ebene besteht aus für Dehumanisierung charakteristischen Elementen.
- Die JDS ist ethisch, methodologisch und Bezüglich der Beratung und Begleitung ambitioniert:

Von einem ethischen Gesichtspunkt aus, ermöglicht sie es, muslimische religiöse Praktiken nicht zu stigmatisieren, die von Wichtigkeit für die individuelle Gewissensfreiheit sind und den gesetzlichen Rahmen nicht überschreiten. Sie erkennt hierbei jedoch nicht, dass die Annahme einer radikalen Auslegungsform des Islam einer Dehumanisierung durchaus vorausgehen kann.

Bezüglich der Methodologie gestattet sie es:

- Sich in einem psychologischen Referenzrahmen zu positionieren und von religiösen Debatten Abstand zu nehmen,
- Den kognitiven wie emotionalen habituellen Indikatoren Rechnung zu

tragen (die emotionalen lassen sich hierbei weniger leicht verschleiern),

- Eine wissenschaftliche psychometrische Methodologie zu verwenden, um die spezifischen Indikatoren jeder Stufe einzuschätzen,
- Eine große Variabilität der Situationen miteinzubeziehen,
- in Form einer spezifischen Interpretation des Ergebnisses das Risiko einer Verschleierung von jihadistischer Dehumanisierung zu erfassen. Diese kann bei potenziell gefährlichen Individuen nicht ausgeschlossen werden.

Die Identifizierung von Ansatzpunkten für die Beratung und Begleitung ist der wahrscheinlich praxisorientierteste Beitrag der JDS und kann Fachkräften, die mit einer langfristigen Begleitung verdächtiger Individuen beauftragt sind, dienlich sein. Wie auch andere Werkzeuge zur Gewaltein-schätzung, strebt es die JDS an, den Ablauf der Einschätzung von radikalisiertungsgefährdeten Personen¹ zu standardisieren. Daher rührt auch das Interesse an einem synchronen Vergleich. Diesem Interesse wird mittels einer Kartographie der Risiken verschiedener, zum gleichen Zeitpunkt eingeschätzter Individuen Rechnung getragen. Die tatsächliche Besonderheit der JDS liegt dennoch in der Bewertung der items anhand psychischer Stufen, anstelle einer qualitativen Beurteilung oder eines Risikolevels (von schwach bis erhöht). Diese Bewertungsmethode ermöglicht es zunächst, die Subjektivität der Ersteinschätzung zu reduzieren. Des Weiteren gestattet sie es, diejenigen items innerhalb der ersten Stufe zu identifizieren, die mit Religionsausübung zusammenhängen und Bestandteil der persönlichen Gewissensfreiheit sind. Diese items bilden die Sphären, die geschützt und sogar gestärkt werden müssen, um eine Verwechslung von unproblematischer und gesellschaftlich an-

erkannter Religionsausübung mit Radikalität zu vermeiden. Diese beiden Aspekte, die sich auf die Erkennung von durch radikale Ideologie geschützte Sphären und den Respekt vor der Gewissensfreiheit beziehen, können als Grundstein des Vertrauensaufbaus zwischen Subjekt und Fachkraft fungieren, die so nicht als die Religionsausübung (des Subjektes, Anm. d. Red.) hinterfragend wahrgenommen wird. Der Vertrauensaufbau ist nicht nur Voraussetzung für den Erfolg der Begleitung, sondern auch Bedingung für die „Rehumanisierung“ des Subjekts während der Betreuung. Diese geschieht anhand eines positiven Erlebnisses mit einer Fachkraft, die nicht derselben Ideologie wie sie/er selbst anhängt. Eine Studie zum Dehumanisierungsprozess hat die hohe Bedeutung nachgewiesen, welche das erneute Fühlen von Sympathie für eine der sozialen out-group zugehörigen Person für den Prozess der Rehumanisierung hat (Abitan, 2012, S. 7). Darüber hinaus liegt (im Falle der Einschätzung eines Individuums zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten) das vergleichende, diachronische Interesse der JDS in der genauen Beurteilung des Verlaufes eines Anstiegs oder Sinkens des Gewalt-risikos. Anders formuliert ermöglicht die JDS die Identifizierung jener items, für welche die Beratung und Begleitung sich als nachweislich effektiv erwies und diejenigen, für welche es sinnvoll erscheint, eine professionelle Interventionsstrategie zu adaptieren.

Die ersten experimentellen Bewertungsergebnisse der JDS förderten die folgenden vorläufigen Resultate zu Tage, die nichtsdestotrotz noch statistischer Bestätigung bedürfen:

- Die JDS ist im Falle psychotischer Störungen des einzuschätzenden Subjektes nicht anwendbar.
- In einem speziellen Fall ist es durch die JDS im Rahmen einer bestimmten Messung für ein Individuum gelungen, die Hypothese von der Verschleierungsstrategie zu stärken. Die Person wurde im Folgenden kurz vor der Ausübung einer Gewalttat festgenommen.

¹ Anm. d. Red.: Das franz. Orig. „usagers radicalisés“ bezeichnet nach Auffassung der AutorInnen Personen, bei denen eine Radikalisierung vermutet wird und die sich in einem Beratungs- und Begleitungsprozess durch soziale Dienste und/oder Polizeibehörden befinden. Kann im dt. Kontext auch sog. GefährderInnen miteinschließen.

Die JDS befindet sich derzeit bei einer Forschungsgruppe von PsychologInnen der Universität Nantes in der Erprobungsphase und kann dazu beitragen, die Risikoeinschätzung jihadistischer Gewalt anders zu bewerten. Sie kann aufgrund der folgenden Möglichkeiten als Begleitinstrument für Beratungen von PraktikerrInnen dienen:

- Einer Ersteinschätzung durch eine psychische Stufe für jedes Item,
- Einer Unterscheidung zwischen der Ausübung von Gewissensfreiheit und potenziellen Risikofaktoren von Gewaltausübung,
- Einer zeitlichen Messung der Effektivität der Begleitungen und, genauer, die objektive Beurteilung der „Rehumanisierung“ der begleiteten Subjekte.

AUTORINNEN



Radicalisation Research Team,
Universität Nantes (Laboratoire de Psychologie des Pays de la Loire, France).



Das „Radicalisation Research Team“ der Universität Nantes besteht aus PsychologInnen und

ForscherInnen, die Erfahrungen der psychologischen Praxis mit Forschung zu den einer religiös begründeten Radikalisierung zugrundeliegenden psychologischen Prozessen vereinen. Die gegenwärtige Forschung befasst sich u.a. mit: Dehumanisierung, identitätsbezogenen Spannungen, Ansatzpunkten der Psychotherapie, Kommunikation mit und Bewältigungsstrategien für radikalisierte PatientInnen. Die Forschungsprotokolle entstehen sowohl aus dem direkten Kontakt mit radikalisierten PatientInnen im Rahmen einer Psychotherapie, als auch aus dem Kontakt mit anderen im beruflichen Kontext mit Radikalisierungsthemen befassten PraktikerrInnen (LehrerInnen, Kinderschutzdienste, GefängnisseelsorgerInnen, etc.) und TrainerrInnen, SupervisorInnen oder ExpertInnen für Diagnostik. Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an:

✉ radicalisation-psychometrics@univ-nantes.fr.

BIBLIOGRAPHIE

- Abitan, A. (2012). Déterminants et conséquences du dégoût physique et moral: du jugement stéréotypé à la déshumanisation (PhD Thesis). Université René Descartes-Paris V.
- Beck, A. T. (1976). *Cognitive therapy and emotional disorders*. Madison: International Universities Press.
- Cragin, R. K. (2014). Resisting Violent Extremism: A Conceptual Model for Non-Radicalization. *Terrorism and Political Violence*, 26(2), 337-353. <https://doi.org/10.1080/09546553.2012.714820>
- Dean, G., & Pettit, G. (2017). The 3 R's of risk assessment for violent extremism. *The Journal of Forensic Practice*, 19(2), 91-101. <https://doi.org/10.1108/JFP-07-2016-0029>
- Douglas, K. S., Cox, D. N., & Webster, C. D. (1999). Violence risk assessment: Science and practice. *Legal and criminological psychology*, 4(2), 149-184.
- Gill, P. (2015). Toward a scientific approach to identifying and understanding indicators of radicalization and terrorist intent: Eight key problems. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2(3-4), 187-191. <https://doi.org/10.1037/tam0000047>
- Haslam, N., & Stratemeyer, M. (2016). Recent research on dehumanization. *Current Opinion in Psychology*, 11, 25-29. <https://doi.org/10.1016/j.copsyc.2016.03.009>
- Jihadist Dehumanisation Scale: an interesting way to assess radicalisation. (2017). Confederation of European probation. Abgerufen auf: <http://www.cepprobation.org/jihadist-dehumanisation-scale1-an-interesting-way-to-assessradicalisation/>
- Lloyd, M., & Dean, C. (2015). The development of structured guidelines for assessing risk in extremist offenders. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2(1), 40-52. <https://doi.org/10.1037/tam0000035>
- McCauley, C., & Moskalkenko, S. (2008). Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism. *Terrorism and Political Violence*, 20(3), 415-433. <https://doi.org/10.1080/09546550802073367>
- Meloy, J. R., Roshdi, K., Glaz-Ocik, J., & Hoffman, J. (2015). Investigating the individual terrorist in Europe. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2(3-4), 140-152.
- Moghadam, A. (2007). Mayhem, Myths, and Martyrdom: The Shi'a Conception of Jihad. *Terrorism and Political Violence*, 19(1), 125-143. <https://doi.org/10.1080/09546550601079656>
- Monahan, J. (2012). The individual risk assessment of terrorism. *Psychology, Public Policy, and Law*, 18(2), 167-205. <https://doi.org/10.1037/a0025792>
- More than 140 experts attack Prevent 'risk factors' by which 4,000 people were referred for assessment. (2016, septembre). *The Guardian*. Abgerufen auf: <https://www.theguardian.com/uk-news/2016/sep/29/academics-criticise-preventanti-radicalisation-strategy-open-letter>
- Pressman, D. E., & Flockton, J. (2012). Calibrating risk for violent political extremists and terrorists: the VERA2 structured assessment. *The British Journal of Forensic Practice*, 14(4), 237-251. <https://doi.org/10.1108/14636641211283057>
- Radicalization Awareness Network. (2018). Abgerufen auf: https://ec.europa.eu/home-affairs/what-wedo/networks/radicalisation_awareness_network_en
- RAN manual responses to returnees: Foreign terrorist fighters and their families. (2017). Abgerufen auf: https://ec.europa.eu/homeaffairs/sites/homeaffairs/files/ran_br_a4_m10_en.pdf
- Rice, S. K. (2009). Emotions and terrorism research: A case for a social-psychological agenda. *Journal of Criminal Justice*, 37(3), 248-255. <https://doi.org/10.1016/j.jcrimjus.2009.04.012>
- Scarcella, A., Page, R., & Furtado, V. (2016). Terrorism, radicalisation, extremism, authoritarianism and fundamentalism: a systematic review of the quality and psychometric properties of assessments. *PloS one*, 11(12), e0166947.
- Stahelski, A. (2005). Terrorists are made not born: creating terrorists using social psychological conditioning, 4(1), 1-10.

RECHTSPOPULISTISCHE EINSTELLUNG ALS KOMPENSATIONSLEISTUNG VON SOUVERÄNITÄTSKRISEN?

VON SÖREN MUSYAL

Rechtspopulistische Parteien und PolitikerInnen sind inzwischen nicht mehr aus der politischen Landschaft wegzudenken. Mit Italien ist gerade erst ein Land hinzukommen, in dem eine solche Gruppierung nun an der Regierung beteiligt ist. Neu ist das Phänomen freilich nicht, doch spätestens seit dem Wahlerfolg Donald Trumps und dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag ist man hierzulande auf der Suche nach Erklärungen für den Erfolg. Die Ansätze lassen sich dabei grob in drei Gruppen einordnen: Mal wird Rechtspopulismus als Symptom für eine Krise der repräsentativen Demokratie gesehen, mal als Ausdruck einer sozialen Spaltung, mal als eine kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Vor allem die beiden letztgenannten Erklärungsansätze scheinen sich dabei stets gegenseitig auszuschließen. Und so fehlt es noch immer an einer umfassenden Erklärung, die es vermag diese Dichotomie zu überwinden. Dies läge eigentlich nahe, finden sich doch empirische Belege für alle drei Interpretationen. Bisher wartet man jedoch vergeblich auf einen „einenden“ Ansatz. Vielleicht auch, weil es an verbindenden Begrifflichkeiten fehlt. Dieser Debattenbeitrag wird sich dementsprechend an einer Ursachenbeschreibung versuchen, die den Erfolg des Rechtspopulismus als Souveränitätsproblem beschreibt und damit die Möglichkeit schafft, alle drei oben genannten Ansätze zu vereinen. Es handelt sich hierbei um eine Skizze, die zur Diskussion steht und in Zukunft auszuarbeiten sein wird.

Einführung

Neben der Wissenschaft ist es auch die Politik, die sich fragt, woher der Erfolg des Populismus im Allgemeinen und des Rechtspopulismus im Speziellen kommt. „Was ist verkehrt gelaufen?“ Was machen wir falsch?, fragen sich PolitikerInnen landauf und landab. Ein jüngeres Beispiel liefert Sigmar Gabriel im Spiegel. In einem Beitrag mit dem Titel „Sehnsucht nach Heimat“ versucht er die Fehler der Sozialdemokratie zu erkunden und einen Weg aus der Krise zu finden, in der sich die Partei befindet. Dabei bewegt er sich, wie fast alle Analysen, in einem Abwägen zwischen materialistischer und kultureller Argumentation. Gabriel entscheidet sich schließlich eher für letztere und schreibt: „Im Kern geht es aber um eine kulturelle Haltung und um Fragen nach Identität. In der unübersichtlich gewordenen Welt ist es genau diese Sehnsucht nach Identität, die auch einen großen Teil unserer Wählerinnen und Wähler umtreibt“. Die These, die dahintersteckt, lautet dann verkürzt in etwa so: Die Welt sei immer komplexer geworden und die „Postmoderne“ habe dazu beigetragen, dass alle Autoritäten dekonstruiert worden sind. Die Menschen plagen daher vor allem die Sehnsucht nach Halt, nach Heimat – nach Identität. Die SPD habe es in den letzten Jahren versäumt, sich um jene Menschen zu kümmern, die von den globalen Entwicklungen überrollt wurden und sich nun nicht mehr in der Welt zu Recht fänden. Ihnen bliebe quasi keine andere Wahl mehr, als sich in die Arme der PopulistInnen zu flüchten, die mit Begriffen

wie Heimat, Deutschland oder dem Volk ein solches Identitätsangebot machen. Der Haken an der Sache ist: Genau dies ist die Argumentation der Neuen Rechten und der RechtspopulistInnen. Und: Dieser Sicht liegt ein ziemlich konservatives Menschenbild zugrunde, demzufolge der Mensch immer etwas Übergeordnetes brauche, um zu seinem Glück zu finden. Dieses Menschenbild findet man bei Genetenaufklärern in Frankreich und Spanien, man findet es beim konservativen Vordenker Dostojewski, man findet es bei Carl Schmitt (vgl. Musyal 2016) und man findet es in der Zeitschrift „Sezession“ aus dem Hause des neurechten Instituts für Staatspolitik.

Dabei ist an der Diagnose, die Menschen fühlten sich orientierungslos, einiges richtig. Georg Lukács hat Selbiges im Jahr 1914/15 in seiner Theorie des Romans „transzendente Obdachlosigkeit“ genannt. Nietzsche schrieb in seinen Fröhlichen Wissenschaften 1882: „Gott ist tot“. Gemeint ist damit immer Dynamisierung der sozialen Welt in der Moderne und die damit verbundene Erosion des „geistigen Kosmos“ (Mannheim 1984, S. 109). Alte Gewissheiten werden durch Aufklärung, Wissenschaften und Fortschritt entkräftet. Das Problem hier ist: Dieser Prozess begann schon mit der Aufklärung und nicht, wie Gabriel nahelegt mit der „Postmoderne“ (das hieße dann irgendwann in den 70er-Jahren). Die Erklärung also, die Globalisierung und der Liberalismus trügen dazu bei, dass die Menschen sich zusehends unwohl fühlten, weil sie nicht mehr wüssten, woran sie eigentlich



Foto: Wikimedia Commons/@infozentrale

glauben sollen, greift zu kurz. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die „transzendente Obdachlosigkeit“ noch immer virulent ist. Es kann sogar argumentiert werden, dass Globalisierung und Digitalisierung dazu beigetragen haben, dass sich diese verstärkt hat. Doch erklärt dies eben nicht, warum genau jetzt, genau in den Jahren 2014-2017, eine Partei wie die AfD einen solch enormen Erfolg in Deutschland hat. Und es erklärt nicht, warum vor allem Gruppen aus den unteren und mittleren Schichten für die Partei stimmen. Haben diese Menschen ein stärkeres Bedürfnis nach Identität als andere?

Zweifelsohne: Die AfD macht ihren WählerInnen ein Identitätsangebot. Und sie tut es aus genau jenem Grund, den Sigmar Gabriel anführt. Demnach hätten Liberalismus, „Political Correctness“ und Re-Education nach dem zweiten Weltkrieg zu einem Niedergang nationaler Identität geführt. Man könne sich nicht mal mehr als Mann oder Frau fühlen, weil der „Genderismus“ selbst dies in Zweifel zieht. Und so lehnt sich die Neue Rechte, lehnt sich die AfD gegen all das auf, was soziale Identitäten zu bedrohen scheint: Globalisierung, US-Imperialismus, Gender-Studies, Homo-Ehe, die EU, offene

Grenzen, Migration, Multikulturalismus, frühkindliche Sexualerziehung, das Recht auf Abtreibung etc. pp.

Alexander Gauland will sich „sein Volk zurückholen“. Dies geschieht über die Überaffirmation einer kulturellen (und ethnischen) Identität. In dieser Logik muss das Volk wieder Deutsch werden, um seiner beraubten Souveränität wieder habhaft werden zu können. VertreterInnen des Rechtspopulismus und der Neuen Rechten meinen das wörtlich. Doch liegt die Attraktivität dieses Angebots für eine Großzahl von WählerInnen und SympathisantInnen woanders. Der Rechtspopulismus spricht gewisse Affekte an, die durch bestimmte Ursachen hervorgerufen werden. Die Identität spielt nur eine untergeordnete oder besser: vorgelagerte Rolle. Denn was heißt es eigentlich, für eine rechtspopulistische Partei zu stimmen – eine Partei, die auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Wut setzt?

Die These, die im Folgenden vertreten wird, lautet: Der Erfolg des Rechtspopulismus ist die Folge eines kriseninduzierten Aufkündigens von Solidarität. Er ist das Resultat eines Bedürfnisses nach Selbstbehauptung, das aufgrund deutlich

spürbar gewordener Krisendynamiken und allgemeiner Tendenzen des Neoliberalismus nurmehr durch Gruppenidentität zu befriedigen geglaubt wird, obwohl die Ursachen eines wahrgenommenen Kontrollverlustes nicht in einem Verlust einer Identität liegen, sondern in einem Machtverlust – und damit in den ökonomischen Verhältnissen. Dabei führen die dem modernen Kapitalismus immanenten Dynamiken zu einer Verschleierung eben dieser Verhältnisse und sorgen für eine Verschränkung der kulturellen und der ökonomischen Sphäre. Kurz: Weil die Menschen die Kontrollprobleme in ihrem Leben nicht als vom wirtschaftlichen System ausgelöst wahrnehmen können, projizieren sie ihr eigenes Leid auf ein kulturelles Pendant.

Der Begriff der Kontrollprobleme verweist dabei auf die Ebene der Lebensführung von Individuen. Diese sind im Allgemeinen bestrebt, „das eigene Leben in den Griff zu bekommen. Die Kontrolle über das eigene Leben, die eigene Lebensplanung, sowie Alltagsgestaltung und Lebensführung sind elementare Bedürfnisse, denn nur so können Sicherheit erreicht sowie Zufriedenheit und Lebensqualität gewährleistet werden“ (Mansel & Spaiser 2010, S. 49). Wird die eigene

Gestaltungsmöglichkeit in diesen Bereichen als unzureichend wahrgenommen, so erwächst das Gefühl von Kontrollproblemen. „Betroffene sind dann Situationen und Prozessen mehr oder minder ausgeliefert, weil sie Bedrohungen, Schädigungen und Verluste hinsichtlich der Lebensqualität nicht durch eigenes Handeln oder durch die Aktivierung sozialer Ressourcen aus ihrem Umfeld abzuwenden vermögen.“ (ebd.) Das Individuum verliert sozusagen die Souveränität über sein eigenes Leben.

Wenn nun Sigmar Gabriel moniert, dass die so genannte „Postmoderne“ Identitäten „dekonstruiert“ und das Individuum orientierungslos zurückgelassen hätte, so ist dies nicht von der Hand zu weisen. Es ist aber auch ein Prozess, der nicht erst seit gestern wirkt. Begriffe wie Heimat oder Nation haben schon vor den Erfolgen der RechtspopulistInnen ihre Bedeutung eingebüßt oder zumindest verändert. Gabriel setzt den Fokus auf kulturelle Argumente und verbaut sich damit selbst die Möglichkeit einer zutreffenden Analyse, statt seinen Blick auf zum Beispiel das von Rot-Grün eingeführte System zu richten, das Menschen am Gängelband führt und so jeder Form von Souveränität über ihr eigenes Leben beraubt.

Multiple Krisen

Denn der eigentlich wesentliche Punkt ist, dass die „multiplen Krisen“ (vgl. Demirović 2013) seit einigen Jahren auch in Deutschland spürbar geworden sind. Die Weltwirtschaftskrise 2007, die anschließende „Griechenlandkrise“ und natürlich die seit 2015 beklagte „Flüchtlingskrise“ sind Erscheinungen, die sich konkret auf das Leben der Deutschen ausgewirkt haben. Wenn Merkel und Steinbrück die Spareinlagen für „sicher“ erklären, dann soll dies zwar die Menschen beruhigen – gleichsam verdeutlicht es ihnen, dass es keineswegs in ihrer Macht steht, diese selbst zu sichern. Wenn die Rettungspakete für Griechenland für „alternativlos“ erklärt werden, weil ein Verweigern dieser zu unvorhersehbaren Folgen führen würde, belegt dies den Souveränitätsverlust auf nationaler wie individueller Ebene gleichermaßen. Wenn es zumindest so wahrgenommen wird, dass Angela Merkel die Grenzen für Geflüchtete öffnet und dies mit einem „humanitären Imperativ“ begründet, dann ist klar: Einem Imperativ hat man Folge zu leisten. Auf nationaler Ebene ist auch dies sicher kein neues Phänomen. Dass Nationalstaaten aufgrund von Digitalisierung, Globalisierung und Deregulierung längst die Souveränität über ihre eigene

Volkswirtschaft eingebüßt haben, wurde unzählige Male aufgezeigt (vgl. z.B. Vogl 2015, Crouch 2008, Streeck 2017). Das Problem aber ist, dass hieraus bisher kaum Konsequenzen gezogen wurden und ein Streit um ein neues Selbstverständnis Deutschlands (und Europas) kaum geführt wurde. Ein „Kampf um Selbsterhaltung“ (Demirović 2013, S. 205) ist entstanden, in dem Europa sich ernsthaft damit auseinandersetzen muss, dass es die ökonomische wie kulturelle Vormachtstellung in der Welt einzubüßen droht. Es bleibt abzuwarten wie ein solcher Kampf sich in Deutschland entfalten wird. Wie dieser aussehen kann, wird derzeit eindrücklich von Donald Trump demonstriert, der Russland und China zu Konkurrenten ausruft und bei jedem „Deal“ unterstreicht, dass gilt: „America first!“. Dieses Beispiel führt gleichsam vor Augen, wohin der Weg gehen kann, wenn man mit Begriffen wie Nation und Heimat hantiert, statt die wahren Probleme anzugehen.

In Zeiten, in denen durchaus wahrgenommen wird, dass Deutschland (ganz unabhängig von Verschwörungstheorien um nichtexistente Friedensverträge) an Souveränität eingebüßt hat, tut sich nicht nur auf der anderen Seite des Atlantiks eine Alternative auf. In Ungarn, Polen und der Türkei sind Regierungen im Amt, die sich die Wiedererlangung der nationalen Souveränität auf die Fahnen geschrieben haben. In Deutschland bedienen die AfD und die Neue Rechten denselben Reflex: Grenzen dicht und Grundrecht auf Asyl einschränken, raus aus dem Euro und mit einer „geschichtspolitischen Wende um 180 Grad“ endlich die vermaledeite Geschichte Deutschlands geraderücken – damit soll der Verlust der nationalen Souveränität negiert werden. Es scheint, als hätten die Nationalstaaten stillschweigend an Bedeutung verloren, ohne, dass ernsthaft über ein Zukunftsprojekt nachgedacht wurde. Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Steuern, Finanzen, ja sogar die Grenz-sicherung sind inzwischen Politikfelder, die nicht mehr allein in der Hand deutscher PolitikerInnen liegen. Was also ist Deutschland dann eigentlich noch? Wie Arjun Appadurai schon vor einem Jahr-



Foto: Mueller / MSC

zehnt bemerkte, wurde der Nationalstaat in vielen Gegenden der Welt allmählich auf die Fiktion des Ethnos reduziert, die nun als letzte kulturelle Bastion erweist, über die er uneingeschränkt gebieten kann (Appadurai 1996). Wenn die Nation nicht mehr Herr im eigenen Haus und vor allem über den oikos, also den Haushalt, ist, dann bleibt nurmehr die Imagination über die eigene Kultur gebieten zu können. Wie es auch der Ethnopluralismus der Neuen Rechten formuliert, kann Deutschland dann nur der Raum der deutschen Kultur sein – so wie Italien nur noch der Raum der italienischen Kultur sein kann. Souveränität beschränkt sich dann auf die Definition dessen, was die deutsche Kultur ist und wer dessen TrägerIn sein darf. Dem Rechtspopulismus und der Neuen Rechten spielt diese Entwicklung in die Hände, weil sie ohnehin einen exklusiven Kultur- und Volksbegriff bedienen.

Auf dieser globalen bzw. nationalen Ebene (die nur eine der hier entscheidenden ist) ist der rechtspopulistische Ruf nach der Rehabilitierung des Patriotismus und des Nationalstolzes also zunächst einmal die Antwort auf eine Souveränitätskrise des Nationalstaats. Dass die Deutschen „endlich wieder stolz“ sein wollen auf ihr Land, ist hier aber nur vordergründig Ausdruck eines Bedürfnisses nach Identität. Viel mehr steht die Vitalisierung des Selbst im Vordergrund, die Selbstwirksamkeit. Dem wahrgenommenen Bedeutungs- und vor allem Kontrollverlust des deutschen Nationalstaates wird ein Narrativ der starken Nation entgegengesetzt, um aus dieser Selbstbehauptung heraus die Selbstwirksamkeit ableiten zu können. Frei nach Helmut Schelsky ist schließlich souverän, wer den Sachverhalt definiert (Schelsky 1975). In einer globalisierten, fiskalisierten Welt vermag dies nur noch selten ein einzelner Nationalstaat – auch wenn der aktuelle US-Präsident das nicht so sehen mag. Dieser Souveränitätsverlust wird von den Menschen als ein Grund für oben beschriebene Kontrollprobleme wahrgenommen.

Verknüpft sich nun die Krisenerfahrung der Makroebene mit der Mikroebene,



Foto: Wikimedia Commons/Vincent Eisfeld

entsteht eine Form des Nationalismus, der als „reaktiver Nationalismus“ (Dörre 2003, S. 112) bezeichnet werden kann. „Deutsch sein“ heißt dann, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und gegen andere Gruppen zu verteidigen. Bevorzugte Ausgrenzungskriterien seien (wirtschaftliche) Nützlichkeit und Kultur (ebd.) – Narrative, die sich im Topos vom „kulturfremden Wirtschaftsflüchtling“ des Rechtspopulismus verbinden. Dass nun vor allem bestimmte sozialen Gruppen dazu neigen, Ressentiments gegen MigrantInnen zu hegen, ist vor diesem Hintergrund wenig überraschend. „Da es sich bei den Geflüchteten überwiegend um Menschen handelt, die auf dem Arbeitsmarkt erst einmal schwer bis gar nicht zu vermitteln sind, fiel die Lösung [der Flüchtlingskrise] günstig für die liberale Mittelschicht aus“ (Stegemann 2017, S. 119). Die „Willkommenskultur“, die über das Winken am Bahnhof hinausgeht, wird vom unteren Drittel der deutschen Gesellschaft eingefordert: Folgen wie die Belastung der sozialen Sicherungssysteme, rasant zunehmende Wohnungsknappheit und Lohndumping führten zu einer Fremdenfeindlichkeit, die eindeutig einen Klassencharakter habe (ebd.). Konkrete Folgen hat die so genannte Flüchtlingskrise für Menschen mit geringeren Einkommen und vor allem ohne Eigentum. „Wer Geld für gute Anwälte hat, muss keine Brandsätze in Unterkünfte werfen. Er kann sie auch vor Gericht verbieten lassen.“ (ebd., S. 121) Ein reaktiver Nationalismus, der mit der Abwertung anderer einhergeht, hat also

unmittelbar mit einem Bedrohungsgefühl zu tun. So stellen Mansel & Spaier fest, „dass Kontrollprobleme und die damit korrespondierenden Erfahrungen und Befürchtungen ausschließlich zur Abwertung solcher Gruppen beitragen, mit denen sich Befragte in eine Konkurrenzsituation gestellt sehen. Sie neigen in stärkerem Maße zum Reklamieren von Etabliertenvorrechten sowie zu rassistischen, fremdenfeindlichen und islamophoben Ressentiments“ (Mansel & Spaier 2010, S. 66). Dass sich vor allem bestimmte Bevölkerungsgruppen in ein Konkurrenzverhältnis versetzt fühlen, liegt auf der Hand. Dass die AfD – wie Richter & Bösch (2017) gezeigt haben – vor allem in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem BIP mobilisieren konnte, verweist darüber hinaus jedoch auf einen weiteren wichtigen Aspekt: Es geht stets um das Gefühl der Bedrohung. Menschen in eben jenen Regionen fühlen sich bedrohter durch Krisen als Menschen in sozioökonomisch stärkeren Gebieten. Dies trägt dazu bei, dass auch über die Gruppe der unteren Einkommen hinaus Sympathien für RechtspopulistInnen empfunden wird, wenn sie Teil eines relativ deprivierten sozialen Umfeldes sind. Dieses soziale Umfeld muss als ein Kollektiv begriffen werden, dass sich in Bewegung befindet. Ob sich eine Klasse in einer Auf- oder Abwärtsbewegung befindet, ist entscheidend für die Wahrnehmung der Realität. Während die Kontostände, ja die gesamten Lebenslagen an sich identisch sein können, nehmen zwei Menschen ihre Le-

benswelt unterschiedlich wahr, wenn sich ihr jeweiliges soziales Umfeld nach oben oder nach unten bewegt. Mehr noch: Selbst der Stillstand scheint in einer Welt, die steten Fortschritt und Wohlstand verspricht, eine Katastrophe zu sein. Will man wissen, wieso bestimmte Teile der Mittelschicht oder des Prekariats rechtspopulistisch wählen, muss man die Auf- oder Abwärtsmobilität ihres sozialen Umfeldes betrachten, nicht allein ihre individuelle Lebenslage. Denn dass es für alle bergauf geht, ist nicht mehr als eine leere Binse, in der – wenn überhaupt – in den Jahren der goldenen Fünfziger ein Fünkchen Wahrheit steckte. Die Gesellschaft befindet sich nicht (mehr) in Ulrich Becks Fahrstuhl – sie ist in den Paternoster gestiegen, in dem einige nach oben und andere nach unten fahren.

Sich verändernde Machtbalancen

Dabei sollte diese Erkenntnis keineswegs auf Jobchancen und Einkommen beschränkt bleiben. Das Selbstbild eines Menschen speist sich aus der Gesamtheit der Lebenswelt, d.h. eben auch aus der wahrgenommenen Position in der Gesellschaft, in der bestimmte Gruppe über und wiederum andere unter einem sich befinden mögen. Die „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016) führt nun dazu, dass sich dieses Gefüge verändert – und damit die gesamte Lebenswelt der sich in ihm Befindenden. Während etwa der industriell tätigen Mittelschicht dräut, dass die Automatisierung ihren Lebensstandard bedrohen wird, nimmt die gesellschaftliche Bedeutung von Freelancern mit Programmier-Kenntnissen zu. Obwohl ihre ökonomische Lage eine schlechtere sein mag, als die der erst genannten Gruppe, trotz ihrer Prekarität befindet sich ihr Milieu in einer Aufwärtsbewegung, während Teile der Mittelschicht von einem Abstieg bedroht sind.

Für sich als Etablierte begreifende Klassen stellt dies ein grundlegendes Problem dar. Nicht nur, dass ihr Selbstbild von einer gewohnten Position im Gesellschaftsgefüge abhängt; die Gesellschaft als Ganzes, samt ihrer Regeln, erhält ihren Sinn durch die Position. „Denn zivi-

lisierte Verhaltensstandards sind für herrschende Gruppierungen vielfach nur so lange sinnvoll, wie sie, neben allen sonstigen Funktionen, Symbole und Werkzeuge ihrer Macht bleiben.“ (Elias 1992, S. 463) Gesellschaftliche Normen werden also nur so lange akzeptiert, wie sie zum eigenen Machterhalt beitragen. Ändern sich die Verhältnisse, ändert sich auch die Einstellung zur Gesellschaft als Ganzes. „Mit einem drohenden Machtverlust [...] verbindet sich für die Angehörigen herrschender Formationen durchweg eine ernste Störung ihres Selbstbildes und oft genug eine völlige Zerstörung dessen, was ihrem Leben in den eigenen Augen Sinn und Wert verleiht; es droht ihnen damit zugleich ein Verlust ihrer Identität – ein Selbstverlust.“ (ebd., S. 462) Der Verlust der Identität ist hierbei aber eben nur ein Symptom: nicht dafür, dass etwa Begriffe wie Heimat ausgehöhlt wären, sondern dafür, dass viele Gesellschaftsgruppen Macht einbüßen.

Alein die so genannte Flüchtlingskrise hat also massiv zu einem Gefühl der Bedrohung (oder zur tatsächlichen Bedrohung) bestimmter Gesellschaftsgruppen geführt. Gleichzeitig aber ist diese Krise nicht der Auslöser bzw. die Verursacherin der hier so wichtigen Kontrollprobleme, sondern lediglich ein verstärkender Faktor. Betrachtet man die Ausformulierung

Es geht hier also nicht ausschließlich um ökonomische Voraussetzungen, sondern ebenso um die Wahrnehmung politischer Gestaltungsmöglichkeiten oder auch das soziale Umfeld, das gegebenenfalls persönliche Krisen auszugleichen vermag

dieses Begriffs fällt vor allem auf, dass die Studie von Mansel & Spaiser aus dem Jahr 2010 zwar vor dem Aufstieg der AfD entstand, aber gegenüber aktuellen Studien, die sich etwa mit „ModernisierungsverliererInnen“ beschäftigen, einen enormen Vorteil aufweist: Die Autorinnen definieren Kontrollprobleme nicht nur anhand der Integration auf dem Arbeitsmarkt, sondern darüber hinaus mit weiteren Kriterien. So geben Mansel & Spaiser drei Sphären an, in denen Kontrollprobleme auftreten können: (1) Die individuelle Lebensführung, d.h. die Realisierung subjektiv gesetzter Prioritäten (2) die individuelle Alltagsgestaltung, d.h. die Handlungsmöglichkeiten innerhalb einzelner Lebensbereiche (z.B. Familie oder Beruf) und (3) die individuelle Lebensplanung, d.h. die Einschätzung der Realisierbarkeit individueller Lebensziele (2010, S. 50). Darüber hinaus identifizieren sie Desintegrationsprozesse, die zu Kontrollproblemen führen: (1) individuell-funktionale, d.h. verweigerte Zugänge zu wichtigen gesellschaftlichen Teilsystemen, Prekarität am Arbeitsmarkt und verwehrt Teilnahmekance an Konsum und Kulturangeboten, (2) kommunikativ-interaktive, d.h. wahrgenommene Möglichkeiten, an das soziale Gefüge bestimmende politische Entscheidungen mitzuwirken, und (3) kulturell-expressive, d.h. die Stabilität sozialer Beziehungen (ebd., S. 51). Es geht hier also nicht ausschließlich um ökonomische Voraussetzungen, sondern ebenso um die Wahrnehmung politischer Gestaltungsmöglichkeiten oder auch das soziale Umfeld, das gegebenenfalls persönliche Krisen auszugleichen vermag. Der starke Zuzug von Geflüchteten tangiert mit Sicherheit einige dieser Sphären, jedoch nur in Maßen. Viel eher ist davon auszugehen, dass gesamtgesellschaftliche Prozesse zu Kontrollproblemen führen.

So verweist Christoph Butterwege etwa darauf, dass „Konkurrenzfähigkeit im Zeichen der Globalisierung nicht nur ein Angelpunkt in zwischenstaatlichen Beziehungen [ist], sondern ebenso in der individuellen Lebensgestaltung“ (Butterwege 2006, S. 22). Die wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre haben

Deutschland in eine „Abstiegsgesellschaft“ geführt, in der zwar nicht unbedingt alle vom Abstieg betroffen sind, der Gefahr eines solchen aber wesentlich realer ausgesetzt sind. Es entstünden Statuskämpfe um Anrechte auf Wohlstand, der bisher als sicher galt (ebd., S. 165). In dieser „anomischen“ Konstellation (vgl. Merton 1995) verlieren gesellschaftliche Normen an Geltung, die die Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration bildeten. „Die Mitte kündigt zum Teil die Solidarität mit den Schwächeren auf; indem sie sich abgrenzt, vergewissert sie sich ihrer selbst.“ (Nachtwey 2016, S. 167) Die Lebensführung wird zum „Projekt des Stuserhaltes“ (ebd., S. 166) und immer feinere Schließungsmechanismen zielen auf eine Abschottung von der Parallelgesellschaft, in der man die Unterschicht vermutet. Gleichzeitig ist man weniger geneigt, „Diversitätszumutungen“ (Mau 2012, S. 162) hinzunehmen. Die wahrgenommenen Krisen führen letztendlich zu einer Verschiebung von „Solidaritäts-Grenzen“ (Göbel & Pankoke 1998, S. 463) einer Gesellschaft, weil diese angesichts erzwungener Selbstoptimierung nicht mehr plausibel erscheinen. Für Göbel & Pankoke bewegen sich diese Verschiebungen entlang verschiedener „Plausibilitätsschwellen“ (ebd.). Das heißt, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt und unter bestimmten Bedingungen die Solidarität mit bestimmten Gruppen plausibler erscheinen mag als zu einem anderen Zeitpunkt. Der Rechtspopulismus beruft sich auf eine solche Schwelle, wenn er etwa im Rahmen des Ethnopluralismus einzelne Kulturen und Völker einem bestimmten Raum zuweist und „der Menschheit“ im Sinne Carl Schmitts eine Absage erteilt. Arnold Gehlens „Moral und Hypermoral“ (1969) wird in der Neuen Rechten (und inzwischen auch in einer sich links gerierenden „Political Correctness“-Kritik) mit Begeisterung rezipiert. Darin beschreibt der konservative Soziologe, der pflichtbewusst schon 1933 der NSDAP beitrug, Mitmenschlichkeit als „verhaltenspsychologisch greifbare Relation“ (Gehlen 1969, S. 464), die auf eine naturale Nähe begrenzt sei. Solidarität hätte demnach natürliche Grenzen und universalisti-

sche Gebote zur solidarischen Gleichbehandlung aller Menschen wären als der menschlichen Natur fremd abzulehnen. Eine solche Überbetonung einer Binnenmoral, wie sie hier bei Gehlen zu finden ist, weist nicht zufällig eine Nähe zur Freund-Feind-Bestimmung Carl Schmitts (1932) auf. Indem die Neue Rechte nun vor allem die Wiedererlangung einer nationalen Souveränität in den Blick nimmt, projiziert auch sie letztendlich naturale Nähe auf einen größeren Kontext: Sie versucht, „die ‚Nation‘ auf einen symbiotischen Grund „natürlicher“ Verbundenheit und Gemeinsamkeit zurückzuführen“ (Göbel & Pankoke 1998, S. 465). Die Vertreter des neurechten Milieus „schwören dabei bewußt naturalistische, ja biokratische Köhasionsmuster wie ‚Rasse‘, ‚Volksgemeinschaft‘ – symbiotisch manipulierbar über ‚Blut und Boden‘“ (ebd.). In Zeiten der Krise, in denen die Mittelschicht vor einem Abstieg sich fürchtet und die Unterschicht an einen Aufstieg kaum noch zu glauben imstande ist, bildet eine solche „Solidaritäts-Grenze“ einen Anknüpfungspunkt. Die Hinwendung zu rechten Weltanschauungen, die Solidarität als „Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethischen Nächsten“ (Kaiser 2016, S. 31) fassen, erscheint dann tatsächlich als „eine Art politische Notwehr der unteren Schichten“ (Eribon 2016, S. 124).

Verzerrter Klassenkampf

Erst im Dezember 2017 hat ein Team um Thomas Piketty festgestellt, dass sich die Ungleichheit weltweit dem Stand des frühen 20. Jahrhunderts nähert – also wächst. „Innerhalb der westlichen Welt hat die Ungleichheit zugenommen, weil hier die Einkommen der unteren Mittelklasse stagnieren oder bestenfalls minimal stiegen.“ (Nachtwey 2017, S. 226) Diese tatsächlichen Verlierer der Modernisierung sehen sich dank diverser Krisen vom Abstieg bedroht. Dieser Machtverlust führt dabei nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen zu einem erbitterten Widerstand und ein Verlangen nach Restauration der alten Ordnung. Deshalb bezeichnet Dörre den „reaktiven Nationalismus“ auch als „konservativ“ (Dörre

2003, S. 113). Hat das Individuum den Eindruck, die Welt um ihn herum breche zusammen, entwickelt sich zumindest latenter Widerstand. Diese „Bedrohung der normativen Ordnung, [löst] bei der betreffenden Person das Gefühl [aus], die gesamte moralische Ordnung sei in Gefahr und das vorgestellte ‚Wir‘ zerfalle. Nicht die konkrete Situation, sondern die Angst vor einem Zusammenbruch der moralischen Ordnung veranlasst die Person, sich gegen Ausländer und jeglichen Anderen zu wenden, die sie als Bedrohung empfindet.“ (Krastev 2017, S. 127)

Mit dem drohenden Zusammenbruch der bestehenden Ordnung geht nun jedoch einher, dass den Betroffenen quasi jedes Mittel Recht ist, um diese zu verteidigen. „Daher kämpfen Machteliten, herrschende Klassen oder Nationen im Namen ihrer überlegenen Werte, ihrer überlegenen Zivilisation oft mit Methoden, die den Werten, für die sie einzutreten behaupten diametral entgegengesetzt sind.“ (Elias 1992, S. 464) Muslimen wird dann etwa generell mit Intoleranz begegnet, weil der Islam als intolerant dargestellt wird. Demokratische Grundrechte werden unter dem Deckmantel der wahren Demokratie für das Volk infrage gestellt. „Mit dem Rücken zur Wand werden die Verfechter leicht zu den größten Zerstörern der Zivilisation. Sie werden leicht zu Barbaren.“ (ebd.)

Warum AfD-WählerInnen ein signifikant pessimistischer geprägtes Weltbild haben, erklärt sich genau hier. Sie gehören zu jenen ehemals herrschenden Klassen, die aufgrund sozio-ökonomischer Prozesse mit einem Abstieg konfrontiert sind. Dabei ist es nicht vonnöten, dass sie tatsächlich betroffen sind – sie müssen dies nur so wahrnehmen. Eine Gutverdienerin aus einer strukturschwachen Gegend kann also genauso betroffen sein, wie ein Geringverdiener aus einer stärkeren Region. Zentral ist, dass es noch etwas zu verteidigen gibt – seien Privilegien wie z.B. Eigentum und Status oder auch nur der Arbeitsplatz. Systeme der sozialen Integration sind heute zu „Ressourcen der Desintegration“ (Nachtwey 2017, S. 223) geworden: Das Rechtssystem schützt

zwar Minderheiten, fragmentiert aber die Rechte von z.B. Leiharbeitern; der Arbeitsmarkt hat aufgrund der Vielzahl atypischer Jobs kaum noch emanzipative Kraft. Es ist daher nicht verwunderlich, dass oft das Berufsfeld als Indikator für die Einschätzung der eigenen Lage herangezogen wird. Doch Macht ist polyvalent. Sie speist sich nicht nur aus der Erwerbstätigkeit, sondern ebenso aus der Zugehörigkeit verschiedener Gruppen. Dann nämlich wird auch deutlich, warum es eine „Geographie des Ressentiments“ (Mounk 2018) gibt. Die Macht zum Beispiel weißer Eliten erscheint den Betroffenen dann nämlich dort besonders bedroht, wo sie bisher unangetastet war. Eine kleine Zahl an Geflüchteten bedeutet hier eine andere Veränderung der Machtbalance als eine größere Zahl in einer ohnehin diversen Metropole. Macht muss demnach als etwas begriffen werden, dass neben einer ökonomischen Facette ebenso eine kulturelle, soziale und symbolische hat. Nur so kann ein Machtverlust durch „multiple Krisen“ in seiner Mannigfaltigkeit erfasst werden.

„Die liberalen Kritiker des neuen Populismus erkennen nicht, dass der Volkszorn kein Zeichen der Primitivität der einfachen Leute ist, sondern ein Indiz für die Schwäche der hegemonialen liberalen Ideologie selbst, die es nicht mehr schafft, ‚Konsens zu fabrizieren‘, so dass man Zuflucht zu einer ‚primitiveren‘ Funktionsweise von Ideologie nehmen muss.“

Die Bedrohung der Lebenswelt der Menschen durch die regressiven Tendenzen im Neoliberalismus führen also zu den Kontrollproblemen, die die Wahl der AfD massiv begünstigen. Diese greift letztendlich diese Probleme auf, verknüpft sie jedoch mit nicht-ökonomischen Deutungen und liefert so eine Lösung für ein drängendes Problem: „Da bei Kontrollverlusten das elementare Bedürfnis nach Sicherheit und Kontrolle über das eigene Leben verletzt wird, werden Betroffene versuchen, Wahrnehmungsmuster auszubilden, die das Gefühl vermitteln, Kontrolle und Gewissheit zurückzugewinnen. Dies kann zum Beispiel die Adaption von Verschwörungstheorien begünstigen.“ (Mansel & Spaiser 2010, S. 53) Diese Wahrnehmungsmuster nun führen zu einer Verschleierung ökonomischer Ursachen des Kontrollverlustes und fördern die Übernahme kulturalistischer und populistischer Argumentationen. Der Grund hierfür liegt einerseits im uneingelösten Versprechen, dass z.B. Deutschland noch immer eine Aufstiegsgesellschaft sei. „Die liberalen Kritiker des neuen Populismus erkennen nicht, dass der Volkszorn kein Zeichen der Primitivität der einfachen Leute ist, sondern ein Indiz für die Schwäche der hegemonialen liberalen Ideologie selbst, die es nicht mehr schafft, ‚Konsens zu fabrizieren‘, so dass man Zuflucht zu einer ‚primitiveren‘ Funktionsweise von Ideologie nehmen muss.“ (Žižek 2017, S. 302) Andererseits aber sorgt der Neoliberalismus selbst dafür, dass die Menschen die ökonomischen und sozialpolitischen Dimensionen nicht erkennen. „Der Grund hierfür liegt in einer neoliberalen Entpolitisierung und Dethematisierung des Ökonomischen.“ (Spoo 2017, S. 72) Drei Aspekte spielen hier eine Rolle:

Ökonomische Individualisierung: Immer mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse sorgen dafür, dass ArbeiterInnen auf sich gestellt sind, weil alte Instanzen der Solidarität (etwa Gewerkschaften) nicht mehr funktionieren. Hinzukommt die Subjektivierung der Arbeit, d.h. die Auflösung der Grenze zwischen Leben und Arbeit. Das Arbeitsverhältnis dringt tief in das Private ein und etabliert sich als ein individuelles Verhältnis.

Entpolitisierung und Dethematisierung: Dementsprechend wird immer mehr Verantwortung auf das Individuum übertragen. Durch die „Responsibilisierung“ aber werden Individuen für ihr ökonomisches Schicksal selbst verantwortlich gemacht, obwohl sie zu großen Teil (wie oben angedeutet) keinerlei Einfluss auf dessen Entwicklung haben. Versagen ist immer die Schuld des Einzelnen, nicht der Umstände, in denen sich dieser befindet.

Ideologische Moralisierung des Ökonomischen: Daher gelten „arm und reich“ auch nicht mehr nur als rein ökonomische Kategorien, sondern als moralische. Wer abgehängt wurde, hat dies selbst verschuldet und kann moralisch verurteilt werden. Gleichsam verschwindet die ursprünglich ökonomische Dimension aus dem Blickfeld.

„Individualisierung, Responsibilisierung und Moralisierung verhindern, dass die Gefühle der Vereinzelung und der Verlassenheit, der Verunsicherung und Überforderung, der Entmutigung und des Ungenügens, kurzum: der Entfremdung, auf ihre ökonomischen Bedingungen bezogen werden. Vielmehr verstärken die genannten Aspekte diese Gefühle sogar noch und legen es nahe, sie auf nicht-ökonomische Ursachen zu beziehen.“ (ebd., S. 74) Aus einer soziologischen Perspektive kann festgestellt werden, „dass die rechtspopulistische Wut eine verzerrte Form des Klassenkampfes darstellt“ (Žižek 2017, S. 302). Sodass „sich das rechtsradikale Angebot als eine Ausweich- und Ersatzdeutung verstehen, die den ökonomisch erzeugten, aber ökonomisch und politisch nicht mehr artikulierten Frust auf andere Diskurs- und Themenfelder umlenkt.“ (Spoo 2017, S. 74) Innerhalb dieser anderen Themenfelder muss jedoch durchaus festgestellt werden, „dass es den Anhängern des Rechtspopulismus gelungen ist, aus ihrem Scheitern eine gesellschaftliche Angelegenheit zu machen.“ (Koppetsch 2017, S. 219) Schließlich ist es ja das ganze Volk, sind es alle Deutschen, die von der Elite verraten werden. Das individuelle Scheitern, das zur Legitimation der

neoliberalen Gesellschaftsordnung dient, weicht hier dem Narrativ eines allgemeinen Niedergangs. Das Problem aber bleibt: Die Ursachen hierfür werden in kulturell-ethnischen Argumenten gesucht und nicht in einer Ökonomie der Macht, die zwar kulturelle Aspekte berührt, darin jedoch sich nicht erschöpft.

Bedrohte Mehrheiten

Die multiple Krise, die einen Souveränitätsabbau auf nationaler und auf der Ebene der individuellen Lebensführung zeitigt, verbindet also zwei Komplexe, denen sich der Rechtspopulismus zuwendet. Es ist dementsprechend verfehlt, ausschließlich von einer Instrumentalisierung der „Sorgen der BürgerInnen“ zu sprechen. „Der aktuelle Rechtsextremismus ‚beschwindelt‘ die Menschen nicht einfach, sondern greift subjektive Erfahrungen mit gesellschaftlichen Umbrüchen auf, bietet ein Modell für ihr Verständnis und ihre Veränderung und muss dabei nicht mit den eigenen Grundlagen – völkischer Nationalismus, Rassismus und Ungleichheitsideologien (...) – brechen.“ (Kaindl 1996, S. 65f.) Diese subjektiven Erfahrungen sind zusehends gekennzeichnet von Überforderung. „Für viele Bürger ist die soziale Welt immer weniger durchschaubar.“ (Nachtwey 2016, S. 218) Das konservative Weltbild, in dem das Konkrete eine wichtige Rolle spielt, bietet sich nun eher als komplexitätsreduzierend an als das universalistische. Eine Welt „ohne Grenzen“ („No borders! No nations!“) ist ohne Frage wesentlich abstrakter als das konventionelle Modell des Nationalstaats. Der Dualismus eines Freund-Feind-Denkens ist im Zweifel zugänglicher als realpolitisches Taktieren mit stetig changierenden Handels- oder Bündnispartnern (siehe Iran, China, Russland).

Gleichzeitig haben die Entwicklungen des politischen Systems der liberalen Demokratie dazu geführt, dass die Mitbestimmung der BürgerInnen real eingeschränkt wird. „Das Paradoxon der liberalen Demokratie besteht darin, dass die Bürger freier sind, sich aber machtloser fühlen.“ (Krastev 2017, S. 132) Dies liegt



Foto: Wikimedia Commons/Raimond Spekking

daran, dass selbst bei einem Wahlsieg der eigenen Partei nur begrenzt Maßnahmen umgesetzt werden können, weil Gesetze Handlungsmöglichkeiten, etwa durch den Minderheitenschutz oder das Grundgesetz, einschränken. Wenn also Kontrollprobleme auf der Ebene politischer Selbstwirksamkeit wahrgenommen werden, dann auch weil ein „Sieg“ in der Demokratie nie ein vollständiger sein kann: „Die kaum bemerkte Kehrseite für die Wahlgewinner liegt darin, dass die liberale Demokratie keine Chance auf einen vollständigen oder endgültigen Sieg bietet.“ (ebd.) Der Rechtspopulismus bricht nun mit dieser Regel: „Es ist das Versprechen eines unzweideutigen Sieges, das den Reiz populistischer Parteien ausmacht.“ (ebd.) So besteht der eigentliche Reiz der liberalen Demokratie darin, auch als VerliererIn nicht befürchten zu müssen, allzu viel zu verlieren. Wer eine Wahl verliert, brauche nicht ins Exil zu fliehen oder in den Untergrund zu gehen. Parteien wie die AfD suggerieren, dass bei ihrer Machtübernahme alles anders, besser würde. Trump drohte damit, Hillary Clinton im Falle seines Sieges „hinter Gitter“ zu bringen. Die AfD versucht zumindest, Merkel zu kriminalisieren, indem man sie immer wieder als „Eidbrecherin“ diffamiert.

Die „totale Übernahme“ lässt sich aber nur mit der Abschaffung der Gewaltenteilung und der Übernahme unabhängiger

Institutionen wie Medien, Gerichten oder Banken erreichen – zu beobachten ist dies derzeit in Polen, der Türkei, Russland oder auch Ungarn. Gleichzeitig erklären sich hieraus durchaus die Zustimmungswerte für autoritäre Regierungsformen und die sinkende Wertschätzung für das demokratische System an sich (vgl. Foa & Mounk 2016). Die immer größer werdende Zahl an Menschen, die durch die globalen Entwicklungen vor Kontrollprobleme gestellt werden, verliert das Vertrauen in das demokratische System, weil sie den Eindruck haben, dass nicht wirklich etwas an ihrer Situation verändert werden kann. Der Rechtspopulismus suggeriert genau hier eine Lösung und verkörpert etwas, das als „Populismus der bedrohten Mehrheiten“ bezeichnet werden kann (Krastev 2017, S. 126). Hierin verändert sich die Rolle der Demokratie, die ursprünglich zur Emanzipation der Minderheiten beitragen sollte. Der Populismus der bedrohten Mehrheiten etabliert „Demokratie als ein politisches Regime, das die Macht der Mehrheiten sichert“ (ebd., S. 123), und bricht damit de facto mit den Grundsätzen der liberalen Demokratie. Dabei aber setzt er im Falle der AfD nicht auf eine Krisenanalyse, die die ökonomischen Tatsachen als das benennt, was sie sind – nämlich die Ursachen für die Kontrollprobleme und den Souveränitätsverlust der Menschen. Er bedient ethnisierte und rassifizierte Narrationen, die dazu beitragen, dass

die Menschen davon ausgehen, mit der Abgrenzung vom Anderen ihren Status sichern zu können.

Die Identitätsangebote aber bleiben dabei nur Behelf. Weder geht es den meisten wirklich darum, sich als DeutscheR fühlen zu können, noch geht es darum, anderen, also MigrantInnen oder Muslimae, um jeden Preis ihre Grundrechte abzusprechen. Auch, wenn vor allem ersteres ein weit verbreitetes Bedürfnis sein mag. Die Ausbildung von Ressentiments und die daraus resultierende Sympathie und/oder Wahlentscheidung für die AfD sind die Folge mangelnder Selbstwirksamkeit, die eigentlich nur durch ökonomische Selbstbefähigung (individuell wie strukturell) wiederhergestellt werden kann. Soll also das Problem des Populismus gelöst werden, kann dies nur gelingen, wenn die Menschen wieder befähigt werden, Kontrolle über ihr eigenes Leben zu erlangen. Das Vertrauen in das System haben sie zu Recht verloren. Was ihnen bleibt ist: Das Verlangen nach Kontrolle – denn die ist immer besser.

DER AUTOR



Sören Musyal

ist Soziologe und Kommunikationswissenschaftler. Er arbeitet zu den Themen Rechtspopulismus, Neue Rechte und regressiven Tendenzen in der Gesellschaft. Er hat in Erfurt, Berlin und New York studiert. Als freier Journalist war er an der Aufdeckung rechter Trollnetzwerke in Deutschland beteiligt. Er schreibt für diverse Print- und Onlinemedien, zuletzt war er an der öffentlich-rechtlichen Dokumentation „Lösch Dich! - So organisiert ist der Hass im Netz“ beteiligt. Zuvor war auch er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Violence Prevention Network tätig.

LITERATUR

- Appadurai, A. (1996). Sovereignty without Territoriality. In: Patricia Yaeger (Hrsg.). *The Geography of Identity*. The University of Michigan Press.
- Butterwegge, C. (2006). Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. In: Peter Bathke & Susanne Spindler (Hrsg.). *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp.
- Demirović, A. (2013). Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: *PROKLA.*, Heft 171, 2/2013:193-215.
- Dörre, K. (2003). Rechte Orientierungen in der Arbeitswelt: Marktsteuerung als Ursache für Rechtspopulismus? In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 5, 2/2003:103-120.
- Elias, N. (1992). *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. Suhrkamp.
- Eribon, D. (2016). *Rückkehr nach Reims*. Suhrkamp.
- Foa, R. S. & Mounk, Y. (2016). The Danger of Deconsolidation. In: *Journal of Democracy*, 3, 27/2016: 5-17.
- Gehlen, A. (1969). *Moral und Hypermoral*. Klostermann.
- Göbel, A. & Pankoke, E. (1998). Grenzen der Solidarität. Solidaritätsformeln und Solidaritätsformen im Wandel. In: Kurt Bayertz (Hrsg.). *Solidarität. Begriff und Problem*. Suhrkamp.
- Kaindl, C. (1996). Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?. In: Peter Bathke & Susanne Spindler (Hrsg.) *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kaiser, B. (2016). Abstiegsangst und Aufbegehren im Krisenkapitalismus In: *Sezession*. 2016/6:31-34.
- Koppetsch, C. (2017). Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. In: D. Jörke & O. Nachtwey (Hrsg.). *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*. Leviathan Sonderband 32/2017, S. 208-232.
- Krastev, I. (2017). Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur? In: H. Gieselberger (Hrsg.). *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Suhrkamp.
- Mau, S. (2012). *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?*. Suhrkamp.
- Merton, R. K. (1995). *Soziologische Theorie und soziale Struktur*. De Gruyter.
- Mannheim, K. (1984). *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Suhrkamp.
- Mansel, J. & Spaiser, V. (2010). Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: W. Heitmeyer (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 8*. Suhrkamp.
- Mounk, Y. (2018). *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*. Droemer Knauer.
- Musyal, S. (2016). Carl Schmitt's Political Theory and Dostoevsky's Grand Inquisitor: <https://app.box.com/s/g3wisowwuvimf177fue59t29g6wq7ctf>
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Suhrkamp.
- Nachtwey, O. (2017). *Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften*. In: H. Gieselberger (Hrsg.). *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Suhrkamp.
- Schelsky, H. (1975). *Macht durch Sprache*. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.). *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*. Herder.
- Schmitt, C. (1932 [1991]). *Der Begriff des Politischen*. Duncker & Humblot.
- Spoerl, G. (2017). Wie weiter gegen Rechts? Der Erfolg der AfD und die Strategien der Linken. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 2017/12:67-76.
- Stegemann, B. (2017). *Gespens des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie*. Theater der Zeit.
- Streeck, W. (2017). *Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus*. In: H. Gieselberger (Hrsg.). *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Suhrkamp.
- Vogl, J. (2015). *Der Souveränitätseffekt*. diaphanes.
- Žižek, S. (2017). *Die populistische Versuchung*. In: H. Gieselberger (Hrsg.). *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Suhrkamp.

GEMEINSAME ELEMENTE IN DEN IDEOLOGIEN VON RECHTSEXTREMISTINNEN UND ISLAMISTINNEN



Foto: John Towner

Dieser Text ist ein Beitrag zum Projekt „Gesellschaft Extrem“, koordiniert vom Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (PRIF/HSFK). Er erschien zuerst am 14. Mai 2018 im PRIF BLOG unter <https://blog.prif.org/2018/05/14/gemeinsame-elementen-in-den-ideologien-von-rechtsextremistinnen-und-islamistinnen/>.

VON TILL BAAKEN & MAXIMILIAN RUF

Die Phänomene Rechtsextremismus und Islamismus erscheinen zunächst gegensätzlich. Zwar finden sich mit Blick auf Ideologien viele Gemeinsamkeiten. Historisch sowie in der eigenen Rechtfertigung von Gewalt gibt es jedoch auch Grenzen der Vergleichbarkeit; eine Differenzierung der Phänomenbereiche ist notwendig. Während Rechtsextreme mit dem Überleben der Rasse oder der Nation argumentieren, rechtfertigen Islamisten sich mit ihrer Interpretation des

„Willen Gottes.“ Die Narrative nehmen auch Bezug aufeinander, verstärken sich reziprok und bestätigen ihre jeweiligen Weltanschauungen.¹ Solche gemeinsamen funktionalen Elemente oder Brückennarrative, wie sie David Meiering im vorangegangenen Blogbeitrag bespricht,² können für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit relevant sein, da sie Ansätze des Dialogs beeinflussen und als best practices genutzt werden können.

Feindbild

Sowohl islamistische als auch rechts-extreme Ideologien beschwören einen Krieg zwischen der „Westlichen“ und der „Islamischen Welt“. Beide extremistischen Phänomenbereiche stellen so den derzeitigen Status Quo in Frage und propagieren, sich gegen das jeweils andere Feindbild verteidigen zu müssen. Klassische Motive sind ein Opfermythos und die Verteidigung selbstdefinierter

Werte, welche die „alte Ordnung“ nicht verteidigen kann oder will. Die IslamistInnen stellen die RechtsextremistInnen als einen repräsentativen Teil der Gesamtgesellschaft dar, welcher den Islam ablehnt, während die RechtsextremistInnen die IslamistInnen als repräsentativ für alle Muslime betrachten. Julia Ebner geht in ihrer Annahme davon aus, dass die beiden Phänomenbereiche nicht vollständig ohne den jeweils anderen existieren könnten.³ Zwangsläufig sehen beide einen Krieg des Westens gegen die Islamische Welt kommen und versuchen diesen darüber hinaus auch aktiv herbeizuführen. Dieser „Endkonflikt“ führt für die überlegene Partei in der Logik der ExtremistInnen zu einer utopischen Version der Welt, da das identifizierte Übel beseitigt worden wäre und eine vollkommen „völkische“ oder „islamische“ Welt kein Böses mehr kennen würde, somit also ein Paradies auf Erden darstellen würde.

Rolle der Frau

Mit Blick auf die Rolle der Frau müssen in den Phänomenbereichen Islamismus sowie Rechtsextremismus zwei Dimensionen betrachtet werden: Zum einen ist das konservative Rollenbild der Frauen in den Ideologien sehr ähnlich, zum anderen muss die aktive Rolle der Frau in den Bewegungen selbst genauer beleuchtet werden.

Sowohl im Rechtsextremismus als auch im Islamismus herrscht ein konservatives Frauenbild vor. Wie ein Interviewpartner der Studie „Extremismusprävention in Deutschland“ formuliert: „Spätestens bei dem Thema Homophobie oder Frauenfeindlichkeit können sich dann alle einigen.“⁴ Frauen wird in beiden Phänomenbereichen eine häusliche Rolle zugewiesen, während eine „natürlich gegebene Überlegenheit des Mannes“ vorausgesetzt wird. Damit einhergehend sind Formen des Sexismus, „gefasst als traditionelle Geschlechterrollenorientierung zu Lasten von Frauen und die Abwertung von Frauen, die sich nicht an traditionelle Rollenmuster halten“ die Norm in beiden Bereichen.⁵

Der physische Kampf fällt, bis auf wenige Ausnahmen, den Männern zu, jedoch werden Propaganda, Unterstützung und ideologische Aufgaben zunehmend von Frauen übernommen.⁶ Führende Persönlichkeiten der Jihadisten betonen die Wichtigkeit der Aufgaben, die Frauen ausführen. In einer neuen Entwicklung werden in der Propaganda des „Islamischen Staates“ (IS) nun auch Frauen im aktiven Kampf gezeigt, wobei sich ExpertInnen nicht sicher sind, für welche Zielgruppe diese Bilder veröffentlicht wurden oder was dies insgesamt für den Konflikt und den „IS“ bedeutet. Es könnte sich entweder um eine bloße Propagandamaßnahme handeln um (westliche) Frauen anzusprechen, oder aber auch auf die Verzweiflung der Gruppierung hindeuten, da sie lang gepflegte Rollenbilder auflösen musste um trotz des Gebiets- und Einflussverlusts weiter handlungsfähig zu bleiben.

Frauen sind oft stärker in der Szene vernetzt und nutzen bevorzugt Social-Media-Kanäle, um potenzielle Rekruten zu erreichen.⁷ Dies hat oft ganz praktische Gründe: Frauen ist häufig der Zutritt zu den Treffpunkten der Männer versagt, so dass der virtuelle Raum ihnen einen leichteren Zugang ermöglicht. Sie arbeiten daher oft hinter den Kulissen und haben mehr Handlungsfähigkeit („agency“) als ihnen in der Öffentlichkeit zugestanden wird (Stichwort: „Jihadistenbraut“). Extremistinnen sind häufig stärker ideologisch gefestigt als ihre männlichen Pendanten. In Interviews mit ExpertInnen wurde mehrfach betont, dass sich radikalierungsgefährdete Frauen in ihren Wohnungen treffen, sich gemeinsam Propagandamaterial ansehen und sich hierdurch gegenseitig ideologisch bestärken bzw. bestätigen. Für einige ist bspw. eine Ausreise nach Syrien ein Akt des Feminismus und der Selbstbestimmung, um sich gegen die zugewiesenen, stark traditionellen Rollenbilder in den eigenen Familien zu Wehr zu setzen und der als „unmoralisch“ wahrgenommenen westlichen Wertewelt zu entfliehen. Sie sehen in der Vollverschleierung eine Art Befreiung von einer sexuell geprägten, hedonistischen Lebensrealität. Es ist hier

zu betonen, dass sowohl bei RechtsextremistInnen (bspw. bei der Identitären Bewegung) als auch bei islamistischen ExtremistInnen der Anteil der Frauen in der Außendarstellung und Propaganda zum Zwecke der Rekrutierung überproportional dargestellt wird.

Verschwörungstheorien und Antisemitismus

Ebenso sind antisemitische Verschwörungstheorien sowohl in rechtsextremen, als auch in islamistischen Kreisen weit verbreitet. Insbesondere die „Verschwörung des Weltjudentums“ findet in beiden Ideologien großen Anklang. Während Antisemitismus in Europa spätestens seit dem Mittelalter zu Pogromen und Diskriminierungen von Juden führte, wandelte sich das Bild in den muslimisch geprägten Ländern zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In Europa wurden Juden immer wieder für Katastrophen und Todesfälle verantwortlich gemacht und galten als reich und übermächtig, während in den überwiegend muslimisch geprägten Ländern historisch stets ein Bild des „feigen, armen und verächtlichen Juden“ vorherrschte.⁸ Lange Zeit galten arabische Länder trotzdem als Zufluchtsort für europäische Juden, da sie in diesen unbehelligt leben konnten, solange sie die geforderten Abgaben zahlten. Dies änderte sich mit der Rezeption der „Protokolle der Weisen Zions“ in der arabischen Welt sowie mit Sayyid Qutbs Aufsatz „Unser Kampf mit den Juden“ aus den 1950er Jahren. Den Juden wird in der darauffolgenden Zeit „ein Arsenal an negativen Eigenschaften und antiislamischen Weltverschwörungsplänen“ zugeschrieben.⁹ Diese Ansicht wird verquickt mit der Gründung und Existenz des Staates Israel und dem Nahostkonflikt, ist aber nicht antizionistisch, sondern explizit antisemitisch geprägt und richtet sich entsprechend gegen die Gesamtheit der Juden. Dies führte allein zwischen 2012 und 2015 zu vier antisemitischen Anschlägen auf jüdische Einrichtungen in Europa, bei welchen insgesamt 13 Menschen ums Leben kamen. Antisemitische Propaganda wird in Deutschland von IslamistInnen aufgrund der Rechtslage eher verdeckt

verbreitet, jedoch sind antisemitische Tendenzen in der gesamten Szene zu verzeichnen.¹⁰

„Die Protokolle der Weisen Zions“ haben auch auf rechte Denkschulen einen großen Einfluss. Bereits zur Zeit des Nationalsozialismus wurde das nachweislich gefälschte Dokument immer wieder als Argumentationsgrundlage für antisemitische Einstellungen in der Propaganda genutzt. Auch heute werden „die jüdische Weltverschwörung“ sowie die jüdische Familie Rothschild in Foren und Diskussionen rechter Kreise immer wieder als Erklärung für alles Übel in der Welt identifiziert, mit schwerwiegenden Konsequenzen für das jüdische Leben in Deutschland. Auch wenn sich die neuen Rechten als Verteidiger des „christlich-jüdischen Abendlandes“ zu positionieren versuchen, um sich vordergründig von der klassischen Neonaziszene abzusetzen, sind Positionen zum Judentum oder zum Staat Israel weiterhin durch Antisemitismus und Antizionismus geprägt.¹¹ So stellt der Verfassungsschutzbericht von 2016 fest: „Rechtsextremistische Agitation ist geprägt von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sowie einer grundsätzlichen Demokratiefeindschaft.“¹²

Implikationen für die Praxis

Die Übertragbarkeiten sowie die rezipierten Bestätigungsprozesse in den Narrativen der extremistischen AkteurInnen führen zu der Erkenntnis, dass eine viel stärkere Zusammenarbeit und ein Austausch im Kontext der in beiden Phänomenbereichen tätigen PraktikerInnen stattfinden muss. Des Weiteren müssten gemeinsame Analysetools entwickelt werden, um die Trends in einem der Phänomenbereiche zu erkennen um im anderen Bereich direkt zu beobachten wie (und ob) reagiert wird. Das sichtbar machen der gegenseitigen Abhängigkeit kann in bestimmten Kampagnen sinnvoll genutzt werden. Auf keinen Fall sollte jedoch das Narrativ des Krieges des Westens gegen die Islamische Welt verstärkt oder durch unbedachte Aussagen bestätigt werden. Im Bereich der Deradikalisierung

zeigt die Erfahrung aus der Praxis, dass das Erkennen von Widersprüchen durch den Bezug der Phänomenbereiche aufeinander ein Türöffner für den Prozess der Selbstreflexion und des Zweifels bei den KlientInnen darstellen kann.

GESELLSCHAFT EXTREM

Weitere Informationen und Ergebnisse des Forschungsprojektes zum Thema *Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland* finden Sie unter: <https://gesellschaftextrem.hsfk.de/>

Das Werk ist lizenziert unter einer *Creative Commons Namensnennung – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz*. <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

¹ Ebner, J. (2017). *The Rage: the Vicious Circle of Islamist and Far-right Extremism*. London: I.B. Tauris.

² Meiering, D. (2018). Irritierende ideologische Gemeinsamkeiten: Warum wir von Brücken-Dispositiven sprechen sollten. PRIF Blog, abgerufen (19.07.2018) auf: <https://blog.prif.org/2018/05/09/irritierende-ideologische-gemeinsamkeiten-warum-wir-von-bruecken-dispositiven-sprechen-sollten/>.

³ Illing, S. (2017, Dezember 19). Reciprocal rage: why Islamist extremists and the far right need each other - Interview with Julia Ebner. Vox.

⁴ Gruber, F., Lützing, S., & Kemmesies, U. E. (2016). *Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*, S. 11.

⁵ Zick, A., Küpper, B., & Krause, D. (2016). *Gespaltene Mitte Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. (R. Melzer, Hrsg.). Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 115.

⁶ Lahoud, N. (2014). The neglected sex: The Jihadis' exclusion of women from Jihad. *Terrorism and Political Violence*, 26(5), 780–802.

⁷ Saltman, E. M., & Smith, M. (2015). *Till Martyrdom Do Us Part - Gender and the ISIS Phenomenon*. Institute for Strategic Dialogue, 1–72.

⁸ Bernhardt, M., & Jaki, J. (2010). *Die „Protokolle der Weisen von Zion“: Die Genese der Idee einer jüdisch/zionistischen Weltverschwörung in Europa und der arabischen Welt*. In *Komplote, Ketzer und Konspirationen*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 206.

⁹ Bundesamt für Verfassungsschutz (2017). *Verfassungsschutzbericht 2016*. Bundesministerium des Innern, S. 186.

¹⁰ Ebd., S. 184–186.

¹¹ Preuß, M., van de Wetering, D., & Zick, A. (2014). *Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen. Eine Analyse der Agitation und Verbreitung rechtspopulistischer Orientierungen in der Bevölkerung*. Institut für Konflikt und Gewaltforschung (IKG): Bielefeld, S. 12.

¹² Bundesamt für Verfassungsschutz (2017). *Verfassungsschutzbericht 2016*. Bundesministerium des Innern, S. 38.

AUTOREN



Till Baaken

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Violence Prevention Network e.V. in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Deradikalisierung, Prävention und Online(de)radikalisierung.



Maximilian Ruf

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Violence Prevention Network e.V. in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Deradikalisierung, Prävention sowie Islamismus und den Nexus Rechtspopulismus/-extremismus.

Der Zerfall der Demokratie – Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht

Worin die Gründe für den aktuellen Erfolg des Populismus, insbesondere des Rechtspopulismus liegen, interessiert derzeit mit gutem Grund die Zunft der Sozialwissenschaftlerinnen. Die Liste der Veröffentlichungen ist dementsprechend lang und nicht alle sich auf ihr befindlichen Werke verdienen einen so genauen Blick wie das im Februar erschienene Buch von Yascha Mounk.

Mit „Der Zerfall der Demokratie – Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht“ hat der in Harvard forschende Politikwissenschaftler eine lesenswerte Analyse der aktuellen Zustände vorgelegt. Lesenswert ist sie vor allem aus drei Gründen: Einerseits liefert der Autor keine monolithische Ursachenbeschreibung. Er stellt vielmehr ökonomische und kulturelle Problemstellungen nebeneinander – etwas, das in der deutschen Debatte viel zu selten geschieht. Andererseits begnügt sich Mounk nicht mit der Analyse, sondern macht konkrete Verbesserungsvorschläge. Und zu guter Letzt liefert er für die deutsche Leserschaft interessante Einblicke in die Ursachenforschung über den Wahlerfolg Donald Trumps bei der Präsidentschaftswahl 2016. Deutlich wird dann beispielsweise, wieso die „Geografie des Ressentiments“ (S. 197) nicht von der absoluten Zahl von Zuwandernden abhängt, sondern von der relativen. Auch wenn Metropolen wie Brooklyn oder Berlin eine höhere Zuwanderungsrate aufweisen, sind die Umwälzungen von Migration in Regionen wesentlich stärker, wenn sie zuvor zu 90 Prozent von Weißen bewohnt wurden.

Obendrein erscheint Mounks theoretische Unterscheidung zwischen einer „Demokratie ohne Rechte“ (S. 41) und dem „Recht ohne Demokratie“ (S. 68) äußerst fruchtbar, wenn es darum geht, im Angesicht der populistischen Bedrohung zwei Dinge nicht aus den Augen zu verlieren: Erstens, werden populistische Parteien zunächst einmal auf demokratischem Wege gewählt und verhalten sich danach nicht ausschließlich undemokratisch. Sie haben viel eher ein anderes Demokratieverständnis – Viktor Orbán hatte dies einst „illiberale Demo-



DAS BUCH

Yascha Mounk

Der Zerfall der Demokratie – Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht

Gebundene Ausgabe: 352 Seiten

Verlag: Droemer HC (1. Februar 2018)

Sprache: Deutsch

ISBN-10: 3426277352

ISBN-13: 978-3426277355

Originaltitel: The People vs. Democracy: Why Democracy Is in Danger and How to Save It

kratie“ genannt, der bulgarische Politologe Ivan Krastev nennt es „Mehrheitsdemokratie“. Wichtig ist dies deshalb, weil das demokratische Element des Populismus zentral für das Verständnis des Phänomens ist: „Wenn wir die demokratische Energie, aus der die Populisten ihre Kraft ziehen, nicht anerkennen, dann können wir auch nicht verstehen, weshalb sie so beliebt sind.“ (S. 67) Zweitens, und das ist nicht minder wichtig, führt Mounk uns nochmals vor Augen, dass auch die Demokratien, die wir als funktionierend ansehen – etwa die deutsche – längst nicht mehr so gut funktionieren wie angenommen. Spätestens mit dem 2008 von Colin Crouch geprägten Begriff der „Postdemokratie“ sollte sich dies in unser Gedächtnis und unser Handeln ein-gebrannt haben. Die Auseinandersetzung

mit Staaten, in denen populistische Akteure stärker werden, zeigt aber deutlich: Er ist auch ein Vorwand, um vom eigenen zunehmend „undemokratischen Liberalismus“ (S. 93) abzulenken.

Dass Mounk im dritten Kapitel seines Buches den von ihm und Roberto Stefan Foa verfassten Artikel „The Danger of Deconsolidation“ aufbereitet, ist dem Autor indes nicht zu verdenken. Ist die hier geleistete Datenanalyse doch ein Mahnmal dafür, wie brüchig unsere Demokratie, vor allem aber die Wertschätzung dieser in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger ist. Mounk (und Foa) zeigen eindrücklich, wie es für immer weniger Menschen wichtig wird, in einer Demokratie zu leben und wie vor allem demokratische Normen zusehends erodieren: ein fabelhafter Nährboden für Rüpel wie Trump oder Höcke, die diese Normen bewusst verletzen. Dass Mounk dies nun auch dem deutschsprachigen Publikum näherbringt, ist dringend notwendig. Denn wohin uns der Aufschwung des Populismus bringen wird, ist ungewiss: „Ein Happy End kann uns niemand versprechen.“ (S. 306)

Es ist daher umso löblicher, dass der Autor nicht bei den Problemen stehen bleibt, sondern sich bemüht, Lösungen zu finden und dafür eintritt, für die Demokratie zu kämpfen. Dass er sich damit umso angreifbarer macht, liegt auf der Hand; dass auch Mounk kein Allheilmittel weiß und schon gar nicht mit bahnbrechend neuen Ideen aufwartet, ebenso. Was nicht heißt, dass er nicht neue Wege sucht – zum Beispiel, wenn es darum geht, „den Nationalismus zu zähmen“ (S. 225). Mounks Vorschlag eines „inklusive Patriotismus“ (S. 240) kann man zwar allein schon wegen der Begriffswahl kritisieren; man kann auch fragen, worin hier eigentlich der Unterschied zum Bonmot des „Verfassungspatriotismus“ liegt; man kommt jedoch nicht umhin, anzuerkennen, dass der Autor versucht, notgedrungen pragmatisch mit der Tatsache umzugehen, dass Nationen noch immer die wirkmächtigsten Sinnzusammenhänge für Gesellschaften darstellen. „Ich bleibe Idealist genug, um mich nach einer Welt

jenseits des Nationalismus zu sehen“ (S. 248), schreibt Mounk und hat schlicht recht, dass dies nur gelingen kann, wenn wir es schaffen, „ihn, so gut es eben geht, zu zähmen“ (S. 249).

„Der Zerfall der Demokratie“ von Yascha Mounk ist also ein durch und durch lesens-

wertes Buch. Es bietet einen sehr guten und vor allem – das ist nicht zu unterschätzen – glänzend geschriebenen Überblick über die Bedrohung, die der Populismus für unsere Demokratie darstellt. Wer allerdings eine Analyse erwartet, die vollkommen neue Sinnhorizonte eröffnet, wird auch hier enttäuscht werden. Auch, wer nach dem

„missing link“ zwischen den ökonomischen und den kulturellen Ursachenbeschreibungen des Populismus sucht, wird ihn hier nicht finden.

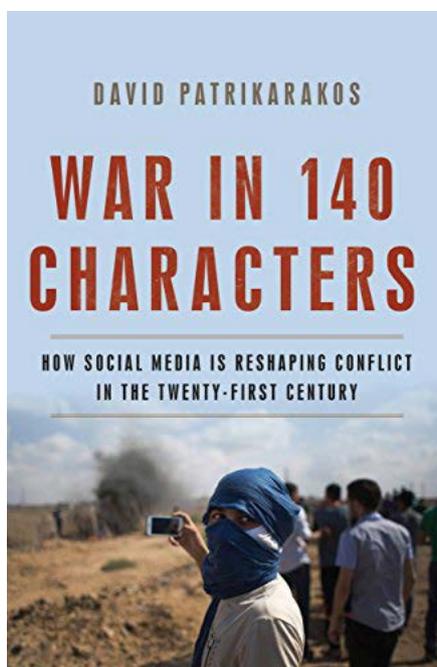
Einer mindestens anregenden Lektüre tut dies jedoch keinen Abbruch.

Sören Musyal

War in 140 Characters – How social media is reshaping conflict in the twenty-first century

Wie verändern sich Konflikte durch die Nutzung von sozialen Medien durch die verschiedenen Akteure? Durch anschauliche beschriebene, gut recherchierte Beispiele von jungen Influencern und Regierungen, welche durch die Nutzung der neuen digitalen Medien versuchen die Konflikte unserer Zeit zu beeinflussen, beleuchtet David Patrikarakos in seinem Buch War in 140 Characters – How social media is reshaping conflict in the twenty-first century (erschienen 2017 bei Basic Books New York) verschiedene Strategien der Mediennutzung.

Beschrieben werden eine junge Frau aus der Ukraine, die es schafft durch eine Facebookgruppe ein Hilfsnetzwerk für die ukrainische Regierung und die Soldaten aufzubauen. Auf der anderen Seite kommt ein junger Mann aus Russland zu Wort, der für eine sogenannte „Trollfarm“ der russischen Regierung arbeitete und tiefgründige Einblicke in die neue Medienstrategie Moskaus gewährt. Auch der Nahostkonflikt wird am Beispiel einer jungen Frau aus Palästina und der Medienstrategie der Israeli Defense Force dargestellt. Final wird der Einfluss von Recherchenetzwerken wie Bellingcat und die Rekrutierungsstrategie des Islamischen Staates, versinnbildlicht durch eine junge Frau aus Frankreich, sowie die frühen Gegennarrative der US-amerikanischen Regierungseinrichtung „Center for Strategic Counterterrorism Communications“ beleuchtet. Durch eine historisch-biografische Aufarbeitung wird in allen Fällen die Vorgeschichte der Personen und deren frühzeitige Beschäftigung mit den sozialen Medien thematisiert. Die grundlegende These von Patrikarakos besteht darin,



DAS BUCH

David Patrikarakos

War in 140 Characters – How social media is reshaping conflict in the twenty-first century

Gebundene Ausgabe: 320 Seiten

Verlag: Basic Books (14. November 2017)

Sprache: Englisch

ISBN-10: 046509614X

ISBN-13: 978-0465096145

dass eine neue Gruppe von Menschen, ein Homo digitales, Konflikte grundlegend beeinflussen können. Menschen, die vorher zumeist passive Rollen einnahmen, werden durch soziale Medien gestärkt und befähigt, Konflikte maßgeblich zu beeinflussen. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen Zivilisten und Militär-

angehörigen zusehends. Regierungen können darauf nur langsam reagieren und entwickeln Strategien der Desinformation oder Gegennarrative, welche aber letztlich nur durch unbürokratische Strukturen und dort ebenso beschäftigte Homo digitales, umgesetzt werden können.

Besonders interessant für die Leser der Interventionen sind die Kapitel 10, The Recruit: Friends Are Close but Enemies Are Closer sowie Kapitel 11, The Counterterrorist: Goliath Versus a Thousand Slingshots. In ersterem wird die oben angeschnittene Rekrutierung einer jungen Frau aus Frankreich durch den sog. „Islamischen Staat“ behandelt. Als Resultat von gezielter Ansprache und Ausnutzung der den Rekrutierern von ihr bekannten Schwächen mittels WhatsApp und Skype-Gesprächen, reiste sie nach Syrien. Eindrucksvoll wird die Wirkmächtigkeit der vermittelten Narrative auf die Frau beschrieben. In Kapitel 11 werden die ersten Versuche von Gegennarrativkampagnen der US-Amerikaner behandelt und aufgezeigt, welche Schwierigkeiten sich durch bürokratische Strukturen im Kampf gegen die vielen Stimmen im Netz auftun.

Es handelt sich bei War in 140 Characters um ein hochrelevantes Buch, das die Themen und Fragen unserer Zeit durch pointierte Einblicke in die Biographien von ersten Schlüsselfiguren dieses neuen „Schlachtfelds“ der Onlinemedien gibt und explizit herausarbeitet, weshalb Onlinpropaganda nicht nur die gleiche alte Propaganda in neuen Gewändern ist.

Till Baaken

demokratie

GEGEN MENSCHENFEINDLICHKEIT

 **WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



NEU
Jetzt gratis
testen

*Die neue Zeitschrift für alle, die sich
gegen Menschenfeindlichkeit und
für Demokratie stark machen.*

Mehr zum Konzept erfahren und Gratis-Probeheft anfordern

www.demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de

www.violence-prevention-network.de

INFOS UNTER:



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

ISSN 2194-7732